Globaler Pakt zur Masseneinwanderung S. 6

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Nr. 44 – 2. November 2018

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Könnte Merkels Favoritin Annegret Kramp-Karrenbauer gefährlich werden: Friedrich Merz

Bild: pa

Der »deutsche Macron«

Wird Friedrich Merz im Dezember CDU-Chef? – Das Rennen ist offen

Angela Merkel hat die letzte Chance genutzt, das Ende ihrer Ära selbst einzuläuten. Die Karten werden neu gemischt.

Die große Wende ist eingeleitet. Mit ihrer Ankündigung, im Dezember nicht mehr für den CDU-Vorsitz zu kandidieren, hat Angela Merkel aus der Hessen-Wahl ein zeithistorisches Ereignis gemacht.

Merkel hat zwar zugleich angekündigt, bis zum Ende der Wahlperiode Kanzlerin bleiben zu wollen. Doch kann niemand sagen, wie lange diese Periode noch dauert. Zum jetzigen Zeitpunkt erscheint es unwahrscheinlich, dass die nächsten Bundestagswahlen tatsächlich erst zum regulären Zeitpunkt im Jahre 2021 anstehen.

Denn die Sozialdemokraten sind vom Eisgriff der blanken Existenzangst erfasst. Hastig versucht SPD-Chefin Andrea Nahles, alle Verantwortung für den fortgesetzten Absturz ihrer Partei auf das Erscheinungsbild der Großen Koalition und dabei auf das Verhalten der Union, insbesondere der CSU, zu schieben. Doch, dass dieses Manöver nicht fruchtet, haben die Wahlergebnisse mit brutaler Härte gezeigt.

Der Kern des Niedergangs von Schwarz und Rot liegt tiefer: Beiden schwindenden Volksparteien ist es nicht gelungen, den Deutschen ein Bild von der „Zukunft“ zu vermitteln, in welche sie das Land führen wollen. Das nährt den Verdacht, dass es ihnen um eine „deutsche“ Zukunft für dieses Land auch gar nicht mehr geht, weil sie andere Pläne für das Territorium der Bundesrepublik verfolgen, die man den Deutschen besser nur häppchenweise verkündet. Etwa solche, die im „Migrationspakt“ der Vereinten Nationen (*siehe unten und Seite 6*) ihren Niederschlag finden, welchen Merkel im Dezember unterschreiben will.

> Die Volksparteien vermitteln keine Zukunft mehr

In der CDU machen sich die möglichen Nachfolger im Parteivorsitz bereit. Drei Namen werden genannt. Für viele (nicht für *PAZ*-Leser) überraschend, wird auch Friedrich Merz als Kandidat antreten, nach neun Jahren Politik-Abstinenz.

Manche sehen in ihm einen „deutschen Macron“, was das Schillernde der Personalie greifbar macht. Dem Franzosen war es gelungen, wie ein „bürgerlicher Revolutionär“ wahrgenommen und bewundert zu werden, obgleich er durch und durch Fleisch vom Fleische jener Führungselite war, die er zu stürzen vorgab. Mittlerweile ist das Spiel aufgeflogen.

Merz ist als Aufsichtsratschef der deutschen Sektion von Blackrock, dem weltgrößten Vermögensverwalter mit Sitz in New York, als Vorsitzender der „Atlantikbrücke“ oder als Mitglied der „Trilateralen Kommission“ nicht minder verflochten. Er wird versuchen, durch sein Charisma die Bedenken zu zerstreuen.

Die beiden übrigen Kandidaten, Merkels Favoritin Annegret Kramp-Karrenbauer und Jens Spahn, stehen zu Merz' Glück für das jahrelange Gewürge um Merkels Politik und Führungsstil. Das schmälert ihre Chance, den Charme eines echten Neustarts zu versprühen. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Keine Samariter

Wer Menschenleben retten soll, muss wissen, wie es geht. Deshalb hat die AfD-Bundestagsfraktion für ihre Mitarbeiter beim Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) Erste-Hilfe-Kurse gebucht. Doch dann kam überraschend eine Absage. Darin heißt es, der Bundesvorsitzende Knut Fleckenstein – übrigens ein SPD-EU-Abgeordneter – habe bei der ASB-Bundeskonferenz zum Ausdruck gebracht, dass die „Positionen der AfD mit den Werten, die der ASB vertritt, nicht vereinbar“ seien. Dem hätten sich alle Mitglieder des Bundesverbandes sowie alle Delegierten der einzelnen Landes- und Regionalgliederungen angeschlossen. ASB-Bundesgeschäftsführer Ulrich Bauch erklärt, seine Organisation werde „keinerlei Geschäftsbeziehungen mit dieser Partei“ eingehen. Das schließe auch die Durchführung von Erste-Hilfe-Kursen ein. Der ASB vertrete „eine klare Haltung gegen rechtspopulistische und rechtsextreme Politik“.

Der ASB behauptet von sich, „politisch und konfessionell ungebunden“ zu sein. Deshalb helfe er „allen Menschen, unabhängig von ihrer politischen, ethnischen, nationalen und religiösen Zugehörigkeit“, betont Bauch. Das gelte „demzufolge auch für Mitglieder, Abgeordnete und Mitarbeiter der AfD“. Die sollten sich im Notfall lieber nicht auf den ASB verlassen. Denn dem ist es offenbar lieber, dass ein Mensch stirbt, als dass jemand von der AfD in der Lage ist, Erste Hilfe zu leisten. Wie wird sich der ASB dann wohl verhalten, wenn es darum geht, das Leben eines AfDlers zu retten? Deshalb: Augen auf und Taschen zu, wenn die Spendensammler des ASB wieder vor der Tür stehen. Das sollte übrigens sowieso gelten, denn vor deren fragwürdigen Methoden warnt die Polizei. Aber das ist ein anderes Thema.

Existenzielle Gefahr für Europa

Vereinte Nationen planen Pakt für ein globales Massenumsiedlungsprogramm – Bundesregierung will unterschreiben

Am 19. September 2016 verabschiedeten die 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen die „New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten“. Damit soll, so das UN-Flüchtlingswerk UNHCR, „die Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf große Flucht- und Migrationsbewegungen verbessert werden“. Auf Grundlage „der Prinzipien der internationalen Zusammenarbeit und der Verantwortungsteilung“ umreißt die Erklärung „Elemente eines umfassenden Rahmenplans (CRRF) für Flüchtlingshilfemaßnahmen“. Darauf aufbauend wurde ein „Globaler Pakt für sichere, geordnete und geregelte Migration“ (Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration) erarbeitet, der im Dezember unterzeichnet werden soll.

Der Pakt enthält eine Reihe von Grundsätzen und Verpflichtungen zwischen den Mitgliedstaaten „zur internationalen Migration in all ihren Dimensionen“. Er besteht aus zwei Teilen: Dem CRRF, ergänzt durch eine Präambel und eine Schlussbemerkung, sowie einem Maßnahmenprogramm, das „auf bewährte Praktiken aus der ganzen Welt zurückgreift und konkrete Handlungsweisen festlegt“, die von den UN-Mitgliedsstaaten und anderen Ländern zur Umsetzung der Prinzipien aus der New Yorker Erklärung ergriffen werden müssen.

Das Maßnahmenprogramm soll „eine Blaupause bieten, um sicherzustellen, dass Flüchtlinge einen besseren Zugang zu Gesundheit und Bildung bekommen, die Möglichkeiten erhalten, ihren Lebensunterhalt selbstständig bestreiten zu können und von Anfang an in ihre Aufnahmegemeinschaften inkludiert werden“. Das Programm wird außerdem konkrete Wege aufzeigen, „wie Aufnahmeländer besser unterstützt werden können“. Dazu gehören unter anderem „eine Ausweitung von humanitären Aufnahmeprogrammen oder die Bereitstellung von Experten und Fachwissen“.

Der globale Pakt ist nach Überzeugung des UNHCR „eine einmalige Gelegenheit, internationale Maßnahmen zum Flüchtlingsschutz in langwierigen sowie in neuen Flüchtlingssituationen zu stärken“. Er umfasst vier zentrale Ziele: „Den Druck auf die Aufnahmeländer mindern, die Eigenständigkeit und Widerstandsfähigkeit von Flüchtlingen fördern, den Zugang zu Resettlement und anderen humanitären Aufnahmeprogrammen in Drittstaaten ausweiten und die Bedingungen fördern, die eine Rückkehr in das Heimatland in Sicherheit und Würde ermöglichen.“

Nach den Vorstellungen des UNHCR wird der Pakt maßgeblich durch drei „miteinander verbundene Prozesse“ entstehen. Dazu gehört die Anwendung des CRRF „in einigen ausgewählten Ländern und Flüchtlingssituationen“, die „thematische Diskussionen über die wesentlichen Aspekte des CRRF mit UN-Mitgliedsstaaten, Nichtregierungsorganisationen, Experten, akademischen Einrichtungen und weiteren maßgeblichen Akteuren“. Schwerpunkte sollen dabei laut UNHRC „aktuelle regionale Maßnahmen für große Flüchtlingssituationen und Erfahrungen aus der Vergangenheit, Maßnahmen zur Aufnahme von Flüchtlingen, Unterstützung für unmittelbare und laufende Bedürfnisse von Flüchtlingen und Aufnahmegemeinschaften sowie dauerhafte Lösungen für Flüchtlinge“ sein.

Auch wenn der Pakt rechtlich nicht bindend ist, gibt es daran heftige Kritik, garantiert er den Zuwanderern doch weitgehende Rechte. So muss ihnen unter anderem uneingeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt und den Sozialsystemen der Aufnahmeländer gewährt werden. Auch müssen Zuwanderer aus bestimmten Weltregionen als „Klimaflüchtlinge“ anerkannt werden. Mehrere europäische und die US-Regierung haben erklärt, den Pakt für das gigantische Umsiedlungsprogramm wegen der unabsehbaren Folgen für ihre Länder nicht zu unterzeichnen. In Berlin hingegen hat man keine Bedenken. *J.H.*

(siehe Seite 6)

MELDUNGEN

Usutu-Virus grassiert wieder

Hamburg – Das Vogelsterben in Deutschland durch das exotische Usutu-Virus übertrifft 2018 in seinem Ausmaß alle früheren Epidemien. Amseln sind besonders anfällig für einen tödlichen Verlauf der Erkrankung, weshalb die Epidemie landläufig als Amselsterben bezeichnet wird. Allein beim Naturschutzbund Deutschland (Nabu) wurden im August und September 9000 Verdachtsfälle gemeldet, außer bei Amseln auch bei Meisen und Singdrosseln. Ein neuer Schwerpunkt ist der Großraum Hamburg. Im Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin Hamburg wurde in 43 von 150 untersuchten Vogelkadavern das Usutu-Virus gefunden. Dies gilt als extrem auffällig. Das Massensterben wird auf die lange Trockenzeit zurückgeführt. Hunger und Durst haben die Konstitution der Vögel geschwächt. *D.J.*

EU angeblich sehr geschätzt

Brüssel – Der bevorstehende Austritt Großbritanniens aus der EU hat gemäß einer aktuellen Umfrage im Auftrag des EU-Parlaments dazu geführt, dass die EU „mehr als je zuvor geschätzt“ wird („more appreciated than ever“). Demnach haben vor allem die Deutschen ein überwiegend positives Bild von der Staatengemeinschaft. 81 Prozent der Befragten halten die Mitgliedschaft für eine gute Sache. EU-weit liegt der Wert mit 62 Prozent so hoch wie seit 25 Jahren nicht. 76 Prozent der Deutschen sind zudem der Meinung, dass ihr Land bislang von der Mitgliedschaft profitiert habe. Italien ist das einzige Land, in dem die Mehrheit der Bürger nicht dieser Ansicht ist. Dort begrüßen zudem nur 42 Prozent der Befragten die Mitgliedschaft in der EU. Das Thema Einwanderung sollte nach Meinung jedes zweiten Deutschen die wichtigste Rolle im Wahlkampf der EU-Wahl im Frühjahr spielen. Auch EU-weit hält die Hälfte der Bürger dies für das wichtigste Wahlkampf-Thema. *J.H.*

PAZ: *Neue Preise ab 2019*

Drei Jahre lang hat die *Preußische Allgemeine Zeitung* den Preis ihres Abonnements stabil gehalten. Nun zwingen uns steigende Kosten trotz strikter Ausgabendisziplin leider zur Anpassung der Bezugspreise. Zudem wird die *PAZ* im Abonnement im sogenannten Schnellläufernetz der Post befördert und befindet sich bereits ab Donnerstag in der Zustellung. Das ist zwar mit zusätzlichen Kosten verbunden, gewährleistet aber, dass die Abonnenten ihre Zeitung stets pünktlich erhalten.

Unser Inlands-Abopreis steigt ab 1. Januar 2019 von elf auf zwölf Euro im Monat, also 144 Euro im Jahr. Der Bezugspreis im Ausland steigt auf 14,50 Euro monatlich (18,50 Euro bei Versand per Luftpost). Am Kiosk kostet die *Preußische Allgemeine Zeitung* künftig 2,90 Euro. Der Preis für das Online-Abo beträgt künftig 8,25 Euro, als E-Paper kostet die *PAZ* dann 1,20 Euro im Monat.

Soweit keine Einzugsermächtigung besteht, bitten wir unsere Abonnenten um rechtzeitige Anpassung von Daueraufträgen.

Auch nach dieser moderaten Preisanpassung bleibt die *Preußische Allgemeine Zeitung* die mit Abstand günstigste Wochenzeitung mit vergleichbarem journalistischen Angebot.

Raus aufs Land

Australien versucht, Immigranten aus den überfüllten Metropolen herauszuhalten

Neueinwanderer in Australien sollen nach dem Willen des zuständigen Ministers gezwungen werden, sich in Kleinstädten und auf dem Land anzusiedeln.

Auswanderer des 19. Jahrhunderts zog es zumeist in landwirtschaftlich leere Räume, dort wurde ihnen oft auch kostenlos Land zur Verfügung gestellt, um es urbar zu machen. Diese Einwanderer entwickelten dann ihre Gastländer und brachten den Wohlstand in diese Regionen. Heutige Wirtschaftsflüchtlinge zieht es in die Städte, je größer desto besser. Dort lässt sich leichter eine Subkultur bilden, um Kultur, Sprache, Religion und Essensgewohnheiten aus der Heimat fortzusetzen. Diese Einwanderer tragen nicht nur nicht zur Entwicklung dieser Regionen bei, sondern sie lassen ganze Stadtviertel verkommen und sorgen dafür, dass der Wohlstand aus diesen Vierteln verschwindet. Das ist im Einwanderungsland par excellence, Australien, den Einwanderungsbehörden aufgefallen. Deshalb möchte der Minister für Bevölkerung, Städte und städtische Infrastruktur, Alan Tudge, dass Neuankömmlinge aus bevölkerungsreichen Städten wie Melbourne oder Sydney verbannt werden.

Australiens Bevölkerung von 25 Millionen wächst jedes Jahr um 400 000 Menschen. 300 000 davon sind Einwanderer, die sich über offizielle Programme und entsprechende Qualifikationen dafür bewerben müssen. Den Großteil der Neuankömmlinge zieht es in die Städte an den Küsten wie Melbourne, Sydney oder Brisbane. Jetzt möchte Tudge diese Großstädte entlasten und Neueinwanderer aus den großen Städten zumindest in der Anfangsphase verbannen. Diese Regeln könnten bei etwa 45 Prozent der Einwanderer nach Australien greifen, denn bei dem Rest, der entweder im Rahmen der Familienzusammenführung oder mit einer konkreten Jobzusage oder einem Studienplatz ins Land kommt, besteht von Seiten der Behörden keine Steuerungsmöglichkeit bei der Wohnsitznahme.



Hier könnten sich Immigranten gut verteilen, ohne Parallelgesellschaften zu bilden: Australien jenseits der Metropolen Bild: action press

Die australische Regierung möchte das Ungleichgewicht zwischen Stadt und Land mit geografischen Einschränkungen bei Aufenthaltsvisa und durch zusätzliche Anreize für ländliche Regionen ausgleichen. Alle Neueinwanderer in Australien sind verpflichtet, in der ersten Zeit nach ihrer Einreise in zentralen Unterbringungseinrichtungen zu bleiben. Alle diese Lager in der Nähe großer Städte sollen jetzt geschlossen werden.

Der große Inselkontinent Australien ist weitgehend ein fast menschenleerer Kontinent. Infolge von Einwanderung hat Australien ein Bevölkerungswachstum von 1,6 Prozent, eines der höchsten aller entwickelten Staaten. Vor allem die Großstädte Sydney, Melbourne und der Südwesten von Queensland gehören zu den städtischen Entwicklungsregionen der Erde mit dem höchsten Wachstum. Infolge des Wachstumsdrucks auf die Infrastruktur waren die Großstädte im Osten Australiens in den letzten Jahren verpflichtet, Investitionen in Höhe von umgerechnet zehn Milliarden Euro zu tätigen. Mit der Verbannung der Einwanderung aus den Städten soll der Wachstumsdruck in diesen Regionen vermindert werden. Der ländliche und agrarisch ausgerichtete Westen und Norden Australiens hat kaum Bevölkerungswachstum, hier ringen die Entwicklungsplaner händeringend nach Neueinwanderern.

Seit 1901 betreibt Australien eine gesetzlich abgesicherte aktive Einwanderungspolitik. Der „Immigration Restriction Act 1901“ sollte jedoch die Einwanderung von Nichteuropäern begrenzen. Diese Gesetzespraxis wurde zwar nach dem Zweiten Weltkrieg gelockert, doch wegen des vermehrten Andrangs von „Boatpeople“, zunächst aus Vietnam, später aus dem nahöstlichen und asiatischen Konfliktregionen seit den 1970er Jahren wurde diese Lockerung im Jahr 1992 wieder aufgehoben und sogar eine Einwanderungshaft für illegale Einwanderer eingeführt. Diese Politik führte dazu, dass heute Boatpeople bereits auf See aufgebracht und in Drittländer wie Neuguinea oder den Inselstaat Nauru transportiert werden, wo sie vor Verfolgung sicher sind. Dort müssen sie einige Jahre bleiben, bis ihr Verfahren entschieden ist. Da aber die meisten Boatpeople auch in ihren Heimatländern nicht verfolgt werden, gehen viele von ihnen in dieser Zeit wieder freiwillig in ihre Heimatländer zurück und helfen, diese mit aufzubauen. So ist garantiert, dass die Behörden von jedem Einwanderer wissen, wer er ist, ein Spurwechsel, wie er jetzt in Deutschland geplant ist, vom Asyl in die Einwanderung ist in Australien nicht vorgesehen. Wer kein Asyl erhält, wird nicht nach Australien gelassen, ihm steht ein Leben in Neuguinea bevor, wo der Lebensstandard niedriger ist als in Pakistan oder dem Iran.

Die nationalliberale Regierung unter Tony Abbott verschärfte seit 2013 diese Maßnahmen noch. Mit einem Programm „stop the boats“ und der Operation „Sovereign Borders“ (souveräne Grenzen) führt die Regierung seitdem eine Null-Toleranz-Politik gegenüber den Boatpeople durch. Unter dem Motto „Illegale Einwanderung bestrafen und legale fördern“, geht Australien weiterhin gegen die ungesteuerte illegale Immigration strikt vor, denn auch in der Bevölkerung genießen die heutigen Boatpeople mehrheitlich kein gutes Ansehen. Die Einbürgerungshaft und die Deportation solcher Boatpeople in andere Länder wird in Australien nicht einmal von linken Politikern in Frage gestellt. *Bodo Bost*

Steuergelder nur gegen Arbeitsbereitschaft

Dänemarks Sozialdemokraten fordern ein Ende von bedingungsgslosen Transferleistungen für Asylsucher

Der Sprecher für Einwanderung und Integration der oppositionellen dänischen Sozialdemokraten, Mattias Tesfaye, besuchte kürzlich den Flüchtlingsdienst in der kleinen norwegischen Gemeinde Rælingen, einige Kilometer östlich von Oslo. In Norwegen ist die Sozialhilfe eine Belohnung für Integrationsleistungen. Eingliederungshilfe und Sozialhilfe für Asylsucher sind in Norwegen davon abhängig, dass sich jemand bemüht, sich durch Arbeit zu integrieren. Die dänischen Sozialdemokraten haben sich jetzt von Norwegen inspirieren lassen. Sie gehen mit diesem Vorschlag in die nächsten Wahlen.

Die Einwanderer in Dänemark müssen sich nach diesem Modell in Zukunft verpflichten, 37 Stunden pro Woche einen Beitrag für die dänische Gesellschaft zu leisten, sei es im sozialen Bereich oder im kommerziellen Sektor, in der Ausbildung oder in einer Kombination aus diesen. Konsequenzen und Sanktionen gibt es, wenn sie sich nicht so verhalten. „Es geht darum, das bisherige System auf den Kopf zu stellen. Wenn Migranten keinen Job finden oder selbst keine Ausbildung machen, muss der Staat ihnen eine 37-stündige Beschäftigung vermitteln. Wenn sie dieses Angebot nicht annehmen, bekommen sie keine Leistungen“, sagte Tesfaye, der selbst einen Immigrationshintergrund hat, der Zeitung „The Copenhagen Post“ („CHP Post“).

Das Modell soll für alle Zuwanderer gelten, die auf Integrationshilfe oder Sozialhilfe angewiesen sind und die schlecht Dänisch sprechen. Vom dänischen Arbeitgeberverband wird der Vorschlag begrüßt. Der Integrationsberater des dänischen Arbeitgeberverbandes, Rasmus Brygger, bezeichnet das Modell als „ambitioniert und wichtig“. Er sagte der „Copenhagen Post“: „Wir kommen nicht voran, weil wir das Problem mit Einwanderern und deren Berechtigung auf Sozialhilfe nicht lösen. Sie werden seit Jahren vom System passiv gehalten und zu nichts motiviert“.



Mattias Tesfaye Bild: Mortenf

Nach Statistiken des dänischen Arbeitgeberverbandes haben 34 Prozent der Sozialleistungsempfänger einen Immigrationshintergrund. Da die in Dänemark für die Arbeitslosmeldung zuständigen Wohnortkommunen nur etwa 20 Prozent dieser Sozialleistungsempfänger überhaupt arbeitslos melden, bleibt das Gros der Immigranten auf Jahrzehnte im Leistungsbezug und der Anteil der Immigranten an den Leistungsempfängern wird immer höher, auch wenn deren Anteil an der Gesamtbevölkerung stagniert. Die Zahlen des Ministeriums für Einwanderung und Integration im vergangenen Jahr zeigen, dass rund ein Drittel der Asylsucher dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt gar nicht zur Verfügung stehen, weil sie als unvermittelbar gelten. Da scheine es klar, dass die Angebote, aber auch Sanktionen, in diesem Bereich erhöht werden müssten, sagt Brygger.

Auch in Deutschland wird der Anteil der Sozialleistungsbezieher unter den anerkannten Asylbewerbern immer größer, weil diese auch ohne Integrationsbereitschaft unbegrenzt Sozialleistungen beziehen. Dagegen nimmt der Anteil von Sozialleistungsbeziehern bei abgelehnten und geduldeten Asylbewerbern bemerkenswerterweise ab. Das liegt daran, dass letztere eine Abschiebung als Sanktion fürchten müssen und sich durch verstärkte Integrationsanstrengungen gegen eine Abschiebung wehren. Anstatt aus dieser Tatsache Konsequenzen und Lehren zu ziehen, haben CDU/CSU und SPD just in Zeiten der größten Massenimmigration seit Jahrzehnten zusätzlich ein Fachkräftezuwanderungsgesetz vereinbart. Deutlicher kann man die Bankrotterklärung der Asylsucherintegration in den Arbeitsmarkt nicht dokumentieren. *B.B.*

Hessen bleibt wohl schwarz-grün

Entgegen aller Prognosen reicht es nicht für ein grün-rot-rotes Bündnis

Nach der Landtagswahl vom letzten Sonntag hätten rein rechnerisch auch eine Große und eine Ampelkoalition eine Mehrheit, aber es wird wohl auf eine Fortsetzung der schwarz-grünen Koalition hinauslaufen, allerdings mit einem gestärkten Juniorpartner.

Großer Sieger – aber doch nicht gewonnen. Die Grünen unter Führung des bisherigen stellvertretenden Ministerpräsidenten Tarek Al Wazir legten zwar deutlich zu und lieferten sich am Wahlabend ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit der SPD um den zweiten Platz. Die Hoffnungen, dass Al Wazir nach Winfried Kretschmann der zweite grüne Ministerpräsident der Republik werden könnte, scheinen sich aber nicht zu erfüllen. Dies lag auch daran, dass die Linkspartei mit rund sechs Prozent nicht so stark abschnitt wie erwartet und die AfD mit 13,1 Prozent dann doch stabiler war, als viele Vertreter der etablierten Parteien erhofft hatten. Die Verluste der einstigen Volksparteien fielen in der vorher erwarteten Größenordnung aus.

Die SPD, die Hessen jahrzehntelang regierte, verlor rund zehn Prozentpunkte und fuhr ihr schlechtestes Ergebnis der Nachkriegsgeschichte ein. Und so dürften die Debatten um einen Fortbestand der Großen Koalition weiterhin an Schärfe gewinnen. Kevin Kühnert sah die Gründe für das schlechte Abschneiden der SPD in der Bundespolitik. „Unter den Bedingungen, unter denen wir hier in Berlin arbeiten, wird die SPD in keinem Bundesland einen Fuß auf den Boden bekommen“, sagte der Juso-Chef. Im Wahlkampf habe er den Eindruck gehabt, die Leute wollten der Großen Koalition eins auswischen. „Und das haben sie heute auch getan.“ Der Juso-Chef war von Anfang an gegen ein Bündnis mit der Union. Kühnert lobte den Wahlkampf der SPD in Hessen. „Es tut mir wahnsinnig leid für die Hessen-SPD und auch für Thorsten Schäfer-Gümbel“, sagte der Parteilinke.

Schäfer-Gümbel war die Enttäuschung am Wahlabend deutlich anzusehen. „Wir gelten als kompetent, wir haben gute Noten bekommen. Aber wir halten am Ende die Goldene Zitrone in der Hand. Das ist ganz bitter“, sagte der hessische SPD-Chef, der dritte Niederlage als Spitzenkandidat kassierte. Zwar würde ein



Werden ihre Zusammenarbeit wohl fortsetzen: Volker Bouffier und Tarek Al Wazir (v.l.) Bild: pa

schwarz-rotes Bündnis im hessischen Landtag ebenso die absolute Mehrheit von 69 Stimmen gerade so erreichen wie eine Ampelkoalition, allerdings gelten beide Optionen als äußerst unwahrscheinlich.

Weiterhin im Amt bleiben wird daher ein anderer Verlierer, der am Ende doch der Gewinner war. Die CDU unter Führung des Ministerpräsident Volker Bouffier fuhr mit rund 27 Prozent ein schlimmes Ergebnis ein, wird aber dennoch weiterhin den Regierungschef stellen. Die CDU verlor rund 50 000 Wähler ins Lager der Nichtwähler und rund 90 000 Stimmen an die AfD. „Das zeigt, dass die Dinge komplex sind und die Wahrheit irgendwo in der Mitte liegt“, sagte Bouffier. Der Dauerstreit in Berlin sei sicherlich nicht förderlich gewesen.

Fest steht, dass die CDU es künftig mit einer deutlich gestärkten Grünen-Mannschaft auf der Regierungsbank zu tun haben wird. Ob Bouffier auch die FDP mit an den Verhandlungstisch bitten wird, ließ er offen. Schwarz-Grün käme ebenfalls gerade so auf die erforderlichen 69 Stimmen. „Es gehört sich so, dass wir mit allen demokratischen Mitbewerbern sprechen.“

Die FDP steigerte ihr Ergebnis leicht und profitierte offenbar von der Angst vor Rot-Rot-Grün. Mit über sieben Prozent bieten sich die Liberale als dritter Partner an. „Wir stehen immer zur Verfügung, wenn es darum geht, Regierungsbeteiligungen einzugehen“, sagte Parteichef Christian Lindner auf die Frage, ob die FDP zu Jamaika-Gesprächen mit CDU und Grünen bereit sei. „Die einzige Voraussetzung ist, es muss ein partnerschaftliches Miteinander sein und es müssen Inhalte möglich sein.“ Zu den schweren Verlusten von CDU und SPD in Hessen sagte Lindner, die Große Koalition in Berlin werde nur noch von „Angst vor dem Wähler“ zusammengehalten. „Das ist ein Misstrauensvotum.“

Widersprüchlich waren die Reaktionen bei den Linken. Während sich die hessische Spitzenkandidatin Janine Wissler über das Ergebnis freute, zeigte sich die Bundesvorsitzende Katja Kipping enttäuscht. „Man wünscht sich immer mehr. Auch den Umfragen zufolge hatten wir uns noch ein paar Prozente mehr erhofft“, sagte sie gegenüber dem Nachrichtensender NTV. Für die Bundespolitik sehe sie jedoch ein klares Signal: „Diese Wahl heute war eine Denkzettelwahl für die Große Koalition.“

Eine knallharte Oppositionsarbeit kündigte die AfD an. Die rund 13 Prozent, die die Partei unter Spitzenkandidat Rainer Rahn einfuhr, sind ein achtbares Ergebnis, auch wenn die Partei offiziell ein Resultat von mehr als 15 Prozent angekündigt hatte. „Wir sind in allen 16 Parlamenten drin, das ist historisch. Wir haben im Vergleich zur Bundestagswahl noch einmal zugelegt und haben allen Grund, dieses Ergebnis zu feiern“, sagte Rahn.

Wie schon bei der Wahl in Bayern zwei Wochen zuvor, punkteten die Grünen vor allem in den Großstädten, lagen in Frankfurt am Ende sogar vorn. Dort erzielte die AfD ein zweistelliges Ergebnis, was deren Spitzenkandidat als „unter den schwierigen Bedingungen sehr beachtlich“ einstufte. Die Hochburgen der AfD lagen wie schon bei der Bundestagswahl in den nördlichen und östlichen Landesteilen, sie schnitt auch in Kassel und Fulda stark ab.

Deutlich zulegen konnten die Gewinner der Bayern-Wahl. Die Freien Wähler steigerten sich auf drei Prozent, verfehlten den Einzug in das Wiesbadener Parlament aber doch deutlich.

Peter Entinger

MELDUNGEN

VDZ ehrt Angela Merkel

Berlin – Am kommenden Montag verleiht der Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) bei der „Publishers‘ Night“ in Berlin den Medienpreis „Goldene Victoria“. Ausgerechnet in diesem für sie schicksalhaften Jahr wird Kanzlerin Angela Merkel für „gesellschaftliches Engagement“ und „politisches Leadership“ ausgezeichnet. Nicht weniger befremdlich als diese Personalie wirkt für viele die Wahl der Laudatorin: Königin Rania von Jordanien, das auf der Liste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen nur Platz 132 von 180 belegt. Beide Frauen kennen sich bereits. 2015 erhielt Ramia als „herausragende Fürsprecherin für Frieden und Verständnis zwischen Ost und West“ den Walther-Rathenau-Preis. Die Laudatio hielt Angela Merkel. *J.H.*

Niederlage für Mehlenberg

Berlin – Marco Mehlenberg, der die Grünen-Politikerin Claudia Roth als „ekelhaft“ bezeichnet hatte (siehe *PAZ* 42/2017), ist mit einer Beschwerde vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) gescheitert. Mehlenberg hatte in einer nichtöffentlichen E-Mail an den Flüchtlingskoordinator der Stadt Brühl von der „ekelhaften Claudia Roth“ gesprochen und war dafür in allen Instanzen wegen Beleidigung verurteilt worden. Die Richter werteten diese Äußerung als „Kundgabe der Missachtung“ und „Herabsetzung“ Roths. Zu seiner Verteidigung hatte sich Mehlenberg auf die Meinungsfreiheit berufen und argumentiert, Ekel sei laut Wikipedia eine Bezeichnung für „die Empfindung einer starken Abneigung“. Für ihn gebe es keine bessere Vokabel, um seine Gefühle gegenüber Roth auszudrücken. Der Einzelrichter beim EGMR hat Mehlenbergs Beschwerde ohne weitere Begründung als unzulässig abgewiesen. Damit ist der Rechtsstreit nach drei Jahren beendet. *J.H.*

Gegenläufiger Trend

Die Ausländer in Deutschland werden mehr, die Deutschen weniger

Während die starke Zuwanderung von Ausländern als „Mutter aller Probleme“ immerhin breit diskutiert wird, erregt die steigende Abwanderung von Deutschen kaum Aufsehen. Dabei verzeichnet seit vielen Jahren das Statistische Bundesamt eine steigende Zahl von dauerhaften Fortzügen von deutschen Bundesbürgern ins Ausland.

Auch im vergangenen Jahr haben wieder rund 249 000 Bundesbürger das Land dauerhaft verlassen, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Da nur 167 000 Deutsche in die Bundesrepublik zuzogen, ergibt sich unter dem Strich ein sogenanntes negatives Wanderungssaldo von 82 000 Deutschen.

Ähnliche negative Wanderungssalden gab es auch in den Vorjahren. Seit 2005 kann man faktisch sagen, dass je höher die Zahl der Zuzüge von Ausländern in Deutschland ist, desto mehr Deutsche Deutschland verlassen. Dass vorher die Zahl der Zuzüge von Deutschen, die der Wegziehenden übertroffen hatte, hatte allein damit zu tun, dass von 1990 bis 2005 noch eine nennenswerte Zahl von mehreren Millionen deutschstämmiger Aussiedler nach Deutschland zuzog. Allein aus diesem Grund gab es in der Wanderungsstatistik eine positive Bilanzen für die Zahl der Deutschen.

Seit 2005 übertrifft die Zahl der Fortzüge von Deutschen bei Weitem die der Zuzüge. Waren es im Jahr 1991 rund 99 000 deutsche Abwanderer, stiegen die Zahlen tendenziell an und lagen bis 2015 auf einem Niveau von etwa 140 000 abwandernden Deutschen pro Jahr. Im Jahr 2016, dem Jahr der größten Zuwanderung, kam es dann zu einem Sprung: Damals verlegten mit 281 000 so viele Bundesbürger wie noch nie ihren Wohnsitz ins Ausland. 2017 waren es immerhin noch 249 000 deutsche Bundesbürger, die ihrem Land den Rücken kehrten.

Besonders bedeutsam ist die starke Abwanderung von Deutschen vor dem Hintergrund, dass seit 1973 die Zahl der Sterbefälle von Deutschen die der Geburten überwiegen. Dem Wanderungsverlust von 217 000 Deutschen in den vergangenen beiden Jahren und den mehr als 1,7 Millionen gestorbenen Staatsbürgern standen in zwei Jahren nur 1,2 Millionen Geburten von Müttern mit deutscher Staatsbürgerschaft gegenüber. Deutschland hat also netto in zwei Jahren mehr als 700 000 deutsche Staatsbürger verloren.

Dem Minus von 700 000 Deutschen durch Tod und Abwanderung steht in diesen zwei Jahren dank starker Zuwanderung ein Wanderungsüberschuss von weit über einer Millionen ausländischer Personen gegenüber, 500 000 im Jahre 2017 und sogar 635 000 im Jahre 2016. Deutschlands Gesellschaft gewann in den vergangenen beiden Jahren ungefähr so viele nichtdeutsche Neumitglieder über Immigration wie durch Geburten von Müttern mit deutscher Staatsangehörigkeit. Durch die im internationalen Vergleich starke Zuwanderung – die Bundesrepublik nahm seit den 60er Jahren mehr Zuwanderer auf als das klassische Einwanderungsland USA – entwickelt sich Deutschland sehr schnell zur Immigrationsgesellschaft. In den westdeutschen Bundesländern haben dem Statistischen Bundesamt zufolge bereits 42 Prozent der unter Sechsjährigen einen Immigrationshintergrund.

Wenn diese Tendenz sich in Zukunft in gleicher Weise fortsetzt, haben in wenigen Jahren die Schulen bereits ausländische Schülermehrheiten, in eineinhalb bis zwei Jahrzehnten, so errechnen Bevölkerungswissenschaftler, dürfte bei der Fortsetzung der derzeitigen Wanderungstrends ganz Deutschland eine ausländische Bevölkerungsmehrheit haben. *Bodo Bost*

Aiwanger will bundesweit

Der Bayer präsentiert seine FW als gemäßigte AfD-Alternative

Mit der AfD hat Hubert Aiwanger noch eine Rechnung offen. Anfang 2013 plante der Vorsitzende der Freien Wähler (FW) den Sprung auf die bundespolitische Bühne. Doch der Testlauf bei der Landtagswahl in Niedersachsen ging schief. Lediglich 1,1 Prozent der Wähler gaben der Liste ihre Stimme, auf der auch Vertreter der sogenannten Wahlalternative 2013 vertreten waren. Ganz vorne dabei: der spätere AfD-Gründer Bernd Lucke. Der warf Aiwanger später vor, den Wahlkampf nicht genügend unterstützt zu haben. Der Bayer sei primär an seinem eigenen Erfolg und dem des bayerischen Landesverbandes interessiert gewesen. „Er wollte uns dazu bringen, dass wir die Wiedereinführung der D-Mark fordern“, sagt Aiwanger heute. „Damit hat er praktisch den Bruch mit uns provoziert. Wir sind Euro-Kritiker, aber keine Euro-Gegner.“

Fünf Jahre sind seitdem vergangen, und Bernd Lucke ist längst AfD-Geschichte. Hubert Aiwanger hingegen hat vor knapp drei Wochen bei der Landtagswahl in seinem Heimatland einen fulminanten Erfolg erzielt und ist kurz davor, Minister zu werden. Nun kramt er seine bundespolitischen Pläne wieder aus der Schublade hervor. Aiwanger sagte den Zeitungen der Funke-Mediengruppe, die Partei wolle neben Bayern auch in andere Bundesländer und in den Bundestag. Das Potenzial für den Einzug in den Bundestag habe sie auf jeden Fall.

Bei der Landtagswahl in Hessen am vergangenen Sonntag konnte



Hubert Aiwanger Bild: RalfR

die Partei zwar zulegen, blieb aber deutlich unterhalb der Fünf-Prozent-Hürde. Dennoch glaubt Aiwanger, er könne seine Partei als Alternative zur Alternative positionieren. „Wir setzen auf alle Wähler, die unzufrieden sind mit den etablierten Parteien und erkennen, dass die AfD als radikale Partei eben auch keine Alternative ist – schon gar keine koalitionsfähige Alternative.“ Bei der letzten Bundestagswahl im September 2017 kamen die Freien Wähler – wie schon 2013 – auf 1,0 Prozent.

Es ist, wie gesagt, nicht das erste Mal, dass die Freien Wähler bundespolitische Ambitionen hegen. 2009 schickte Aiwanger die ehemalige Fürther Landrätin Gabriele Pauli, die als CSU-Rebellin bekannt geworden war, ins Rennen für die Europawahl. Das Projekt floppte. Pauli war erst wenige Monate zuvor bei den Freien Wählern eingetreten und im Herbst 2008 in den bayerischen Landtag eingezogen. „Es war eine Partnerschaft auf Zeit“, sagte Aiwanger anschließend, nachdem Pauli eine eigene Partei gegründet hatte, weil ihr die bundespolitischen Ambitionen der Freien Wähler nicht als nachhaltig genug erschienen.

Alle Versuche waren mit zum Teil heftigen Turbulenzen einhergegangen, weil einige der kommunal organisierten Freien-Wähler-Gruppierungen die landes- oder bundespolitischen Ambitionen nicht mittragen wollten. In der Bundespartei der Freien Wähler waren zuletzt nur etwas mehr als 4000 Personen eingeschrieben, darunter 3300 in Bayern. *P.E.*

Zeitzeugen



Bild: Imago

Ivan Krastev – Am 21. Februar schrieb der renommierte bulgarische Politologe in der Londoner Zeitung „The Guardian“: „Die EU ist immer noch nicht bereit, in einer Welt zu leben, die wieder von Geopolitik bestimmt wird. In einer Welt, in der die Völker und Regierungen wieder viel von Grenzen ... halten.“ Wenn Brüssel weiter in dieser Haltung verharre, werde der Balkan seinen eigenen Weg gehen – entweder im Verbund mit Russland beziehungsweise der Türkei oder mit China.

Shen Jinlong – Im Januar 2017 avancierte der Vizeadmiral zum Oberkommandierenden der Marine der Volksrepublik China. Diese verfügt derzeit über einen Flugzeugträger, 125 Zerstörer, Fregatten und Korvetten, 109 Raketenschnellboote, 68 amphibische Schiffe, 42 Minenschiffe, 68 U-Boote, 232 Hilfsschiffe sowie rund 730 Marineflugzeuge und -hubschrauber. Der Personalbestand beträgt zirka 255 000 Mann.

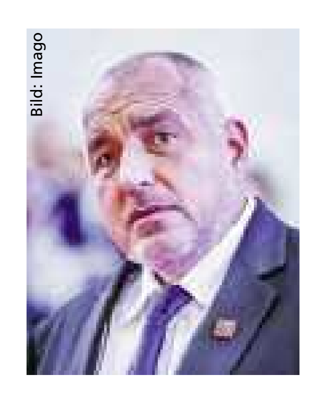


Bild: Imago

Bojko Borissow – Mit Blick auf die Vorwürfe aus Brüssel, Peking versuche mit seinem wirtschaftlichen Engagement in Südosteuropa die EU zu destabilisieren, entgegnete der bulgarische Ministerpräsident und Vorsitzende der konservativen Partei GERB, die Zusammenarbeit der Balkanländer mit China habe „das Ziel, Europa zu stärken, und nicht zu spalten“.

Fotis Provatas – Danach gefragt, ob Athen mittlerweile über Gebühr in das Fahrwasser Pekings geraten sei, antwortete der Präsident der Chinesisch-Griechischen Kammer für Wirtschaftliche Zusammenarbeit im Interview mit der „Neuen Zürcher Zeitung“: „Da ist viel Heuchelei im Spiel ... Griechenland hätte nur allzu gerne französische oder deutsche Investoren willkommen geheißen – nur kamen die nicht.“



Bild: Sebastian_Derungs

Li Keqiang – Auf Initiative Pekings finden seit 2012 jährliche Gipfeltreffen zwischen chinesischen Regierungsvertretern und den Staatschefs einiger ost- und südosteuropäischer Länder statt. Auf der letzten dieser sogenannten 16+1-Konferenzen im Juli 2018 sagte der chinesische Ministerpräsident, sein Land sei an einer „offenen und prosperierenden EU“ interessiert. Vier Jahre zuvor hatte er Griechenland als „Tor Chinas nach Europa“ bezeichnet.

Zentral geplante Expansion

Wirtschaftliches und politisches Engagement Chinas gehen Hand in Hand

Während der Westen und Russland sowie islamische Staaten wie die Türkei und Saudi-Arabien auf dem Balkan um Einfluss ringen, konnte sich dort in den letzten Jahren auf leisen Sohlen eine weitere fremde Macht etablieren: die Volksrepublik China (VRC). Diese hat für ihr Engagement an der Südostflanke Europas sowohl wirtschaftliche als auch politische Gründe.

Seit September 2013 verfolgt Peking das höchst ambitionierte Projekt einer „Neuen Seidenstraße zur See“ (Haishang Sichouzhilu), die China über den Indischen Ozean und den Suezkanal mit Europa verbinden und in ihrer letzten Etappe durch das östliche Mittelmeer bis nach Griechenland führen soll. Davon erhofft man sich im Reich der Mitte, dass der Transport chinesischer Waren in Richtung der west-, mittel- und nordeuropäischen Absatzmärkte schneller und billiger wird. Hierdurch mutiert der Balkan zu einer wichtigen Transitregion. Deshalb investiert China nun massiv in die dortige Verkehrsinfrastruktur. Die wichtigsten Projekte in diesem Rahmen sind die Erweiterung des griechischen Hafens Piräus für fast eine Milliarde Euro sowie die noch deutlich kostenintensivere Umgestaltung der Eisenbahnstrecke zwischen Belgrad und Budapest, damit dort ab 2023 Güterzüge mit 200 Kilometern in der Stunde rollen können. Die Aufträge für die Errichtung der zumeist kreditfinanzierten Verkehrswege, Kraftwerke oder Logistikzentren gehen sämtlich an chinesische Firmen.

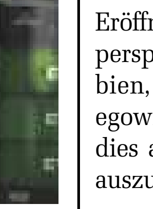
> Die VRC plant, über Suez und den Balkan Europa zu beliefern

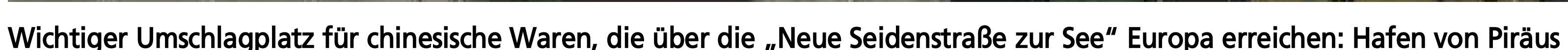
Ökologisch problematisch ist, dass Peking die Pläne Bosnien-Herzegowinas, Serbiens, Mazedoniens, Rumäniens, Griechenlands und des Kosovo hinsichtlich des Ausbaus der Energieversorgung durch zahlreiche neue Kohlekraftwerke unterstützt. Schon jetzt stehen zwölf der 30 weltweit schlimmsten Dreckschleudern, in denen der fossile Brennstoff verarbeitet wird, in der Region. Aber die Umsetzung der Pläne Pekings erfordert eben große Mengen an billiger Energie. Und da kommen die beispielsweise 15 Milliarden Tonnen Braunkohle unter der Erde des Kosovo – übrigens mehr als es in ganz China gibt – gerade recht. Vor diesem Hintergrund wirken die Versuche der EU, den Kohlendioxidausstoß in Europa zu reduzieren, nachgerade bemitleidenswert.

Chinas Engagement auf dem Balkan verspricht außer ökonomischen auch politische Vorteile. Die Volksrepublik kann im globalen Machtkampf mit den USA Verbündete gut gebrauchen, wenn es beispielsweise seitens der USA oder deren Verbündeter wegen seiner Tibet-, seiner Menschenrechts- oder seiner Politik im Südchinesischen Meer angegriffen wird. Und die besitzt es nun auch auf dem Balkan. Das wird insbesondere an der Blockadepolitik Griechenlands deutlich, die schon mehr als einmal verhinderte, dass die EU Peking wegen wiederholter Verstöße gegen humanitäre Grundsätze oder das Völkerrecht geschlossen verurteilte.

Laut der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ gibt es sogar Hinweise auf eine diskrete Einflussnahme auf die griechische Innenpolitik. So soll der chinesische Botschafter in Athen, Zou Xiaoli, im Februar 2016 beim griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras interveniert haben, als Asylsucher im griechisch-mazedonischen Grenzort Idomeni die Bahnstrecke blockierten und damit auch die Lieferung chinesischer Waren nach Westeuropa unterbrachen. Auf jeden Fall agierte die griechische Polizei damals auffallend schnell und effektiv. *Wolfgang Kaufmann*

Bild: ddp images





Wichtiger Umschlagplatz für chinesische Waren, die über die „Neue Seidenstraße zur See“ Europa erreichen: Hafen von Piräus

Brüssel fürchtet die Konkurrenz von Peking

Seitens der Europäischen Union wird mittlerweile befürchtet, dass die Balkanstaaten durch das chinesische Engagement in der Region in politische und wirtschaftliche Abhängigkeit von Peking geraten könnten. Teilweise ist sogar die Rede von einer Spaltung Europas und der Errichtung chinesischer „Kolonien“ in Europa. Dabei verkennt man in Brüssel die geopolitischen Realitäten der heutigen Zeit. Das traditionelle Modell der Globalisierung hat nun ausgedient und der Osten in vielen Bereichen mit dem Westen gleichgezogen. Dadurch ist eine echte Konkurrenzsituation entstanden, die sich die Balkanstaaten geschickt zunutze machen.

In deren Augen gilt die EU nicht mehr als attraktiver Club von Nationen, zu dem man unbedingt dazugehören müsse, sondern als paternalistischer Koloss, der die Vergabe von Aufbauhilfen an unendlich viele Bedingungen knüpft. Die Länder des Balkan sind es jedoch leid, mit Forderungen nach Reformen konfrontiert zu werden, die den eigenen

> Ohne Belehrungen oder Auflagen

Überzeugungen widersprechen – sei es in wirtschaftlicher Hinsicht, sei es in der Frage der Menschenrechte. Das weiß Peking und präsentiert sich deshalb ganz gezielt als Gegenmodell zur EU. Seine Investitionen sind nicht an Belehrungen oder Auflagen gebunden.

Darüber hinaus fehlen Brüssel aber auch die strategischen Visionen – kein Wunder bei dem permanenten Krisenmodus, in dem die Union seit Jahren verharrt. Dahingegen verheißt die Volksrepublik China, mit der Jugoslawien und Albanien ja bereits zu Zeiten des Sozialismus den Schulterschluss gegen den großen Hegemon Moskau probten, schnellen und nachhaltigen Wohlstand ohne den EU-üblichen Dirigismus. Das einzige Zukunftsrezept, was man in Brüssel dagegen zu setzen hat, ist die Eröffnung von wolkigen Beitrittsperspektiven für Länder wie Serbien, Albanien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien. Ob dies ausreichen wird, um Peking auszustechen, bleibt abzuwarten. *Wolfgang Kaufmann*

Auf dem Weg zur Weltpolitik

Der wirtschaftliche Riese hört auf, ein politischer Zwerg zu sein

Die Volksrepublik China betreibt seit Jahren eine massive Nachrüstung zur See und verfügt inzwischen über die zweitstärkste Kriegsmarine der Welt nach den USA. Die Zhongguo Renmin Jiefangjun Haijun (ZRJH) soll dabei in zunehmendem Maße auch fernab der Küsten des Mutterlandes operieren. Das zeigt beispielsweise der Plan, insgesamt sechs Flugzeugträger in Dienst zu stellen.

Dazu kommt die Errichtung von Stützpunkten im Ausland, wie dem bei Obock in Dschibuti am Horn von Afrika. Die Basis gehörte zunächst den US-Streitkräften, die aber abziehen mussten, um der chinesischen Konkurrenz Platz zu machen. Von hier aus lassen sich die Handelswege in Richtung Suezkanal und Ostafrika absichern. Denn das Hauptziel des rasanten Ausbaus der ZRJH besteht neben der Durchsetzung der Ansprüche Pekings im Süd- und Ostchinesischen Meer im Schutz der „Neuen Seidenstraße zur See“ zwischen den Häfen an der Küste Chinas und des östlichen Mittelmeers. Deshalb versucht die Volksrepublik, noch weitere Flottenbasen in den Anrainerstaaten des Indischen Ozeans zu gewinnen.

> Auch militärisch zeigt die Volksrepublik zunehmend Präsenz

Außerdem operieren Verbände der chinesischen Kriegsmarine inzwischen regelmäßig im Mittelmeer und anderen europäischen Randgewässern. Im Sommer 2017 nahmen Einheiten der ZRJH sogar an Manövern der russischen Seestreitkräfte in der Ostsee teil.

Parallel dazu baut das Reich der Mitte seine zivile Infrastruktur entlang der maritimen Seidenstraße aus. Ein Beispiel hierfür ist neben den gewaltigen Investitionen in den Hafen von Piräus in Griechenland auch das Engagement in Pakistan und Sri Lanka. Der Hafen von Hambantota ging für 99 Jahre in den Besitz Pekings über, weil Sri Lanka in Zahlungsschwierigkeiten geraten war, und dient nun als weiteres Sprungbrett gen Westen. Die gleiche Funktion erfüllt der für 40 Jahre gepachtete Hafen von Gwadar in Südwest-Pakistan. In dessen Nähe, bei Jiwani unweit der Grenze zum Iran, soll außerdem noch eine zusätzliche ZRJH-Basis entstehen. *W.K.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Berlin: Hochburg des Autoklaus

Nirgends in Deutschland werden so viele Pkw gestohlen wie in der Hauptstadtregion



Oft werden die Autos sogar von den späteren Abnehmern „bestellt“, die dann im Auftrag geklaut werden: Dieb bei der Arbeit (Symbolbild)

Bild: Imago

In der Statistik der Versicherungswirtschaft nimmt die Region Berlin-Brandenburg eine unrühmliche Spitzenstellung ein. Unter den deutschen Großstädten ist Berlin der Spitzenreiter beim Autoklau. Brandenburg hat wiederum bei den Flächenländern die höchste Diebstahlrate.

Wie aus Zahlen des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) hervorgeht, hatte Berlin im bundesweiten Vergleich die mit Abstand höchste Diebstahlrate. Im Laufe des Jahres 2017 wurden in der deutschen Hauptstadt 3355 Pkw gestohlen. Die Diebstahlquote lag damit bei 3,6 von 1000 kaskoversicherten Wagen. Zum Vergleich: Im Bundesdurchschnitt liegt die Quote bei 0,5, für Bayern und Baden-Württemberg wurden gar Quoten von nur 0,1 ermittelt. Neben Berlin muss auch Brandenburg als eine Hochburg des Autodiebstahls in Deutschland gelten. In keinem anderen deutschen Flächenland verschwinden so viele Personenwagen wie in Brandenburg.

Laut Polizeistatistik ist es im Jahr 2017 in Brandenburg zu 2513 Autodiebstählen gekommen. Der gibt für Brandenburg die Zahl von 1531 Autos an, die 2017 entwendet wurden und die gegen Diebstahl versichert waren. Die Diebstahlquote lag damit bei 1,4 pro 1000 Autos. Der Wert der in der Mark gestohlenen Wagen wird mit durchschnittlich 14 900 Euro angegeben. Bundesweit lag der Wert im Schnitt bei rund 18 500 Euro pro Fall.

Ein ähnliches Bild hat bereits das Lagebild „Kfz-Kriminalität 2017“ des Bundeskriminalamts (BKA) geliefert. Laut den Daten des BKA waren die Diebstahlzahlen von Pkw in den beiden Großstädten Berlin und Hamburg am höchsten. Die BKA-Zahlen zeigten allerdings auch ein Ost-West-Gefälle auf. Prozentual gesehen werden in den östlichen Bundesländern deutlich häufiger Autos gestohlen als in anderen Teilen der Bundesrepublik.

> Brandenburg führt unter den Flächenländern

Berlin und sein Umland bieten aus Sicht der Kriminellen ideale Voraussetzungen: Die polnische Grenze an der Oder ist innerhalb von 60 Minuten zu erreichen; dazu bietet die Millionenstadt zahlreiche Gelegenheiten, begehrte Fahrzeuge zu stehlen. Hoch im Kurs stehen bei den Autodieben deutsche und japanische Premiummarken, hochwertige SUV und Geländewagen.

Bestimmte Fahrzeugtypen stehlen organisierte Langfinger dabei zum Teil sogar auf Bestellung von ausländischen Abnehmern. Selbst ältere Fahrzeuge sind im Visier der Diebesbanden. Oft zerlegen die Diebe ältere Automodelle in Einzelteile, die sie dann auf dem Markt für Ersatzteile verkaufen.

Bei den Tätern handelt es sich meist um Mitglieder osteuropäischer Banden, die gut vernetzt sind und arbeitsteilig vorgehen. Kuriere fahren die gestohlenen Autos in Richtung Polen, zum Teil verladen sie die Fahrzeuge aber auch auf Lkw und transportieren sie darin ins Ausland. Abnehmer finden die gestohlenen Fahrzeuge in Osteuropa, auf dem Balkan, im Nahen Osten und in Nordafrika.

Im Kampf gegen den Autoklau setzt die Polizei in Berlin und Brandenburg auf Kooperationen mit Kollegen aus Polen und anderen osteuropäischen Ländern. Der Erfolg fällt allerdings mäßig aus. Zwar gehen immer wieder spektakuläre Fahndungserfolge durch die Medien.

Allerdings lässt sich mit einiger Berechtigung nur von positiven Einzelfällen reden. Insgesamt liegt die Aufklärungsquote nämlich seit Jahren unter der Zehn-Prozent-Marke. Wird ein Fahrzeug gestohlen, dann ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass es schnell außer Landes gebracht wird.

Speziell in Brandenburg könnte sich die Ausweitung von Schleierfahndungen als ein wirksames Mittel im Kampf gegen Autodiebstähle erweisen. Bislang sind solche verdachtsunabhängigen Kontrollen nur in einem 30-Kilometer-Korridor entlang von Oder und Neiße erlaubt. Ein Entwurf eines neuen Polizeigesetzes für Brandenburg, den Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) vorgelegt hat, sieht die Möglichkeit vor, dass Schleierfahndungen künftig an allen Durchgangsstraßen des Bundeslandes durchgeführt werden können. Brandenburgs Landtag wird über das neue Polizeigesetz im Laufe des November beraten.

Einstellen müssen sich die Polizeibeamten allerdings darauf, dass Autodiebe zunehmend sehr aggressiv auftreten, wenn sie in Fahndungsmaßnahmen geraten. Ein besonders schwerer Fall wurde etwa im Frühjahr dieses Jahres vor dem Berliner Landgericht verhandelt.

Am Ende des Prozesses verurteilte das Landgericht einen 29-jährigen Polen unter anderem wegen versuchten Mordes und schweren Bandendiebstahls zu elf Jahren und sechs Monaten Haft. Nebenkläger war bei dem Prozess ein Berliner Polizeibeamter, den der Autodieb bei einem Fluchtversuch mit einem gestohlenen Wagen rund 70 Meter weit mitgeschleift und dabei beinahe getötet hatte. *Norman Hanert*

Stadionbau ohne Staatsknete

Von Theo Maass

Der beliebte Fußball-Zweitligist 1. FC Union Berlin baut sein Stadion um und will dabei die Zahl der Zuschauerplätze von etwas mehr als 22 000 auf 37 000 steigern. Anders als Hertha BSC erwartet (und benötigt) Union keine staatliche Hilfe. Die Baumaßnahmen, die auch den Bau eines Clubhauses einschließen, werden auf etwa 38 Millionen Euro geschätzt.

Vereinspräsident Dirk Zingler: „Unser Ziel ist es, dass wir am Ende mit Fertigstellung des neuen Stadions die gleiche Belastung haben wie heute. Wir wollen es solide finanzieren, am Ende darf die Belastung aus dem Stadion nie den Verein an sich gefährden. Wir wollen klassisch Hypotheken-finanzieren mit einem hohen Eigenkapitalanteil – und da sind wir in sehr guten Gesprächen.“

In der vergangenen Saison hatte Union als Ziel den Aufstieg in die 1. Bundesliga ausgegeben und war damit gescheitert. Nach dieser Enttäuschung scheint die Devise im Hinblick auf den Traum von der 1. Liga zu lauten: „Niemals darüber reden, aber immer daran denken.“ Nach dem zehnten Spieltag ist der Verein noch ungeschlagen und hat – bislang – noch alle Chancen auf den Aufstieg.

Auch zur Reform des Spielbetriebs kamen aus Berlin-Köpenick viel diskutierte Vorschläge. Die drei Profiligen sollten auf je 20 Vereine aufgestockt werden (bisher 1. und 2. Liga jeweils 18 Vereine) und Montagsspiele künftig nicht mehr stattfinden. Bisher gibt es Spiele der 2. Liga am Freitag (18.30 Uhr), Sonnabend (13 Uhr), Sonntag (13.30 Uhr) und Montag (20.30 Uhr).

Union ist traditionell kein Freund von übertriebenem Kommerz und „ganz nahe“ bei den Fans und Vereinsmitgliedern. Der Vereinsführung ist diese Zusammenhalt wichtiger als ein wirtschaftlicher Erfolg um jeden Preis. Beim letzten Stadionausbau vor zehn Jahren spannte Union die Mitglieder und Fans bei den Bauarbeiten mit ein. Das sparte viel Geld und schaffte ein hohes Maß an Identifikation mit Verein und Mannschaft.

Diesmal wird das nicht möglich sein. In der Sommerpause nach Ablauf der Saison 2018/19 ist der Baubeginn angedacht, ein Jahr später soll das neue Stadion rechtzeitig zum 100. Jubiläum fertig sein. Der Bau wird in der Saison 2019/20 während des laufenden Spielbetriebes erfolgen. Der Unterring wird dafür gesperrt.

Zingler ist „überzeugt, dass es eines der schönsten Stadien Deutschlands werden wird“. Sollte Union dann in die 1. Bundesliga aufsteigen, dürfte „die Wirtschaft“ ihre großzügigen Sponsorengelder nicht mehr ausschließlich auf Hertha BSC ausschütten.

Polizeischüler scheitern oft

Hohe Durchfallquote – Zudem: Grobe Mängel an Dienststellen

Die Berliner Polizeischule in Ruhleben sorgt erneut für Schlagzeilen. Nachdem die Medien in den vergangenen Monaten bereits über Probleme mit Polizeischülern aus Einwandererfamilien, Disziplinlosigkeit und andere Missstände berichteten, sind nun auch schlechte Prüfungsergebnisse der Schüler ein Thema.

Laut „Berliner Morgenpost“ ist fast die Hälfte der Polizeischüler für den mittleren Dienst der Schutzpolizei, die im Herbst 2017 ihre Ausbildung begonnen haben, durch eine Prüfung zum Thema Eingriffsrecht, Verkehrsrecht und Öffentliches Recht gefallen. Im Ausbildungsgang vom Frühjahr 2018 soll jeder Fünfte an der Prüfung in politischer Bildung gescheitert sein. Betroffene Polizeischüler sollen sich über schlecht vorbereitete Lehrer, häufigen Unterrichtsausfall und eine geringe Vorbereitungszeit auf die Wiederholungsprüfung beklagt haben.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) wies im Zusammenhang mit dem schlechten Prüfungsabschneiden auf eine Umstrukturierung der Lehre hin. Wie die „Morgenpost“ berichtet, wird an der Schule nach einer neuen Verordnung unterrichtet. Für die Polizeianwärter sind die Zwischenprüfungen entfallen, dafür müssen die neuen Ausbildungsjahrgänge Semesterklausuren bestehen.

> Wachen teilweise in einem elenden Zustand

SPD-Innenexperte Tom Schreiber soll mit einer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft auf den maroden Zustand mehrerer Berliner Polizei- und Feuerwehrwachen aufmerksam gemacht haben. Laut einem Pressebericht bezog sich der Politiker bei seiner Anzeige „wegen Verletzung der Fürsorgepflicht“ auf mehrere Vorfälle. Unmittelbarer Anlass sollen die Zustände auf der Polizeiwache am Augustaplatz in Berlin-Lichterfelde gewesen sein. Von dort waren Probleme mit kontaminiertem Trinkwasser bekannt geworden, die zu Unwohlsein bei Beamten und schließlich zu einer Warnung vor dem Trinken von Leitungswasser geführt hatten.

In einer Polizeidienststelle in Tempelhof soll wiederum eine Toiletten-Deckenplatte inklusive Fäkalien heruntergestürzt sein. Mehrere Dienststellen von Polizei und Feuerwehr haben in Berlin offenbar auch Probleme mit Rattenbefall und Schimmel.

Wie der Sender RBB berichtet, hat die Berliner Staatsanwaltschaft aufgrund der Anzeige des SPD-Innenpolitikers keine Ermittlungen eingeleitet, da sie keine konkreten Anhaltspunkte für die Begehung einer Straftat gesehen habe. *N.H.*

Gebühr soll weg

Freie Wähler gegen Straßenbaubeiträge

Die Freien Wähler (FW) in Brandenburg haben eine Volksinitiative zur Abschaffung der bisherigen Straßenausbaubeiträge bei der Reparatur oder Sanierung von Straßen auf den Weg gebracht. Binnen eines Jahres müssen nun 20 000 Unterschriften gesammelt werden.

Die Eintragung in Listen reicht für diesen ersten Schritt aus, ein Behördengang zur Abgabe von Unterschriften ist für die Bürger erst beim zweiten Schritt, dem Volksbegehren, nötig. Damit haben die FW rechtzeitig vor den Landtagswahlen im kommenden Jahr ein sehr populäres Thema für sich entdeckt.

> SPD-Minister: »Ist nicht finanzierbar«

Die Kostenbeteiligung für den erstmaligen Anschluss an das Straßennetz bleibt hingegen erhalten. Brandenburgs Innenminister Karl-Heinz Schröter, dessen SPD unter dramatisch sinkender Zustimmung leidet, kritisiert den Vorstoß dennoch scharf: „Wer soll denn die ausfallenden Beiträge der Anwohner kompensieren? Das Land kann das nicht, und auch die Kommunen können es nicht. Es würde dann vermutlich kaum noch eine Straße saniert werden.“ Schröter erhebt den Vorwurf, die Initiative der Freien Wähler würde das Land „spalten“.

Den Vorwurf der Unfinanzierbarkeit weisen die FW mit Blick auf andere Länder zurück. Die meisten übrigen Bundesländer hätten die Straßenausbaubeiträge bei der Reparatur oder Sanierung von Straßen inzwischen abgeschafft. „Wir brauchen auch in Brandenburg ein Umdenken und einen Systemwechsel bei der Finanzierung kommunaler Infrastruktur“, meint der Bernauer FW-Landtagsabgeordnete Peter Vida. *Frank Bücker*

Meldeportal erweitert

Die Meldeplattform der AfD in Berlin „Neutrale Schule“ (die *PAZ* berichtete) ist gestartet. In Brandenburg will der bildungspolitische Sprecher der AfD-Landtagsfraktion, Steffen Königer, die Aktion weiter fassen. „Wir haben Interesse zu erfahren, wo überall der Schuh an den Schulen drückt.“ Königer will nicht nur auf parteipolitische Indoktrination durch Lehrer, sondern auch auf die Behandlung „umstrittener Sachverhalte“ wie Klimawandel oder Donald Trump im Unterricht blikken. Von der Berliner AfD heißt es dazu: „Auch Lehrer haben ein Recht auf die eigene politische Meinung. Aber sie dürfen diese nicht zum Bestandteil ihrer Lehrtätigkeit machen.“ Königer interessiert sich überdies auch für ganz „normale“ Mängel an Schulen wie Baufälligkeit oder Personalmangel, die Schüler an das Portal melden können. So versteht sich das brandenburgische Portal letztlich als Hilfe für die Landesregierung, um auf Mängel aufmerksam zu machen. *F.B.*

MELDUNGEN

Keine Beweise gegen Russland

London – Die britische Regierung hat gegenüber dem Ausschuss für Digitales des Unterhauses betont, dass sie „keine Beweise für die erfolgreiche Nutzung von Desinformationen durch ausländische Akteure, einschließlich Russland, zur Beeinflussung der demokratischen Prozesse im Vereinigten Königreich“ habe. Das Brexit-Referendum wird nicht ausdrücklich erwähnt, aber die Formulierung „demokratische Prozesse“ ist so weit gefasst, dass sowohl Wahlen als auch das Referendum abgedeckt sind. Im November 2017 hatte Premierministerin Theresa May Russland einer „anhaltenden Kampagne der Cyberspionage und gezielter Störungen“ beschuldigt. *J.H.*

UN-Rüge für Burka-Verbot

Genf – Der UN-Menschenrechtsausschuss hat Frankreich wegen des Burka-Verbots Verstöße gegen die Menschenrechte vorgeworfen. Der Ausschuss erklärte, er sei nicht überzeugt von den Angaben der Regierung in Paris, dass das Verbot des Gesichtsschleiers nötig und angemessen sei, um die Sicherheit und das friedliche Zusammenleben zu gewährleisten. Der Ausschuss räumte Frankreich 180 Tage ein, um auf die Vorwürfe zu reagieren. Der Menschenrechtsausschuss setzt sich aus unabhängigen Experten zusammen. Seine Empfehlungen sind rechtlich nicht bindend, aber Frankreich hat sich in einem Abkommen verpflichtet, sich „in gutem Glauben“ daran zu halten. Frankreich hatte 2010 als erstes europäisches Land das Tragen von Vollschleiern verboten. Zur Begründung hieß es, dass Burkas der weltlichen Ordnung Frankreichs widersprächen und Frauen erniedrigten. Zudem verhinderten die Ganzkörperschleier die Identifizierung ihrer Träger und stellten damit ein Sicherheitsrisiko dar. *J.H.*

Masseneinwanderung als großes Ziel

»Globaler Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration« wird am 10. Dezember unterzeichnet

Am 10. Dezember werden die Vertreter von rund 190 Staaten der Welt, also fast aller, im marokkanischen Marrakesch ein Dokument unterzeichnen, das den Titel trägt: „Globaler Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration“. Dass unter den Staaten, die ihre Zustimmung bereits bekundet haben, auch Deutschland zu finden ich, kann nicht verwundern.

Schließlich darf sich Kanzlerin Angela Merkel schmeicheln, durch ihre Grenzöffnung für jedermann im Jahre 2015 die Blaupause für den Pakt der UN geliefert zu haben. Was Merkel vor drei Jahren gegen deutsches Recht und Gesetz gemacht hat, soll nun rückwirkend durch UN-Beschluss die Weihen der Rechtlichkeit erhalten. Man darf getrost unterstellen, dass damals die deutsche Grenzöffnung in der Führungsetage der UN mit Wohlgefallen, aber wahrscheinlich ohne große Überraschung beobachtet worden ist. Sie war Merkels persönlicher Beitrag zur Globalisierung, und dass nun darauf die Dokumentierung von Marrakesch folgt, darf man in engem Zusammenhang und nicht als Zufall sehen.

Ein Unterschied zwischen 2015 und dem 10. Dezember 2018 allerdings ist vorhanden. Während die damalige Grenzöffnung als spontane, philanthropische Entscheidung der Kanzlerin dargestellt wurde, trägt der Pakt der UN alle Kennzeichen einer durchdachten Strategie. Das beginnt mit dem Titel des Werks. Da ist die Rede von einer „sicheren, geordneten und regulären Migration“. Das heißt nichts anderes, als dass allen Immigranten die Schwierigkeiten und Fährnisse, die ihnen begegnen könnten, aus dem Weg geräumt werden, dass dafür ein System eingerichtet wird, dass für die versprochene Ordnung sorgt, und dass ein Recht auf Immigration gesetzt wird.

Tatsächlich beruft sich der Pakt bereits in der Präambel auf die Menschenrechte sowie eine Vielzahl weiterer internationaler Abkommen, zum Teil solcher, die mit dem Problem gar nichts zu tun haben, wobei den Ansprüchen von Immigranten das Gewicht eines Grundrechts zugesprochen wird. Dazu wird allen Immigranten, das heißt also jedem, der in ein fremdes Land zuwandern will, das Recht der Aufnahme eingeräumt, einschließlich des Zugangs zu den sozialen Einrichtungen des betreffenden Landes. Die Unterzeichnerstaaten verpflichten sich, auf jede Kontrolle zu verzichten.

Beschrieben wird das wörtlich: „Der Global Compact basiert auf internationalen Menschenrechtsnormen und unterstützt die Prinzipien der Nicht-Regression (Nicht-Zurückweisung) und Nichtdiskriminierung. Mit der Implementierung des Global Compact haben wir die Gewährleistung der wirksamen Beachtung des Schutzes und der Erfüllung der Menschenrechte aller Migranten, unabhängig von ihrem Status, in allen Phasen des Migrationszyklus.“ Der unscheinbare Einschub „unabhängig von ihrem Status“ bedeutet nichts anderes, als dass auch Wirtschaftsflüchtlinge der Vorteile von politisch Verfolgten, die Asylrecht beanspruchen können, teilhaft werden. Wer keine Dokumente vorweisen kann, erhält neue. Die Staaten werden des Rechts beraubt, ihre Grenzen zu sichern. Damit ist ein wesentlicher Schritt zur Aufhebung der Souveränität der Staaten getan.

Die Autoren des Textes bezeichnen die globale Migration als „Quelle von Wohlstand, Innovation und nachhaltiger Entwicklung“. Tatsächlich dürfte diese Regelung dazu führen, dass aus den ärmeren Ländern der Welt so lange Wirtschaftsflüchtlinge in die reicheren ziehen, bis sich der Unterschied ausgeglichen hat, das heißt konkret, bis in Europa solche Zustände herrschen wie heute in den meisten Ländern Afrikas und somit der Anreiz zur Immigration wegfällt. Vorerst aber werden nach dem UN-Pakt Immigranten aller Art als besonders schützenswerte Personengruppe betrachtet.

Diese Auffassung scheint in zwei der klassischen Einwanderungsländer auf grundsätzlichen Widerstand zu stoßen, in den USA und Australien. Sie haben bereits bekundet, dass sie dem Pakt nicht beitreten werden. Auch Ungarn hat angekündigt, seine Unterschrift zu verweigern. In Österreich, Polen und Dänemark ist noch keine Entscheidung gefallen. Dass Widerspruch in Industrieländern und nur in solchen laut wird, bestärkt die Befürchtung, dass diese durch den Pakt Ziel regelloser Ausbeutung werden sollen.

Um aber zu verhindern, dass noch weitere Abweichler auftauchen, erklären die Autoren, dass der Pakt rechtlich nicht bindend sei. Das allerdings ist äußerst zweifelhaft, nicht nur wegen der wiederholten Formulierung „wir verpflichten uns …“ Vor allem der Konnex mit den Allgemeinen Menschenrechten stellt eine Bindungswirkung her, der einen Verstoß gegen den angeblich unverbindlichen Pakt mit einem Bruch der Menschenrechte gleichsetzt. Jedenfalls wird sich kaum ein Land der Gefahr aussetzen wollen, vor den anderen als Unhold dazustehen. Es ist ja gerade diese Furcht, die viele dazu bewegt, überhaupt ihre Zustimmung zu dem Pakt zu geben. Dass die vielen Länder, die unter dem Wohlstandsdurchschnitt der Welt leben, den Pakt befürworten, liegt auf der Hand. Für sie, respektive manche ihrer Bürger, ist er nur von Vorteil, wenigstens vordergründig.

Durch Überbeanspruchung büßt nämlich jedes Sozialsystem seine Leistungsfähigkeit ein, wie das Beispiel Schweden zeigt, wo man lange gemeint hat, Ideologie sei stärker als die Wirklichkeit. Nun hat die Zuwanderung die Schweden von diesem Irrtum geheilt, und auch noch von einem zweiten, nämlich dass man Probleme wie die Zuwanderung allein mit Geld bewältigen könne. Dabei ist langfristig die Belastung durch kulturelle Verwerfungen erheblich größer als wirtschaftliche Schwierigkeiten. Nicht zuletzt die Entwicklung der Kriminalität zeigt das. *Florian Stumfall*


Bild: CS.D.

Hier soll der Pakt am 10. Dezember unterzeichnet werden: Das marokkanische Marrakesch

Entschädigung bleibt aus

Norwegens Premier entschuldigt sich bei »Deutschenbastarden«

Anlässlich des 70. Jahrestages der Verkündung der UN-Menschenrechtscharta am 10. Dezember hat sich die norwegische Premierministerin Erna Solberg bei den norwegischen Frauen, die während des Zweiten Weltkrieges intime Beziehungen zu deutschen Soldaten hatten und nach dem Krieg deshalb diskriminiert und misshandelt wurden, offiziell entschuldigt. „In der Zeit nach der Befreiung wurden viele junge norwegische Mädchen und Frauen, die mit deutschen Soldaten liiert waren oder nur diesbezüglich verdächtigt wurden, einer unwürdigen Behandlung unterzogen“, sagte Solberg und fügte hinzu: „Heute möchte ich mich im Namen der Regierung entschuldigen.“

Laut einer „konservativen“ Schätzung des norwegischen Zentrums für Holocaust und religiöse Minderheiten haben zwischen 50 000 und 100 000 norwegische Frauen ein Verhältnis zu deutschen Soldaten oder Offizieren gehabt. 1945 gab es auf jeder siebten Hochzeit in Norwegen einen deutschen Bräutigam. Über 3000 norwegische Frauen heirateten einen Deutschen, ohne dass sie ahnten, dass sie damit ihre Staatsbürgerschaft aufs Spiel setzten. Am 9. April war Norwegen von mehr als 300 000 deutschen Soldaten besetzt worden.

„Den Frauen, die persönliche Beziehungen zu Deutschen hatten, kann nicht nachgesagt werden, dass sie an den deutschen Kriegsanstrengungen teilgenommen haben. Ihr Verbrechen war lediglich, dass sie ungeschriebene Regeln und moralische Standards verletzt haben“, sagte der Historiker Guri Hjeltnes, der das Zentrum für Holocaust und religiöse Minderheiten in Oslo leitet. „Sie wurden noch viel härter bestraft als Kriegsgewinnler“, sagte der Historiker und wies darauf hin, dass keiner der

> Kinder von Soldaten der Wehrmacht und Norwegerinnen

28 Norweger, die während des Krieges deutsche Frauen heirateten, eine ähnlich schlimme Behandlung wie diese Frauen erfahren haben, keinem wurde die norwegische Staatsangehörigkeit aberkannt.

Mit der Entschuldigung sind keine finanziellen Wiedergutmachungen an die betroffenen Familien verbunden. Diese fordern jedoch die Kinder, die aus diesen norwegisch-deutschen Kriegsbeziehungen hervorgingen. Schätzungen zufolge kamen zwischen 10 000 und 12 000 dieser als „Tyskeunger“ (Deutschenbastarde) beschimpften Kinder zur Welt. Das bekannteste ist wohl die ehemalige Sängerin der Gruppe Abba Anni-Frid Synni Lyngstad. Auch sie wurden oftmals Opfer von Diskriminierung durch ihre Familie, aber auch durch die Behörden. Nach dem Krieg wurden Tausende dieser Kinder in psychiatrische Krankenhäuser und Einrichtungen gesteckt, wo sie misshandelt und gedemütigt wurden.

Diese Opfer fordern nun von den norwegischen Behörden Gerechtigkeit und Entschädigung. Im Jahr 2000 richtete ein Verband dieser „Tyskeungar“ eine Petition an den damaligen Premierminister Kjell Magne Bondevik. Der entschuldigte sich zwar öffentlich, aber eine Entschädigung blieb aus. 154 „Kinder von Kriegsbräuten“, allesamt Norweger, wandten sich daraufhin an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR).

Unter ihnen war auch Harriet von Nickel, die von ihrem Adoptivvater an die Leine gelegt und geschlagen wurde, wenn dieser nach Hause zurückkehrte. Sie war neun oder zehn Jahre alt, als er ihr mit seinen Nägeln ein Hakenkreuz auf ihrer Stirn eingravierte. Im Jahr 2007 erklärte der EGMR die Klage von Harriet von Nickel jedoch für unzulässig, weil die Verjährungsfrist zum Zeitpunkt ihres Verfahrens überschritten sei. *Bodo Bost*

Deutschland entlastet Israel

Bundesrepublik übernimmt Weißhelme vom Judenstaat

Ende Juli hatte Israel 422 syrische Weißhelme und ihre Angehörigen bei Quneitra aus Syrien gerettet, um sie 50 Kilometer südlich an Jordanien abzugeben. Von dort aus werden sie jetzt in verschiedene westliche Länder gebracht, die meisten davon nach Deutschland. Mit den Weißhelmen kommen islamische Gefährder ins Land.

Wohlweislich hatte Israel die Durchreise der Weißhelme durch sein Territorium nur erlaubt, weil ein direkter Zugang nach Jordanien wegen der Terroristen des Islamischen Staates (IS), die damals noch das Dreiländereck um den Ort Tasil beherrschten, unmöglich war. Aufgrund des schnellen Vormarsches der syrischen Armee und ihrer Verbündeten im Südwesten des Landes waren sie zuletzt in einem Gebiet der Provinz Quneitra eingeschlossen.

Normalerweise wurden Rebellen und Weißhelme in solch einer aussichtslosen Lage immer nach Verhandlungen mit den Regierungstruppen in das letzte von Rebellen gehaltene Gebiet in Idlib in Nordsyrien abgeschoben, weil dort bereits Zigtausende von Rebellen und ihre Helfer aus ganz Syrien einen letzten Unterschlupf gefunden haben. Dass die Rebellen und Weißhelme damals nicht mehr nach Idlib, sondern lieber gleich in den Westen ausgeflogen werden wollten, lässt darauf deuten, dass die Rebellen in Idlib bereits im Sommer mit einem Angriff des Assad-Regimes rechneten. In der Vergangenheit hatten sich auch Tausende IS-Kämpfer zusammen mit den Weißhelmen und Rebellen nach Idlib abtransportieren lassen, oft mussten nur Uniformen kurzfristig ausgetauscht werden.

Es muss befürchtet werden, dass sich unter den über Israel nach Jordanien geflüchteten Weißhelmen auch getarnte IS-Kämpfer aus der

> Mit den Weißhelmen kommen islamische Gefährder

IS-Enklave am Golan um den Ort Tasil befinden, die jetzt nach Deutschland ausgeflogen werden, mithilfe des Auswärtigen Amtes. Die Geiselnahme des asylberechtigten IS-Syrers im Kölner Bahnhof sollte eine Lehre sein. Jetzt müssen bald wieder Hunderte zusätzlicher Polizeistellen geschaffen werden, um die jetzt neu auf Staatskosten nach Deutschland einreisenden Gefährder rund um die Uhr zu überwachen. Es gibt sogar Gerüchte, dass auch der Weihnachtsmarktattentäter Anis Amri Verbindungen nicht nur zum IS, sondern auch zu den Weißhelmen hatte.

Doch wer sind diese Weißhelme, die mit ihrem Namen so positive Assoziationen an die Farbe der Unschuld und die überparteilichen Blauhelme der Vereinten Nationen wecken? Der „Syrische Zivilschutz“, so die vollständige offizielle Eigenbezeichnung der „White Helmets“ (Weißhelme), wurde zu Beginn des Syrienkrieges von dem britischen ehemaligen Offizier James Le Mesurier in der Türkei als Hilfsorganisation der syrischen Rebellen gegründet. Dabei profitierten sie von großzügiger Unterstützung durch das Vereinigte Königreich. Auch die Bundesrepublik gehört zu den Geldgebern. Sie unterstützte die Weißhelme in den vergangenen Jahren mit rund zwölf Millionen Euro. 2016 erhielt die Gruppe den Alternativen Nobelpreis. In jüngster Zeit haben die Vereinigten Staaten ihre Finanzierung der Weißhelme drastisch reduziert. Die „Private Limited Company“ mit Sitz in Großbritannien steht im Verdacht, mit Terrorgruppen in Syrien zu kooperieren. Dazu muss man wissen, dass das gesamte Rebellenspektrum in Syrien mit Ausnahme der Kurden von radikalen Moslems unterwandert ist. Das sagen seit Jahren alle ernstzunehmenden Beobachter des Konflikts. Nur nicht das Auswärtige Amt. *B.B.*

»Eher früher als später«

Warum Experten mit einem Abschwung rechnen

An den Börsen geht es seit Monaten turbulent zu. Am Dienstag der vergangenen Woche gab es einen Einbruch, der sogar hartgesottene Analysten aufschrecken ließ. Drohen wirtschaftlich unruhige Zeiten?

Der deutsche Aktienindex Dax fiel an dem besagten Dienstag zum fünften Mal in Folge und schloss auf einem 22-Monats-Tief. Auch an der New Yorker Wall Street standen die Signale auf Krisenmodus. Zum Wochenende hin erholten sich die beiden Märkte zwar, dennoch sorgten die Tiefschläge für Irritationen. „Die Stimmung am Markt bleibt wackelig, aber die Widerstandskraft der Wall Street zeigt, dass die Stimmung nicht komplett eingebrochen ist", sagte Währungsstratege Junichi Ishikawa von IG Securities in Tokio gegenüber dem Online-Portal der „Tagesschau". Bis zu den US-Kongresswahlen am 6. November werde man wohl noch die ein oder andere „Mini-Panik" sehen.

Die Weltwirtschaft sieht sich derzeit vielen potenziellen Krisenherden ausgesetzt. Einmal ist da die Dauerdebatte um US-Präsident Donald Trump. Dann belastet die Sorge, wie es in der Türkei weitergehen wird. Nicht zu vergessen sind die Debatte um den Brexit und der Handelsstreit mit China. Und schließlich versetzt der Alleingang der italienischen Regierung die EU-Funktionäre in Brüssel in Aufregung. Die EU-Kommission wies den italienischen Haushaltsentwurf für 2019 erwartungsgemäß in der vergangenen Woche zurück. Italien hat nun bis Mitte November Zeit, um die Kritikpunkte der Kommission zu verarbeiten und einen neuen Haushalt einzureichen. Ein Sprecher des italienischen Wirtschaftsministeriums sagte, die Ablehnung komme nicht überraschend. Der einzige Weg zum Schuldenabbau sei aber Wachstum. Die Brüsseler Reaktion ist ein Novum und sorgt an den Märkten für Unruhe.

Zudem mehren sich die Anzeichen, dass der Wachstumsmotor generell ins Stottern gerät. „Jahrelang florierte in Deutschland und vielerorts anderswo auf der Welt die Wirtschaft. Inzwischen gibt es jedoch Anzeichen dafür, dass sich dieser Aufschwung abkühlt", schreibt das „Manager Magazin". Der Internationale Währungsfonds (IWF) habe kürzlich seine zuvor optimistischen Erwartungen an die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft gedämpft. Auch die Wachstumsprognose für Deutschland habe der IWF bei der Gelegenheit zusammengestrichen: „Die Rede ist davon einer Verschlechterung der viel zitierten Fundamentaldaten, die nach Ansicht vieler Experten für die langfristige Entwicklung der Aktienkurse eine besonders große Bedeutung haben", heißt es.

Die Wirtschaft reagiert auch hierzulande zunehmend sensibel. Zwischen Mai und September dieses Jahres habe die Unsicherheit in deutschen Unternehmen so stark zugenommen wie zuletzt in der Zeit der Weltfinanzkrise 2008 und 2009, heißt es in dem Index des ifo Instituts. „Besonders stark nimmt die Unsicherheit in Unternehmen der Industrie und im Dienstleistungssektor zu, also den zentralen Branchen der deutschen Wirtschaft. Die Konsequenz dieser Verunsicherung könnte sein, dass Unternehmen sich mit Investitionen zurückhalten und zögern, neues Personal einzustellen."

Wissenschaftler und Experten sind alarmiert und werfen der Politik vor, die Gefahren zu ignorieren. „Europas Aufschwung dagegen hängt immer noch am Tropf der Europäischen Zentralbank: Die italienische Regierung besteht darauf, im Aufschwung mehr Schulden zu machen als erlaubt und treibt damit die Risikozinsen für die Länder des Südens wieder nach oben. Das ist Gift für die Konjunktur. Dann kommt im Frühjahr 2019 der Brexit dazu – und niemand weiß, wie stark der Austritt Großbritanniens aus der EU das Wachstum zusätzlich bremsen wird", erklärt die Wirtschaftsjournalistin Ursula Weidenfeld, die unlängst ihr Buch mit dem Titel „Regierung ohne Volk. Warum unser politisches System nicht mehr funktioniert", veröffentlichte.

Die Nachricht vom Ende des Aufschwungs sei stark übertrieben, laute die Botschaft von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier, dem Chef der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, oder auch dem Präsident der EU-Kommission, Jean-Claude Juncker: „Und damit sind wir auch schon beim Kern des Problems. Ein Abschwung wird kommen, eher früher als später. Nur: Niemand wird vorbereitet sein. Weder in diesem, noch im nächsten Jahr", schreibt Weidenfeld.

„Die Verunsicherung am Markt sei zweifellos groß und sie dürfte so schnell nicht wieder verschwinden", bilanziert das „Manager Magazin". Jeder Börsianer wisse, dass nach einem langen Aufschwung irgendwann ein Abschwung folge: „Auf diesen Abschwung warten die Investoren nun, und zwar vermutlich solange, bis er tatsächlich eintritt."

Die gemeinsame Prognose für das Wirtschaftswachstum in Deutschland haben die führenden Forschungsinstitute bereits abgesenkt. Statt der im Frühjahr erwarteten 2,2 Prozent dürfte das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr nur um 1,7 Prozent wachsen. Für 2019 senkten die Institute ihre Prognose ebenfalls leicht ab. Unwägbarkeiten wie das Brexit-Prozedere oder der Handelskrieg mit China könnten die Probleme noch befeuern. „Wir hatten das Sommerhalbjahr besser eingeschätzt, als es tatsächlich geworden ist", sagte Timo Wollmershäuser, Leiter der Konjunkturforschung im Münchner ifo Institut der Wochenzeitung „Die Zeit". Der Hauptgrund für die schlechtere Bewertung und den pessimistischeren Ausblick sei die Weltkonjunktur: „Vieles ist unsicher geworden". *Peter Entinger*



An den Börsen geht es seit Monaten turbulent zu: Handelssaal der Frankfurter Wertpapierbörse

Bild: Imago

MELDUNGEN

»Sharing« wird beliebter

Berlin – Sogenannte Sharing-Plattformen im Unterkunftsbereich gegen Geld haben derzeit einen Marktanteil von rund 8,6 Prozent. Der Anbieter Airbnb führt den Markt mit Abstand an. Etwa die Hälfte der Nachfrager kommt aus dem Ausland. Im Mobilitätssektor ist ein starkes Wachstum bei Car-Sharing-Angeboten festzustellen, Der Anteil an Fahrzeugen am Gesamtmarkt ist mit weniger als 0,1 Prozent jedoch sehr gering. Gleiches gilt für Ride-Sharing, also Mitfahrgelegenheiten. Diese Zahlen gehen aus dem „Bericht zu den markt- und beschäftigungspolitischen Potenzialen sowie Risiken der Sharing Economy im Wirtschaftsraum Deutschland" des Bundeswirtschaftsministeriums hervor. *J.H.*

Erstes AKW in Weißrussland

Minsk – Im Nordwesten von Weißrussland nähert sich die Fertigstellung des ersten Atomkraftwerkes des Landes in Astrawez im Bezirk Hrodna. Weißrussland hofft darauf, preiswerten Strom vor allem nach Litauen exportieren zu können. Die EU zwang Litauen bei seinem Eintritt in die Union nämlich dazu, sein einziges Kernkraftwerk stillzulegen. Seither ist der Strompreis im Land stark angestiegen. *F.B.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.933.211.599.417 €
Vorwoche: 1.933.258.514.908 €

Verschuldung pro Kopf:
23.351 €
Vorwoche: 23.351 €

(Dienstag, 30. Oktober 2018, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Staaten fliehen ins Gold

Ein Grund ist das Streben nach Unabhängigkeit vom US-Dollar

Mehrere Zentralbanken sind als Käufer auf den Goldmarkt zurückgekehrt, um ihre Goldreserven wieder aufzustocken. Laut einem Bericht der „Financial Times" („FT") hat Polen im Juli und im August insgesamt neun Tonnen Gold gekauft. Berichtet wurde weiter, dass die Käufe in zwei Tranchen zu sieben Tonnen und zwei Tonnen erfolgt sind. Für Polen sind es dem Bericht zufolge die ersten Goldkäufe seit dem Jahr 1998. Die Angaben stammen laut der „FT" vom Internationalen Währungsfonds (IWF). Der World Gold Council (WGC), die globale Interessenvertretung der Goldbergbauindustrie mit Sitz in London, hat die Goldreserven Polens zuletzt auf 103 Tonnen beziffert. Die polnische Zentralbank hat den Kauf von Gold offiziell nicht bestätigt.

Dagegen ist die ungarische Nationalbank am 16. Oktober selber an die Öffentlichkeit gegangen und hat mitgeteilt, dass sie zum ersten Mal seit 1986 Gold zugekauft habe. Mit 28,4 Tonnen, die im Oktober neu verbucht wurden, haben sich die Goldreserven der Magyar Nemzeti Bank mittlerweile verzehnfacht und sind auf insgesamt 31,5 Tonnen gestiegen.

Bereits im Frühjahr hatte Ungarns Zentralbank mitgeteilt, sie wolle drei Tonnen Gold, die bislang in London gelagert wurden, nach Ungarn holen. Die ungarische Notenbank ist mit ihrem Goldtransfer kein Einzelfall. Auch die Bundesbank sowie die Zentralbanken der Niederlande und Österreichs haben in den vergangenen Jahren Rückholaktionen von Goldreserven durchgeführt. Bereits vergangenes Jahr hat die Deutsche Bundesbank gemeldet, dass sie 674 Tonnen Gold, die bislang in London, Paris und bei der Federal Reserve Bank in den USA lagerten, nach Frankfurt transferiert.

> Auffallend rege waren Russland, Kasachstan und die Türkei

Nach Angaben des WGC haben im ersten Halbjahr 2018 weltweit Zentralbanken 193,3 Tonnen Gold zugekauft. Dies entspricht einem Anstieg von acht Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum 2017. Als größte Käufer werden die Zentralbanken von Russland, Kasachstan und der Türkei genannt. Auch Indien, Indonesien, Thailand und die Philippinen haben ihre Goldbestände aufgestockt. Erstmals seit 1978 soll auch die Notenbank Ägyptens wieder als Käufer auf dem Goldmarkt aufgetreten sein. Insbesondere Russland erhöht seit zehn Jahren seine Goldreserven durch Zukäufe und nähert sich langsam wieder dem Rekordstand von 2800 Tonnen Gold an, den die Sowjetunion im Jahr 1941 hatte. Einige Finanzanalysten sehen hinter den russischen Goldkäufen das Bemühen, sich vom US-Dollar unabhängiger zu machen. In der Tat hat Russland im Gegenzug zur Aufstockung der russischen Goldreserven seinen Bestand an US-Staatsanleihen von über 96 Milliarden auf unter 15 Milliarden Dollar reduziert. Russland taucht damit mittlerweile nicht mehr in der Liste der wichtigsten ausländischen Gläubiger der Vereinigten Staaten auf.

In der Rangliste des WGC hat Russland bereits im Mai mit damals 1890 Tonnen China bei den Goldreserven überholt und liegt nun im internationalen Vergleich auf Rang 6. Mit über 8100 Tonnen weisen die Vereinigten Staaten ungeachtet ihrer Schulden noch immer die größten Goldreserven aus. Die Bundesbank lag im Mai mit über 3372 Tonnen Gold weltweit auf Platz zwei. Es folgen der Internationale Währungsfonds mit 2814, Italien mit 2451 und Frankreich mit 2436 Tonnen. *Norman Hanert*

Nationaler Stahlgipfel

Sechs Bundesländer wehren sich gegen Wettbewerbsverzerrung

Sechs Bundesländer, das schwarz-rot regierte Saarland, das rot-schwarz regierte Niedersachsen, das schwarz-gelb regierte Nordrhein-Westfalen, das rot-rot regierte Brandenburg sowie die beide rot-grün regierten Stadtstaaten Bremen und Hamburg haben auf dem 1. Nationalen Stahlgipfel in Saarbrücken eine „Allianz der Stahlländer" besiegelt und sich auf eine gemeinsame Charta geeinigt.

In letzterer weisen die Länder darauf hin, dass sich ohne den Werkstoff Stahl weder Windräder drehen noch Elektroautos fahren würden und fordern, die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie bei der Umsetzung der sogenannten Klimaschutzziele nicht zu gefährden. Insbesondere warnen die Teilnehmer des Stahlgipfels vor nationalen Zusatzanforderungen, die noch über den europäischen Emissionshandel hinaus gehen.

Angesprochen wurde auf dem Gipfel ebenso die Gefahr, dass ein übereilter Kohleausstieg zu höheren Strompreisen führt. Die sechs Stahlländer erklärten, sich intensiv um eine finanzielle Förderung von Forschung und Entwicklung auf europäischer und nationaler Ebene kümmern zu wollen.

Die deutsche Stahlbranche steht derzeit unter starkem Druck durch angestiegene Kosten aus dem Emissionsrechtehandel und höhere Stromkosten, für die Brüssel und Berlin verantwortlich sind, aber auch durch ein massives Überangebot auf dem Weltmarkt. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geht von großen Überkapazitäten aus, die sich jährlich auf weltweit 500 Millionen Tonnen belaufen. Zum Vergleich: Die Weltproduktion an Stahl wird für das Jahr 2017 mit 1689,4 Millionen Tonnen beziffert.



Bild: h300 CC Till Budde

Staatssekretär Hendrik Fischer

Europas Stahlproduzenten sehen sich sowohl durch unfaire Subventionen in anderen Staaten als auch durch hohe Umweltauflagen im eigenen Lande von Staatsseite im Wettbewerb benachteiligt. Erschwerend kommt hinzu, dass die US-Zölle auf chinesischen Stahl zu Handelsumleitungen nach Europa geführt haben. Nach Angaben der Wirtschaftsvereinigung Stahl sind die Stahlimporte in die EU infolge der US-Zölle um zehn Prozent gestiegen.

Um Stahl, der ursprünglich für den US-Markt bestimmt war, vom europäischen Markt fernzuhalten, hat die EU im vergangenen Sommer vorläufige Schutzmaßnahmen verhängt. Festgesetzt wurden Stahlkontingente für einzelne Stahl exportierende Länder, die auf dem Durchschnitt der Importe in die EU der vergangenen drei Jahre beruhen. Werden die Einfuhrkontingente überschritten, dann werden Zölle in Höhe von 25 Prozent fällig.

Deutschlandweit gibt die Stahlindustrie rund 96 000 Menschen einen Arbeitsplatz. Ein Großteil der deutschen Stahlproduktion kommt aus Nordrhein-Westfalen. Brandenburgs Wirtschaftsstaatssekretär Hendrik Fischer wies anlässlich des Stahlgipfels darauf hin, dass in Brandenburg direkt oder indirekt rund 12 000 Arbeitsplätze an der Stahlproduktion hängen. *N.H.*

Merkel war's

Von Günter Scholdt

Ein Zuckerschlecken ist Regieren in Berlin momentan nicht. Denn die Einschläge kommen näher: Chemnitz, Maaßen, Brinkhaus, sächsische CDU-Planspiele in Sachen AfD, Wahlschlappe in Bayern und in Hessen. Dennoch darf man die Noch-CDU-Vorsitzende und Bundeskanzlerin Angela Merkel noch nicht gänzlich abschreiben. Als wahre Überlebenskünstlerin schert sie sich weder um Verluste noch Stil, Demokratie noch Deutschland. Ihr Erfolgsblick konzentriert sich auf Macht, Kuhhandel, Seilschaften und Profiteure, denen sie für das Weiterwursteln bis zum Gehtnichtmehr zumindest noch Reste des Tafelsilbers verpfändet.

Gleichwohl rückt unaufhaltsam der Zeitpunkt näher, an dem ihr die Scherben dieser Herrschaftstechnik um die Ohren fliegen werden. Sie wird dann – die Prognose fällt leicht – kaum noch Freunde haben. Schon jetzt nehmen (Teil-)Distanzierungen zu. Und so manche politische „Ratte" – man verzeihe das unkorrekte Bild, das nur besonders laute frühere Claqueure trifft – verlässt schon jetzt das sinkende Boot. Wie im Mai 1945, als Millionen von NS-Gläubigen sich über Nacht auf Nimmerwiedersehen verabschiedeten, wird es dann überall heißen: „Merkel war's!" Gemeint ist natürlich: sie allein. Die Grundsätze retrospektiver Geschichtslügen funktionieren nun mal zeit- beziehungsweise systemübergreifend.

Für Mitleid bestünde dann wenig Anlass. Denn diese stets ein wenig verhuschte deutsche Unglücksfigur trägt ihr gerüttelt Maß Schuld daran, dass ein früher so leistungsstarkes, ökonomisch prosperierendes, sozial weithin befriedigtes Land leichtfertig seine Zukunft verspielt, dass ein schmerzlicher Riss durch unsere Gesellschaft geht, seit sich das Establishment so spektakulär von der Basis entfremdet hat, und dass schließlich, um all dies unter den Teppich zu kehren und der verdienten Quittung am Wahltag zu entgehen, auch noch der Rechts- in einen duckmäuserischen Gesinnungsstaat umgemodelt wurde.

> Peinlichkeiten allüberall

Die emotionale Abreibung wäre also fraglos verdient. Allerdings verkörpert diese weibliche Ausprägung eines inhaltslosen Machtprinzips nur den sichtbarsten Teil unseres verhängnisvollen Parteien- und Ideologiekartells. Und sollte man einst nur sie (ohne zahlreiche Begleitung dieser politmedialen Klasse) an den Pranger stellen, stiehlt sich ein ganzes System aus der Verantwortung für die fatale Verwandlung einer Demokratie zur Postdemokratie. Merkel war dabei federführend. Aber was sie anrichtete, war zuvor auf linksgrünen Speisezetteln den Deutschen als einzig bekömmliche beziehungsweise gestattete Mahlzeiten angepriesen worden.

Und die hatten es geschluckt, berauscht von Hosianna-Klängen unserer Hofintellektuellen und -künstler. Merkels bauernschlauer Regierungstrick bestand schließlich einzig darin, ihre Blockparteien-Erfahrung aus DDR-Tagen zu übertragen. Sie mühte sich demnach nicht mehr um ein eigenes CDU-Profil im Bewusstsein, dass diese Partei längst keins mehr hatte und sich mit Fleischtöpfen der Macht begnügte. Und sie erkannte, dass ihr keine Politkonkurrenz mehr etwas anhaben könnte, wenn sie einfach deren Programme übernimmt.

Sollte nun also, wo eine wirkliche Opposition erstand, gerufen werden: „Merkel war's!" klänge dies seltsam von CDU'lern, die seinerzeit zehnminütigen Parteitagsapplaus spendeten. Sollten sich Linke jeglicher Marke oder gar Grüne beschweren, wüsste man gern, wessen Politik denn Merkel jemals exekutiert hat. Klagte die FDP, so frage man sie, wo denn ihr Einspruch war, als man zur Stigmatisierung einer Rechtsalternative unser Land in eine Zuchtanstalt korrekter Gesinnung verwandelt hat. Peinlichkeiten allüberall.

Unbequemer Mahner

Von Bodo Bost

Papst Franziskus hat sich jetzt bei vielen seiner heimlichen rotgrünen Verehrer in die Nesseln gesetzt. Er hat Abtreibungen in einer Ansprache auf dem Petersplatz mit Auftragsmorden verglichen. Der Papst bezeichnete es als „widersprüchlich", Schwangerschaftsabbrüche mit dem Schutz anderer Rechte, etwa denen der Frau, zu begründen. Eine Schwangerschaft abzubrechen sei „wie jemanden zu beseitigen". Der offiziellen Lehre der katholischen Kirche zufolge ist eine Abtreibung eine schwere Sünde. Dennoch hat der Papst im Jahr der Barmherzigkeit es den Priestern erlaubt, unter gewissen Bedingungen von dieser Sünde loszusprechen.

Es blieb ruhig im Vatikan. Das heißt, dass auch das Lehramt der Kirche dahinter steht. Ruhig blieb es auch von Seiten derjenigen, die den Papst gern für sich vereinnahmen wollen, und ihn, wie die Linkspartei, zuweilen sogar auf Wahlplakaten zeigen. Der Papst wird ein unbequemer Mahner bleiben, der nicht denen nach dem Mund redet, die auf politische Korrektheit aus sind.

In Deutschland ist trotz allen Wohlstands kein Platz für jährlich etwa 100 000 menschliche Lebewesen, die abgetrieben werden, ohne dass sich eine starke Lobby für sie einsetzt. Aber unbegrenzt Platz ist seit Jahren für 200 000 bis 700 000 islamische Zuwanderer jedes Jahr. Für diese wurde sogar eine eigene Willkommenskultur inszeniert, so, als sollten wir zu unserer eigenen Abschaffung auch noch Beifall klatschen. Und wo bleibt die Willkommenskultur für Kinder?



Hat ihre Blockparteien-Erfahrung aus DDR-Tagen in die Bundesrepublik übertragen: Angela Merkel, in ihrer Jugend FDJ-Sekretärin und Stasi-IM

Bild: pa

Frei gedacht



Wahlsonntag in Deutschland

Von Eva Herman

Wieder ein Wahlsonntag, diesmal in Hessen. Wieder ging diesem Ereignis ein monatelanger Wahlkampf voraus. Und wieder sehen wir vor den surrenden Fernsehkameras sogenannte Spitzenpolitiker, die sich nun äußern wollen und sollen. Manche recken stolz den Kopf in die Höhe, andere, die sogenannten Verlierer, würden sich lieber verkriechen. Es scheinen persönliche Schauprozesse zu sein, Aufstieg und Niedergang eines jeden Einzelnen. Die Sehnsucht dieser Leute nach persönlicher Bedeutung, ihr Drang nach Anerkennung, ihre Beharrlichkeit, leere Worthülsen ständig zu wiederholen in ödesten Aussagen, kennzeichnen ein derzeitiges Abbild von Deutschland. Unsicherheit, Orientierungslosigkeit, Chaos, Dürre, all das ist Deutschland heute.

Es ist spannend, wie viele dieser Wahlsonntage es noch geben muss, bis der hohle Politikbau endlich zusammenkracht. Ehemalige riesige Volksparteien wie CDU und SPD dümpeln jetzt deprimiert an der Selbsterhaltungslinie entlang, mal schwappt es ein bisschen hoch, dann tauchen sie wieder unter. Ja, die Parteienlandschaft geht ihrem wohlverdienten Ende entgegen. Wer sich die Ausagen einzelner Parteienvertreter an diesem hessischen Wahlsonntag antat, der muss sich fragen: Um was geht es eigentlich? Nur selten wurde von ihnen der Bürger erwähnt, von dem sie immerhin (noch) gewählt wurden. Vielmehr ist das Geschrei laut über die Verantwortung für den Absturz: Die GroKo ist schuld, Frau Merkel ist schuld, manche Wähler auch, denn sie wollten „ihren Parteien jetzt mal eins auswischen". Eins auswischen? Das klingt, als habe das Wahlverhalten der Menschen in Deutschland nur eine Halbwertzeit, die nicht über diesen Wahlsonntag hinausgeht. Wieder ist die Wahlbeteiligung gesunken, immer mehr Menschen winken ab, wenn es um Politik und Medien geht. Wozu sich noch engagieren? Die da oben machen doch ohnehin, was sie wollen. Der Bürgerwille zählt längst nicht mehr. Doch welcher Wille eigentlich? Der Durchschnittsmensch wurde doch bereits medial umerzogen und politisch korrekt abgerichtet, bis er ins System passte. Was ihm und seinem Land gut tut und was nicht, ist er selbst kaum noch in der Lage zu überblicken. Viele Bürger sind Opfer des Meinungs- und Medienkartells geworden, unbrauchbar für eine gesunde eigene Meinung.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind" gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht" hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

In Hessen feierten sich die Politiker vor laufender Kamera für ihren „hervorragenden", für ihren „selbstlosen" Wahlkampf. Auch die „Wahlkampfhelferinnen und Helfer", hätten einen so tollen Wahlkampf wie noch nie zuvor gemacht. Sie beweihräuchern sich, sie beleidigen Politiker anderer Parteien, die AfD wurde von der Linken-Politikerin Janine Wissler gar als „rassistische Partei" diskriminiert, die „eine Gefahr für die Demokratie" sei. Doch was steht am Ende der Rechnung? Wieder einmal eine prozentuale Verschiebung der Macht, mal nach links, mal nach rechts, mal grün oder gelb. Seien wir einmal ehrlich: Die Figuren auf dem Spielfeld sind seit vielen Jahren dieselben, jede Amtsperiode später wieder dieselben Gesichter. Mal sitzen sie in der Regierung, mal in der Opposition. Und während einzelne Bürger an den Wahlsonntagen tatsächlich noch mitfiebern, wer denn nun das Rennen macht, ist es unseren Spitzenpolitikern vielleicht gar nicht so wichtig, wo sie sitzen, Hauptsache, sie sitzen da!

Jeder kämpft um seinen Platz, der ihm sein reiches Auskommen sichert. Nicht nur jetzt, sondern auch für die Zukunft, auch dann, wenn die Pensionen zu fließen beginnen. Ausgesorgt! So hämmert es wohl hinter so mancher Politiker-Schläfe, wenn dieser wieder sein zufriedenstes Gesicht der Kamera zur Schau stellt. Ausgesorgt! Nicht falsch verstehen: Jedem Menschen sei es gegönnt, ausgesorgt zu haben, vor allem nach reicher und arbeitsamer, nach vor allem erfolgreicher Lebensleistung. Doch diese Leute, die sich als „Volksvertreter" verstanden wissen wollen, sie kämpfen alleine für sich. Für sie ist genau dasselbe ausschlaggebend, was auch jeder Partei als wichtigstes Überlebensziel dient: Macht! Und so gibt es auch nur einen einzigen Sinn für jede einzelne Partei: Zu wachsen! Um Macht zu haben! Um die Macht zu erhalten. Diesen lieben langen Wahlsonntag ging es wieder einmal um nichts anderes. Der eine hatte Prozente verloren, der andere hatte sie dazugewonnen. Je nachdem, wo man nun gerade saß, lächelte man oder starrte betrübt in die Leere. Nein, es ging nicht ein einziges Mal um die Krise in Deutschland seit der illegalen Grenzöffnung 2015, von der auch Hessen nicht ausgespart bleibt: wachsende Kriminalität und Gewalt, steigende Angst der Bürger, abends noch die Häuser zu verlassen. Kein einziger Politiker hatte sein Bedauern am hessischen Wahlsonntag oder seine Bestürzung zum Ausdruck gebracht über die zahllosen Vergewaltigungen und Messermorde, die Deutschland seit wenigen Jahren heimsuchen und das Land in die Krise, vor allem in eine menschliche Krise stürzen. Kein Fernsehmoderator interessierte sich für das, was die Menschen im Lande derzeit umtreibt. Die Parteien verwischen die Realität, abgefeimte Politiker grinsen sich unnahbar durchs Land.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Der Begriff „Partei" lässt sich übrigens vom lateinischen „pars populi" ableiten, was man als „Teilung des Volkes" im Sinne des Prinzips divide et impera (teile und herrsche) interpretieren kann. Eine Partei sucht sich also eine möglichst große Wähler-Zielgruppe, die sie stimuliert. Das Allgemeinwohl jedoch ist unparteiisch. Der im 19. Jahrhundert wirkende bekannte Historiker Alexis de Tocqueville sagte im Rahmen seiner Demokratiekritik: „Der Präsident regiert nicht mehr im Interesse des Staates, sondern an jenem seiner Wiederwahl; er prostituiert sich vor der Menschheit und anstatt ihren Gelüsten zu widerstehen, wie es seine Pflicht wäre, lässt er sich oft von ihren Launen antreiben." Eine heute noch aktuelle Punktlandung, wenn man sich allein die Wahlkampfparolen ansieht, die eher schon als Beleidigung der mittleren Intelligenz bezeichnet werden müssen.

Das Mehrheitswahlrecht führt zu Inkompetenz und Egoismus und somit zur Tyrannei. Das wussten schon die alten griechischen Gelehrten. Die heutige Kaste der Politiker hat zwar mit der eigentlichen Macht nichts mehr zu tun, wie es Horst Seehofer in einer deutschen Talkshow „aus Versehen" deutlich machte. Stattdessen müssen sie sich als Handlanger ihre Ressourcen bei den Medien erbetteln, die letztlich eine Stufe höher in der Machtpyramide stehen, unterhalb des „eigentlichen Staates", sprich der Kapitalsammelbecken. Übrigens heißt „Staat" im französischen „État", eine weitaus sinnvollere Bezeichnung, um die tatsächliche Macht zu erkennen. Diese sachlichen Zusammenhänge interessieren aber kaum noch jemanden. Die völlige Verwirrung durch unsere Meinungsmacher hat die Menschen resignieren lassen. Die Gesetze stehen längst nicht mehr über den Herrschern, sondern diese über dem Gesetz. Die aktuelle Politik entlarvt sich selbst.

Kritik von den Medien haben wir nicht zu erwarten. Sie dienen offenbar demselben System, welches uns Tag für Tag näher an den Abgrund treibt. Und so werden wir weiterhin mit den Wahlberichten konfrontiert, in denen man den Politikern eine Plattform für ihre sinnfreien Phrasen bietet. Das Ganze dann auch noch mit Zwangsgebühren.

Bildersturm im Orgelland

Nach dem Zweiten Weltkrieg durften die Instrumente nicht mehr im romantischen Sinne »schön« sein

Wie in der Architektur wurden die durch den Zweiten Weltkrieg entstandenen Lücken genutzt, um auch im Orgelbau einen radikalen Bruch mit der Tradition zu vollziehen. Auch diesem Bereich sollte der „deutsche Geist“ ausgetrieben werden.



Liebliche Stimmen: Spieltisch einer deutsch-romantischen Orgel Bild: Junius

Als Kaiser Wilhelm am 19. Oktober 1912 den Neubau von St. Michaelis einweihte, hatte Hamburg nicht nur sein Wahrzeichen zurück, sondern eine musikhistorische Sensation: Die größte Orgel der Welt. 163 Register maß das Instrument, das Oskar Walcker auf der Westempore errichten ließ. Der Orgelbauer aus Ludwigsburg bildete gemeinsam mit den Firmen Ladegast und Sauer die Spitze der deutschen Orgelindustrie und belieferte mit seinen Instrumenten ganz Europa.

35 Jahre später wollte man von Orgeln wie im Hamburger Michel nichts mehr wissen. Was war geschehen?

Walckers riesiges Werk war nicht nur technisch ein Bravourstück, sondern vor allem ästhetisch. Auf dem Höhepunkt der Spätromantik bot die Orgel jenen Klang, der überall auf der Welt mit „deutscher Romantik“ assoziiert wird. Warm, rund, lyrisch, empfindsam, manchmal schwermütig. Dazu ein „Volles Werk“ (alle Register gezogen), das mit archaischer, grenzenloser Kraft überzeugte. Die „Hamburger Nachrichten“ meldeten begeistert, „...dass noch nie unsere Nerven von so wuchtigen Orgelklängen erschüttert, unsere Empfindungen noch nie von so weichen, lieblichen Stimmen, und zwar Stimmen aller nur denkbaren Saiten-, Blas-, Metall-, Holz- und Glockeninstrumente, umschwebt und umschmeichelt worden sind. ... Ihrer wunderbaren Klänge Zauber entzückte des Kaisers und des Volkes Herz und Ohr“.

Wagner-Transkriptionen klangen auf solchen Orgeln nicht fremd, sondern organisch. Spätes-tens ab 1880 konnten alle größeren deutschen Instrumente ein stufenloses Crescendo erzeugen, vom zartesten Pianissimo bis zum tosenden Forte. Für sinfonische Musik eine Grundvoraussetzung. Besonders die bekannten Orgelwerke Max Regers machten von den technisch-klanglichen Möglichkeiten der Jahrhundertwendeorgel Gebrauch. Das Spiel der Kontraste, der effektvolle Wechsel elegischer Passagen und grundstürzender Akkordkaskaden hat Generationen von Organisten begeistert.

Dabei gab es auch Kritik an der „Orchesterorgel“. Albert Schweitzer polemisierte gegen die Technikverliebtheit der Deutschen und empfahl das konservativere französische Modell. Und die sogenannte Orgelbewegung suchte im Rückgriff auf idealisierte barocke Formen die Orgel auf ihren „eigentlichen Kern“ zurückzuführen. Dennoch blieb bei vielen Neubauten bis Kriegsende der romantische Grundsound erhalten. Häufig wurden bewährte Register einfach nur umbenannt und geringfügig verändert, um „Innovation“ zu simulieren. Dass Walcker 1936 den Bauauftrag für die Orgel auf dem Nürnberger Reichsparteitagsgelände erhielt (ein noch viel gigantischeres Instrument mit 220 Registern) war in propagandistischer Hinsicht folgerichtig. Auch diese Orgel war – von moderaten Korrekturen im Sinne der Orgelbewegung abgesehen – voll „Wagner-kompatibel“.

Die Zäsur kam nach 1945. Wie viel von der Michaelis-Orgel die Bombennächte überstanden hat, ist heute umstritten. Aufzeichnungen Walckers deuten an, dass zumindest Teile des Pfeifenwerks eingelagert und nach dem Krieg noch vorhanden waren. Fest steht jedoch, dass ein Wiederaufbau zu keinem Zeitpunkt politisch gewollt war. Wie in der Architektur wurden die entstandenen Lücken genutzt, um einen radikalen Bruch mit der Tradition zu vollziehen. Den Orgeln, die jetzt gebaut wurden, lagen vollständig andere (wenn auch teils innovative) Konzepte zu Grunde. Eines sollten sie aber in keinem Fall sein: Im romantischen Sinne „schön“. Selbst Instrumente, die den Krieg überlebt hatten, fielen jetzt einer Art „Bildersturm“ zum Opfer. Sie wurden umgebaut, umintoniert, dem Zeitgeist angepasst und in vielen Fällen unwiederbringlich zerstört. Die Orgel des Kaiserreiches mit ihrem unverhohlenen Schön- und Gefühlsklang und einer von keinen Selbstzweifeln gestörten Freude an der Kraftentfaltung hatte ausgedient. Mehr noch: Sie war verdächtig geworden.

Dass der Reformeifer vor allem in Westdeutschland zuschlug, lag weniger an ideologischen Differenzen als am Geld. Kirchgemeinden in der DDR hatten schlicht nicht die Mittel, um flächendeckend Neubauten zu errichten. So blieben die alten Orgeln stehen, viele wurden gepflegt, manche verfielen, aber die Substanz blieb erhalten. Heute ist man hier heilfroh über den vergessenen kulturellen Schatz. Besonders Mecklenburg-Vorpommern verfügt über eine Dichte an Orgeln der Romantik, die westliche Besucher in Erstaunen versetzt.

Auch im Westen hat sich der Zeitgeist inzwischen geändert. Als in den 1980er Jahren die Wiederentdeckung der romantischen Orgel begann, kehrten die „lieblichen Stimmen“ auch in Neubauten zurück. Dabei orientierten sich die Orgelbauer bezeichnenderweise zunächst nicht an der deutschen, sondern an der französischen Tradition.

Heute ist der Bann gebrochen. „Geigenprincipale“, „Salicionale“ und „Doppelflöten“, Registernamen, die jeder Kenner sofort mit Orgeln des 19. Jahrhunderts in Verbindung bringt, bevölkern die Spieltische neuer Instrumente. Vorläufiger Höhepunkt dieser speziellen Form kirchenmusikalischen Historismus‘ ist der Neubau im Magdeburger Dom von 2008, eine im Grunde unverblümte sinfonische Stilkopie, allerdings angereichert mit modernster Steuerungstechnik.

Wer einmal erleben möchte, wie sich Orgeln der deutschen Romantik anhören, dem sei ein Besuch in Schwerin (Dom, Ladegast, 1871), Berlin (Dom, Sauer, 1905) oder Riga (Dom, Walcker, 1884) empfohlen.

Sebastian Junius

Platte mit Reißverschluss

Plattencover von Andy Warhol im Museum für Angewandte Kunst

Andy Warhol, einer der bekanntesten Künstler des 20. Jahrhunderts, begann seine künstlerische Karriere als Grafikdesigner für Gebrauchsgegenstände. Im Kölner Museum für Angewandte Kunst ist noch bis zum 24. März 2019 eine bislang unveröffentlichte Privatsammlung von Platten-Covern (Schallplatten-Hüllen) zu sehen, die Andy Warhol entwarf.

„Sticky Fingers“ hieß eine Langspielplatte (LP) der Rolling Stones aus dem Jahr 1971. Sie ist nicht nur den eingefleischten Fans der heute noch existierenden Rockband in Erinnerung geblieben. Einige der darauf gepressten Musikstücke sind legendär. Legendärer aber ist die Hülle der Scheibe, das Plattencover. Es wurde von Andy Warhol gestaltet und zeigt auf Vorder- und Rückseite den Unterkörper eines Mannes in einer engen Jeans-Hose - von vorne und von hinten, wobei sich vorne deutlich dessen Geschlechtsorgane abzeichnen.

Sticky Fingers heißt wörtlich übersetzt „klebrige Finger“ mit der Bedeutung von „lange Finger“ oder „Langfinger“. Also Finger, an denen etwas kleben bleibt. Die Abbildung der Jeans dazu provozierte natürlich einen Zusammenhang zum männlichen Geschlechtsteil.

Warhol setzte der Provokation dann noch die Krone auf: In die Hose war ein funktionsfähiger Reißverschluss eingearbeitet. Öffnete man ihn, dann konnte man weiße Unterwäsche sehen.


Schön bunt: Warhol-Entwürfe für Plattencover Bild: MAKK/Jan Rothstein

Dieses sexualisierte Cover erregte damals die Gemüter. Im katholischen Spanien des Diktators Franco so sehr, dass es verboten wurde. Die LP durfte dort nur in einer anderen, unspektakulären Hülle verkauft werden.

Andy Warhol (1928-1987) hatte schon nach Abschluss seines Grafikdesigner-Studiums 1949 Plattencover entworfen. Die boomende Schallplatten-Branche verlangte vor allem für die 1948 erfundene Vinyl-Langspielplatte nach künstlerisch gestalteten Schutzhüllen. Warhol entwarf für alle damals gängigen Musik-Genres die Cover. Vorwiegend Jazz- und Klassik-Alben, so auch von Aretha Franklin oder Vladimir Horowitz. MAKK-Direktorin Petra Hesse: „Warhol scheint den Nerv der Zeit getroffen zu haben.“

Die ursprüngliche Bedeutung der Papierhülle als reiner Schutz der Schallplatte wandelte sich damals hin zu einer aufwändig gestalteten Kauf-Anregung.

Warhol wandelte sich mit Beginn der 1960er Jahre vom Gebrauchsgrafik-Designer zum Pop-Art-Künstler. Ausgerechnet mit der Gebrauchsgrafik einer banalen Tomatensuppendose. Warhol: „Ich wollte etwas Bedeutungsloses malen. Ich suchte nach etwas, das die Essenz des Bedeutungslosen verkörperte, und das war die Suppendose.“ Die simple Darstellung der Dose von „Campbell's“ Tomatensuppe gewann plötzlich Kunst-Charakter. Das Dosen-Bild, später auch die berühmt gewordenen Portraits bekannter Zeitgenossen (Marilyn Monroe, Elvis Presley) eroberten große Galerien und Museen.

Dem Plattencover ist Warhol bis an sein Lebensende verbunden geblieben. Das letzte erschien 1987. Der Sammler Ulrich Reininghaus zeigt seine nahezu lückenlose Sammlung der Warhol-Cover jetzt erstmals öffentlich. An einer Hör-Bar können einige der Platten auch gehört werden.

Siegfried Schmidtke

MAKK, An der Rechtschule (200 Meter vom Dom entfernt), 50667 Köln, geöffnet Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 6 Euro. Internet: www.makk.de

Der Siegeszug des Bauplans

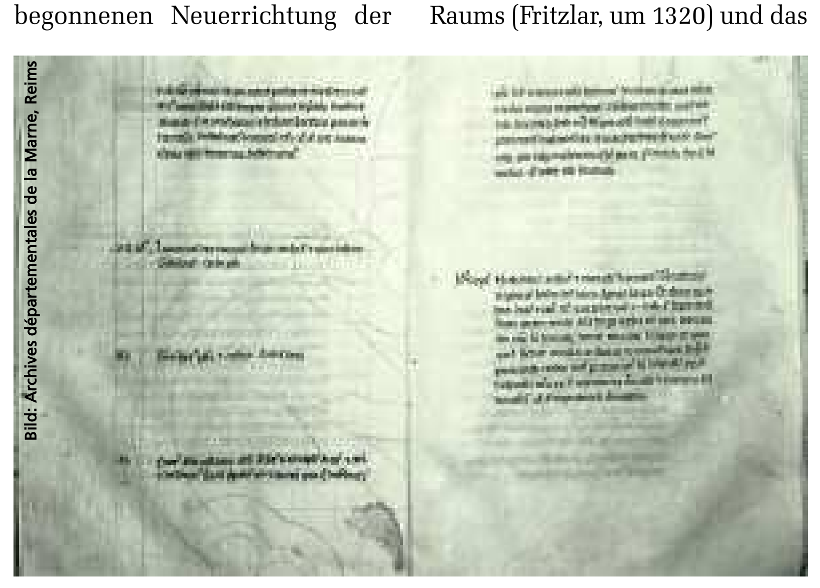
Gotik: Ausstellung über die Baukultur des 13. Jahrhunderts

Das 950. Jubiläum der Weihe des romanischen Doms begeht Paderborn mit einem Festjahr, dessen Höhepunkt eine Ausstellung über die Gotik ist. Wie passt das zusammen? Um 1215 beschloss Bischof Bernhard III., den alten Dom durch einen neuen, den allzu dunklen durch einen strahlend hellen zu ersetzen. Als Vorbild für die gegen 1280 abgeschlossenen Baumaßnahmen dienten die in Frankreich entwickelten modernen Architekturformen der Gotik. Ihr ist die Schau „Gotik – Der Paderborner Dom und die Baukultur des 13. Jahrhunderts in Europa“ im Diözesanmuseum gewidmet. Sie umfasst 170 internationale Leihgaben.

Das größte Exponat ist der Paderborner Dom. Wer vom frühgotischen Paradiesportal den Blick zu den vier Maßwerkfenstern des Langhauses wendet, entdeckt die schrittweise Entfaltung der Gotik. Denn von West nach Ost nimmt das Mauerwerk zugunsten der immer größer werdenden Fensterflächen ab. Zu voller Pracht kommt die Gotik an dem mit Reliefs und Heiligenfiguren geschmückten Ostquerhaus.

Für Christoph Stiegemann, den Direktor des Diözesanmuseums, ist dieser Dom Paradebeispiel für die westfälische Spielart der Gotik. Deren Baumeister wandelten französische Vorbilder im Sinne der heimischen Tradition ab. Anregungen vermittelte ihnen das gegen 1200 in Nordfrankreich neu entwickelte Medium der Architekturzeichnung. Sie revolutionierte das gesamte Bauwesen – und begünstigte durch die Weitergabe von Kopien die Ausbreitung der Gotik in ganz Europa.

Das sensationellste Ausstellungsstück ist fast unsichtbar: Ein gegen 1230 konstruierter Fassadenentwurf. Er gehört zu den berühmten „Reimser Palimpsesten“, den ältesten erhaltenen Bauplänen und Entwürfen von Architekturelementen. Als „Palimpsest“ wird für den Neugebrauch abgeschabtes Pergament bezeichnet. Der Fassadenentwurf weist deshalb nur tintenlosen Konturen auf. Er entstand im Zusammenhang mit der 1211 begonnenen Neuerrichtung der für viele nachfolgende Kirchenbauten vorbildlichen Reimser Kathedrale.


Bild: Archives départementales de la Marne, Reims

Glanzlicht der Ausstellung: Die Reimser Palimpseste

Von ihr stammt die ausgestellte Steinskulptur Gottvaters (um 1240/50), dessen Gesichtszüge würdevolle Ruhe ausstrahlen. Andere Skulpturen der Kathedrale geben Gefühlen Ausdruck – und das machte Schule. Da lächelt uns etwa der Kopf eines Jünglings oder Engels (Trier, um 1245) mit geschlossenen Lippen an, während eine Teufelsfratze (Mainz, um 1239) das Maul zu grölendem Gelächter aufreißt.

Zierelemente wie Fiale und Maßwerk begegnen uns sowohl an der gotischen Großarchitektur als auch in der durch leuchtend bunte Glasmalerei und Buchillustrationen vertretenen Kleinkunst. Einen glanzvollen Höhepunkt bilden als Mikroarchitekturen gestaltete Goldschmiedearbeiten. Besonders eindrucksvoll sind die wahrscheinlich älteste Hostienmonstranz des deutschsprachigen Raums (Fritzlar, um 1320) und das Heiliggrabreliquiar der Kathedrale von Pamplona (um 1255), an dessen Miniatursarg der Grabesengel den drei verwunderten Frauen die Auferstehung Christi verkündet.

Veit-Mario Thiede

Bis 13. Januar 2019 im Diözesanmuseum Paderborn, Markt 17, geöffnet Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr, Telefon (05251) 1251400, Eintritt: 9 Euro. Internet: www.dioezesanmuseum-paderborn.de

Die letzten Tage einer Epoche

Als der Erste Weltkrieg endete, erlosch das Kaiserreich

Am Ende stand eine Frage: Wer sagt es Seiner Majestät? Wer sagt Kaiser Wilhelm II., es könne keinen Frieden ohne seine Abdankung geben. US-Präsident Woodrow Wilson hatte das neben demokratischen Reformen zur Vorbedingung für Friedensverhandlungen gemacht. In den ersten Novembertagen vor 100 Jahren endete eine Epoche.



Am 9. November 1918 auf dem damaligen Kaiser-Franz-Joseph- und heutigen Bebelplatz in Berlin: Revolutionäre Matrosen und Zivilisten demonstrieren, angeführt von einem Kieler Matrose mit roter Fahne

Bild: pa

Das Ende war unausweichlich, als Reichskanzler Max von Baden sich am 1. November 1918 mit Bevollmächtigten deutscher Fürsten beriet, wie man den Kaiser zur Abdankung bewegen könne. Vor allem: Wer sollte Überbringer der problematischen Botschaft sein? Es fand sich niemand. Schließlich stellte Axel Varnbühler von und zu Hemmingen, ein Freiherr aus Württemberg, die erlösende Frage: Was denn bitte der Kaiser selbst zu einem solchen Ansinnen sage? Das zu erkunden, sandte man den preußischen Innenminister Wilhelm Drews ins belgische Spa. Ins dortige Hauptquartier war Wilhelm II. am 30. Oktober zur Inspektion der Truppe gereist. Berlin hatte er in kritischen Tagen sich selbst überlassen. Der Kaiser reagierte erwartungsgemäß empört. Wie könne ein preußischer Beamter es wagen, ihm seine Abdankung nahezulegen? Die kaiserliche Antwort: „Wenn zu Hause der Bolschewismus kommt, stelle ich mich an die Spitze einiger Divisionen, rücke nach Berlin und hänge alle auf.“

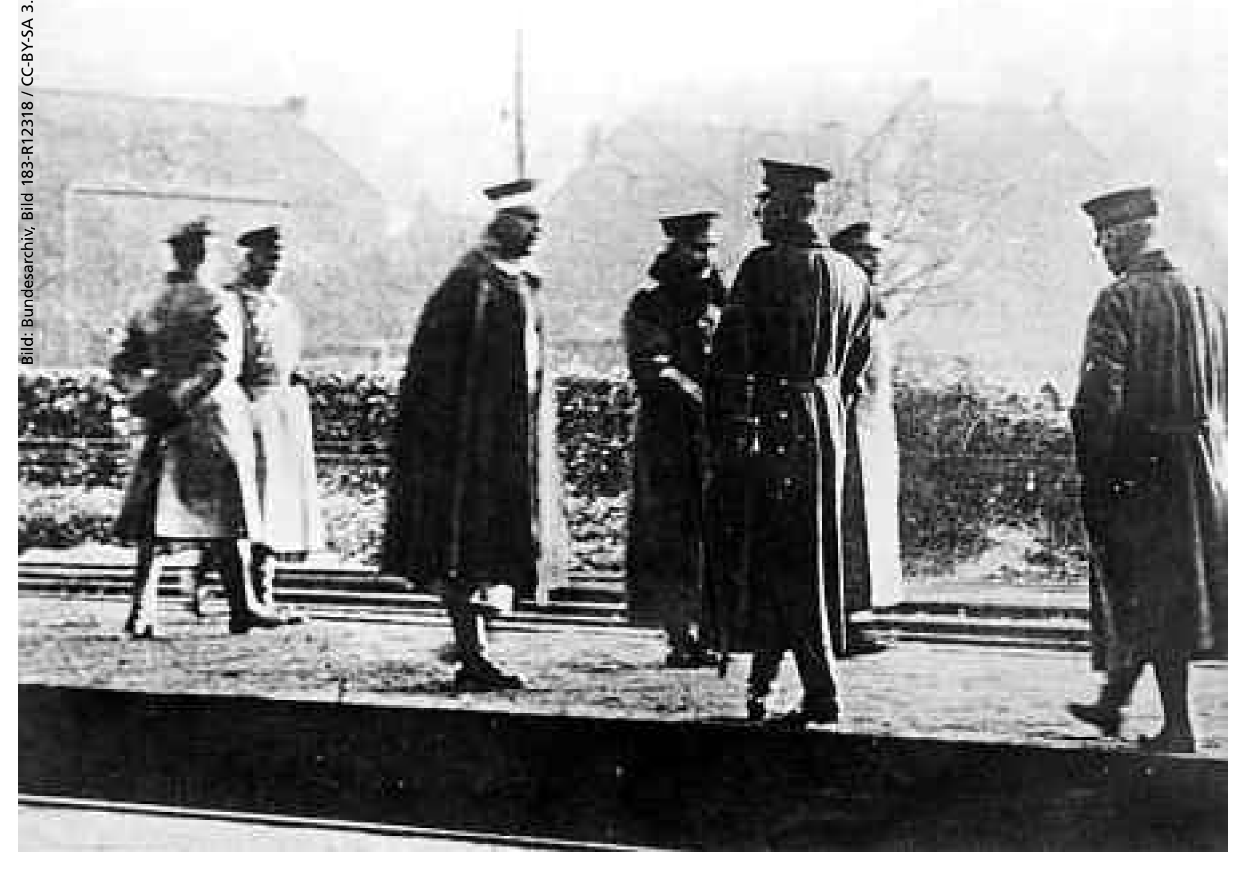


Bild: Bundesarchiv, Bild 183-R12318 / CC-BY-SA 3.0

Auf dem Weg ins niederländische Exil: Wilhelm II. (M.) an der Grenzstation Eysden

Da war die Revolution bereits näher, als der Kaiser ahnte. Ende Oktober 1918 entschied die Seekriegsleitung, ein letztes „ehrenvolles Gefecht“ gegen überlegene britische Verbände zu führen. Seit der Schlacht im Skagerrak 1916 waren die Marineverbände kaum zum Einsatz gekommen. Und nun plötzlich, zum absehbaren Ende des Krieges, ein solches Todeskommando? Unter Matrosen der Marine kursierten Gerüchte, die Offiziere suchten den Heldentod, sie wollten Munition in Ehren verschießen, mit dem Vorstoß sollten angebahnte Friedensverhandlungen torpediert werden. Die Matrosen hatten ein feines Gespür, ohne die Parole des Chefs des Marinekabinetts, Adolf von Trotha, zu kennen. Der schrieb: „Der Flotte steht ein solcher Schlusskampf als höchstes Ziel vor Augen, um nicht diesen Krieg beschließen zu müssen, ohne dass die in ihr steckende nationale Kraft voll zur schlagenden Wirkung gekommen ist.“ In Wilhelmshaven sabotierten Matrosen das Auslaufen der Flotte. Viele der Meuterer wurden verhaftet, das III. Geschwader nach Kiel verlegt. Kommunistische Agitatoren hatten in der aufgeheizten Situation leichtes Spiel. Bei Massendemonstrationen wurde die Freilassung der Matrosen gefordert. Auch in Kiel.

Ein Tabakhändler aus Kiel berichtete am 6. November in einem langen Brief an seine Schwester Erna, was sich in den Tagen zuvor an unerhörten Vorgängen ereignet hatte: „Gestern Abend saßen wir mit ein paar Leuten von der Marine in der Hinterstube. Ein Matrose erzählte mit leuchtenden Augen, die Schiffe sollten nach England einen Vorstoß machen und mit Ehren untergehen, woraufhin die Matrosen dem Kapitän sagen ließen, sie würden die Heimat verteidigen bis auf den letzten Blutstropfen, aber den Feind aufsuchen wollten sie nicht mehr, da dadurch die Friedensverhandlungen gestört würden, und der Krieg soll eben zu Ende gehen. Daraufhin kam doch der Befehl zum Vorwärtsgehen, und die Schiffe sind bis zur Minensperre gefahren. Dort sind die Feuer von den Heizern ausgemacht worden. 17 von den Heizern sind in Arrest gekommen, die anderen Matrosen haben eine Protestversammlung abgehalten, worauf von den Demonstranten 80 Mann gefangengesetzt wurden. Das war das Signal zum Aufstand ... Es wurde Infanterie aus Rendsburg und Wandsbecker Husaren requiriert. Erst daraufhin wurden die Munitionslager gestürmt. Die Wachmannschaften gingen selbst mit und gaben Gewehre und Maschinengewehre raus, bis dahin hatten die Matrosen keine Waffen! Die Infanteristen wussten gar nicht, was sie machen sollten und gingen am Bahnhof gleich über, die Offiziere gaben die Waffen ab. Dagegen fingen die Husaren gleich mit dem Maschinengewehr zu schießen an. Schließlich siegten die Matrosen und erbeuteten die Maschinengewehre.“

Diese Schilderung entsprach dem, was man sich damals erzählte, was Augenzeugen beobachtet hatten. Aufgestaute Unzufriedenheit schuf in Kiel schon länger eine explosive Situation. Nachdem Kiel zum Reichskriegshafen erklärt worden war, hatte die Stadt einen gewaltigen Aufschwung erlebt. Rüstungsbetriebe und Werften siedelten sich an. Kiel wuchs schneller als jede andere Stadt im Reich. Damit entstand eine Arbeiterschaft ohne gesellschaftliche Bindungen. Und diese Arbeiterschaft hatte genug von Krieg. Sie hatte genug vom „Steckrübenwinter“, von amtlich empfohlenen Krähen als Ersatz für Hühnchen. In Kiel war es bereits im Januar 1918 zu Streiks gekommen.

Noch einmal hatte die Oberste Heeresleitung im Frühjahr 1918 letzte Kräfte mobilisiert. Sie wollte einen Sieg erringen, bevor US-Truppen in Flandern einmarschierten. Sollte das nicht möglich sein, „dann muss Deutschland eben zu Grunde gehen“, antwortete Erich Ludendorff auf eine Frage. Es war nicht möglich. Zwar stieß die Offensive bis kurz vor Paris vor, aber dann stand sie 400 Tanks gegenüber. Der Kampf war verloren. Die Truppe wollte nicht mehr.

Das war die Stimmungslage, aus der in Kiel das Bündnis von Arbeitern und Matrosen wuchs. Im Hafen der Stadt lagen zu dem Zeitpunkt acht Linienschiffe, drei Torpedobootflotillen, mehrere U-Boote und kleinere Kreuzer, insgesamt 40 000 Mann Besatzung. Es kam zu gemeinsamen Kundgebungen, Protestmärschen und gewaltsamen Auseinandersetzungen. Bei einer Demonstration am 3. November marschierten Matrosen und Arbeiter zum Bahnhof. Sie randalierten und erklärten den Krieg für beendet. Eine Feuerwehrspritze raste in die Menschenmenge, angehende Offiziere schossen. Acht Tote und 29 Verwundete waren die Opfer. Dieser 3. November 1918 gilt als der Beginn des Matrosen- und Arbeiteraufstandes, aus dem sich die Novemberrevolution entwickelte. Es herrschte ein heilloses Durcheinander von einer überforderten Kommandantur, die nicht wusste, wie sie entscheiden sollte und im Regelfall falsch entschied, von Matrosen, die noch an das Vaterland, aber nicht mehr an den Sieg glaubten, von Arbeitern, die an nichts mehr glaubten, außer den Sieg des Proletariats. Am 4. November wurde in Kiel die rote Fahne gehisst, meuternde Soldaten fluteten die Stadt, der erste Matrosen-Soldaten-Rat wurde gebildet. Am nächsten Tag versuchte Gustav Noske zu vermitteln, vergebens. Matrosen erschossen den Stadtkommandanten. Nahezu auf allen Schiffen wehte nun die rote Fahne. Der Bruder des Kaisers, Großadmiral Prinz Heinrich von Preußen, floh aus dem Kieler Schloss. Die Revolution breitete sich über Lübeck und Hamburg aus, bald bis nach Köln, Stuttgart und München.

Als die Nachricht von den Aufständen den Kaiser in Spa erreichte, bemerkte dieser: Da habe man nun eine ganz neue Front, mit der man nicht habe rechnen können. Den Generalen war klar, der Krieg war endgültig verloren. Einer von ihnen schlug vor, der Kaiser möge an die Front gehen und fallen, nur so sei die Monarchie zu retten. Hindenburg wandte ein, dann habe man aber keinen Kaiser mehr.

Seit Anfang November drängte Max von Baden verstärkt auf den Rücktritt des Kaisers, um einen Friedensschluss zu retten. Der Kaiser aber wollte sich nicht drängen lassen.

Am 8. November erreichte eine deutsche Delegation nach langen, überaus schwierigen Vorbereitungen den Verhandlungsort für einen Waffenstillstand, einen Eisenbahnwaggon im Wald von Compiègne. Die Zeit drängte. Schon am 9. November ließ Max von Baden bekanntmachen: „Seine Majestät der Kaiser und König haben sich entschlossen, dem Throne zu entsagen.“ Das entsprach zumindest nicht ganz der Wahrheit. Wilhelm II. hatte zu diesem Zeitpunkt lediglich seinen Rücktritt als Kaiser in Aussicht gestellt – preußischer König wollte er bleiben. Erst am 28. November unterzeichnete er tatsächlich seinen Thronverzicht. Allerdings bat Wilhelm II. schon am 9. November die niederländische Königin Wilhelmina um Asyl. Am 10. November fuhr er mit dem Auto über die holländische Grenze.

In Deutschland war am 9. November die Republik ausgerufen und der Sozialdemokrat Friedrich Ebert zum neuen Reichskanzler ernannt worden. „Ich lege Ihnen das Deutsche Reich ans Herz“, hatte Prinz von Baden gesagt und Arbeiterführer Ebert hatte geantwortet: „Ich habe zwei Söhne für dieses Reich verloren.“

Bei der ersten Begegnung der deutschen und der alliierten Waffenstillstandsdelegation im Eisenbahnwaggon im Wald von Compiégne am 8. November waren der deutschen Delegation von den Alliierten unter deren Oberbefehlshaber Marschall Ferdinand Foch 72 Stunden für die Unterzeichnung eines Waffenstillstandes zugebilligt worden. Nur Offiziere niederer Ränge waren Verhandlungspartner der deutschen Delegation unter Leitung des Staatssekretärs ohne Portefeuille Matthias Erzberger von der Zentrumspartei. Es waren Verhandlungen, bei denen nicht verhandelt wurde. Es war das Diktat eines Siegers, dem die Aufstände in Deutschland die letzte Karte zugespielt hatten. Foch triumphierte: Nun sei Deutschland „den Siegern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert“.

Erzberger erschienen die gestellten Forderungen als zu hart, doch Ebert ordnete nach Absprache mit der Obersten Heeresleitung an, den Waffenstillstand unter allen Bedingungen zu akzeptieren. Dazu gehörte die Räumung der deutschen Gebiete links des Rheins, eine entmilitarisierte Zone auf dem rechten Rheinufer, die Auslieferung der deutschen Kriegsflotte nebst 5000 Lokomotiven, 15 000 Eisenbahnwaggons und 5000 Lastwagen. Die Sieger dachten eben auch an Kleinkram. Und dann wurde Schadensersatz in vorläufig unbestimmter Höhe verlangt. Da werde man sich keineswegs mit Kleinkram begnügen.

Der Gang nach Canossa war damit vorläufig abgeschlossen. Am 11. November 1918 wurde der Waffenstillstandsvertrag unterzeichnet. Nach vier Jahren, drei Monaten und elf Tagen endete das sinnlose Töten, das zehn Millionen Menschen das Leben gekostet hatte. Die USA stiegen zur Weltmacht auf und vier Imperien – das deutsche Kaiserreich, Österreich-Ungarn, das russische Zarenreich und das Osmanische Reich – lagen zerschmettert am Boden. Und doch war das vermeintliche Ende der Tragödie erst das Vorspiel zur nachfolgenden Katastrophe. *Klaus J. Groth*



Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens von Compiègne: Die Franzosen General Maxime Weygand und Marschall Ferdinand Foch (stehend) sowie die britischen Marineoffiziere Rosslyn Wemyss, George Hope und Jack Marriott (hinter dem Tisch, von rechts) sowie (davor stehend) die Deutschen Staatssekretär Matthias Erzberger, Generalmajor Detlof von Winterfeldt, Alfred von Oberndorff vom Auswärtigen Amt und Kapitän zur See Ernst Vanselow

Bild: Maurice Pillard Verneuil

Eine neue Stufe der Gewalt

Bei der »Schlacht am Tegeler Weg« wurden erstmals seitens der APO aktiv Attacken auf die Polizei geplant

Während es bei früheren Kundgebungen der Außerparlamentarischen Opposition (APO) nur spontan und häufig nur als Reaktion zu Gewalttätigkeiten kam, war dieses bei der sogenannten Schlacht am Tegeler Weg vom 4. November 1968 anders, der bis dahin größten Straßenschlacht zwischen Demonstranten und Polizeikräften auf dem Boden der Bundesrepublik.

Ein gutes halbes Jahr zuvor, am Abend des 10. April 1968, hatte der Kleinkriminelle und ehemalige Hilfsschüler Josef Bachmann in München den Interzonenzug mit dem Ziel West-Berlin bestiegen. Schon am Nachmittag des darauffolgenden Gründonnerstages trieb er sich dort auf dem Kurfürstendamm in der Nähe des Büros des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes herum, als vor einer in der Nähe liegenden Apotheke ein Mann von seinem Fahrrad stieg. Es war Rudi Dutschke, der wohl bekannteste Kopf der studentischen Protestbewegung.

Er wollte noch einige Medikamente für seinen erkrankten Sohn besorgen. Bachmann sprach den linken Aktivisten an, fragte ihn nach seinem Namen und als dieser bestätigte, Dutschke zu sein, feuerte er unvermittelt aus einer von zwei mitgeführten Pistolen mehrere Schüsse auf ihn ab. Wie Bachmann während seiner Bahnreise durch die DDR die Waffen unbemerkt durch die strengen Kontrollen der dortigen Behörden schmuggeln konnte, ist bis heute ebenso ungeklärt wie die genauen Kenntnisse, die er vom Tagesablauf seines Opfers hatte.

Während die Ärzte in einem Berliner Krankenhaus noch um das Leben des Studentenführers kämpften, zogen seine Anhänger nur wenige Stunden später vor das Springer-Hochhaus in der Berliner Kochstraße. Aufgrund deren negativer Berichterstattung über die sich seinerzeit formierende Außerparlamentarische Opposition wiesen die linken Aktivisten insbesondere der von Axel Springer herausgegebenen „Bild"-Zeitung eine Mitschuld an dem Anschlag auf Dutschke zu. An der Spitze des damaligen Demonstrationszuges marschierte Urbach, ein zwielichtiger V-Mann des Berliner Verfassungsschutzes, verteilte in der ohnehin aufgeheizten Atmosphäre dieses Frühlingsabends Molotowcocktails an die protestierenden Studenten. Auch die spätere Schauspielerin Iris Berben griff beherzt in das mitgebrachte Körbchen des Agent Provocateurs. Steine und Brandsätze flogen durch die Nacht. Doch die Verlagsmitarbeiter und die Polizei konnten das Gebäude vor einer Besetzung schützen. Dennoch wurde die gescheiterte Stürmung zum einleitenden Fanal für die sogenannten Osterunruhen. Überall in Westdeutschland kam es zu zum Teil gewalttätigen Protesten von Studenten.



Demonstranten in der Offensive: Straßenschlacht am Berliner Landgericht vom 4. November 1968 Bild: bpk

Wegen des am Gründonnerstag am Verlagsgebäude angerichteten Sachschadens wurde Mahler von einem Zivilgericht zu einer Schadenersatzzahlung von 118 000 D-Mark an den Springer-Konzern verurteilt. Der Generalstaatsanwalt von Berlin drängte wegen des Vorfalls zudem auf Mahlers Ausschluss aus der Rechtsanwaltskammer und auf den Entzug der Zulassung. Die Eröffnung des angestrengten Ehrengerichtsverfahrens wurde auf Anfang November terminiert. Obwohl sich an den Ausschreitungen im Umfeld der gescheiterten Erstürmung des Verlagshauses hunderte von Demonstranten beteiligt hatten, schoss sich die Berliner Justiz im Wesentlichen auf Mahler ein, dem selbst noch nicht einmal die Anwendung von Gewalt vorgeworfen wurde. Dies löste eine breite Welle der Solidarität in der linken Szene aus. Bereits im Vorfeld des Prozesses kursierte ein mit einfachen Mitteln hergestellter Amateurfilm, in dem die Anfertigung von Farbeiern und Tipps zur Überwindung von Polizeiabsperrungen gezeigt wurden. Die Außerparlamentarische Opposition bereitete sich intensiv auf die Konfrontation mit der Staatsmacht vor.

gemeinsam mit anderen prominenten Mitgliedern der Studentenbewegung auch der Berliner Rechtsanwalt Horst Mahler. Er hatte sich schon seit einigen Jahren in mehreren Prozessen für die linken Aktivisten engagiert. Ziel der Demonstranten war die Stürmung des Verlagsgebäudes. Peter

Vor 50 Jahren, am 4. November 1968, wurde das Ehrengerichtsverfahren gegen Mahler im Berliner Landgericht am Tegeler Weg in Berlin-Charlottenburg eröffnet. Hierzu fanden sich rund 1000 Teilnehmer zu einer Protestversammlung ein. Darunter nicht nur Studenten und Angehörige des linken Milieus, sondern auch Mitglieder von Rockerbanden. Viele von ihnen trugen Bauschutzhelme. Schon kurz nach Beginn der Demonstration flog ein Pflasterstein aus der Menschenmenge und traf einen berittenen Polizeibeamten am Kopf, sodass dieser bewusstlos von seinem Pferd fiel. Rasch eskalierte die Situation. Mehrfach versuchten die Demonstranten, die Absperrgitter zu überwinden und zum Kammergericht vorzudringen. Ein wahrer Platzregen von Steinen ergoss sich über den Einsatzkräften der Polizei. Diese erwiderten, indem sie die Wurfgeschosse zurück auf die Angreifer warfen. Wasserwerfer und Schlagstöcke kamen zum Einsatz. Auf beiden Seiten wurde massiv von Gewalt Gebrauch gemacht. Erst nach Stunden konnten die Demonstranten abgedrängt werden. Rund 300 Personen wurden verhaftet und 137 Beamte zum Teil schwer verletzt. Es war das letzte Mal, dass in Deutschland Polizisten bei einer Demonstration ihren Tschako als traditionelle Kopfbedeckung trugen.

Selbst Tage nach dem Ereignis waren viele der linken Demonstrationsteilnehmer immer noch ganz berauscht von dem Triumphgefühl dieses großangelegten geplanten Angriffs auf die Einsatzkräfte. In der linken Szene begann eine breite Diskussion über die Legitimität des Einsatzes von Gewalt gegen den Staat und seine Organe. Sie mündete schließlich im Konzept der Stadtguerilla der Roten Armee Fraktion (RAF). *Dirk Pelster*

Von der Diskriminierung zur Verfolgung

Vor 80 Jahren markierten die antisemitischen Ausschreitungen eine Verschärfung in der NS-Judenpolitik

Vor 80 Jahren erlebte das Deutsche Reich eine Welle der Gewalt gegen Juden sowie deren Synagogen und Besitztümer, die sogenannte Reichskristallnacht. Dieser Begriff wurde ab 1988 zunehmend problematisiert und durch das Wort „Reichspogromnacht" verdrängt. „Pogrom", zu deutsch: „Krawall" oder „Zerstörung", stammt aus dem Russischen und stand ursprünglich für chaotisch-gewaltsame antisemitische Aktionen seitens größerer Bevölkerungsgruppen. Dass sich der Begriff zur präzisen Kennzeichnung der Vorgänge im November 1938 eignet, ist fraglich.

Am Morgen des 7. November 1938 gab der polnische Jude Herschel Feibel Grynszpan in der Pariser Botschaft des Deutschen Reiches fünf Schüsse auf den dort tätigen Legationssekretär Ernst Eduard vom Rath ab und verletzte ihn dadurch lebensgefährlich. Das war der zweite Mordanschlag eines Juden gegen einen deutschen Staatsvertreter nach dem Attentat von David Frankfurter auf Wilhelm Gustloff, den Landesgruppenleiter der NSDAP-Auslandsorganisation in der Schweiz, im Februar 1936. Grynszpan rechtfertigte seine Tat später mit der Behandlung seiner Familie während der deutsch-polnischen Passkrise vom Oktober 1938. Damals hatte Polen versucht, mehrere tausend in Deutschland lebende Juden seiner Staatsbürger jüdischer Herkunft loszuwerden, indem es deren Pässe kurzerhand für ungültig erklärte und diese Personen so zu Staatenlosen machte, woraufhin die deutsche Seite sie kurzerhand nach Polen abschob.

In Reaktion auf die Schüsse von Paris fanden am Nachmittag des 7. November erste spontane Übergriffe von SA- und SS-Leuten gegen jüdische Einrichtungen im Raum Kassel, Bebra und Sontra statt. Dem folgten am 8. und 9. November weitere Ausschreitungen in den Landkreisen Fulda und Melsungen sowie in Dessau. Kurz nachdem Rath um 17.30 Uhr seinen Verletzungen erlegen war, ging auch die Synagoge von Chemnitz in Flammen auf.

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die komplette NS-Führung in München versammelt, um des Jahrestages des gescheiterten Putsches von 1923 zu gedenken. Während der Zusammenkunft erhielt Adolf Hitler die Nachricht vom Tode des Diplomaten. Was daraufhin geschah, schilderte Reichspropagandaminister Joseph Goebbels in seinem Tagebucheintrag zum 9. November 1938 mit folgenden Worten: Der „Führer ... bestimmt: Demonstrationen weiterlaufen lassen. Polizei zurückziehen. Die Juden sollen einmal den Volkszorn zu verspüren bekommen ... Ich gebe gleich entsprechende Anweisungen an Polizei und Partei. Dann rede ich kurz dementsprechend vor der Parteiführerschaft. Stürmischer Beifall. Alles saust gleich an die Telephone. Nun wird das Volk handeln."

Übereinstimmenden Berichten von Augenzeugen zufolge begannen die Parteigrößen, ihre Untergebenen gegen 22.30 Uhr fernmündlich zu instruieren, worauf die Ausschreitungen zunahmen. Allerdings ließ Goebbels bereits am frühen Morgen des Folgetages in halbstündlichen Abständen im Radio die Aufforderung verbreiten, „von weiteren Demonstrationen und Vergeltungsaktionen abzusehen". Dem vorausgegangen waren Vorwürfe der NS-Größen Hermann Göring, Heinrich Himmler, Reinhard Heydrich, Walther Funk und Alfred Rosenberg, die von Goebbels angeheizten „Vergeltungsmaßnahmen" hätten zu einer „volkswirtschaftlich unsinnigen Zerstörung von Sachwerten geführt". Dies illustriert die fehlende Einigkeit der NS-Führung während der „Reichspogromnacht". Teilweise dauerten die Krawalle noch bis zum 13. November an, weil die Akteure augenscheinlich keine ferngesteuerten Handlanger des Systems waren, wie oft behauptet wird.



Vor 80 Jahren: Flammen und Rauchwolken schlagen aus der von der SS in Brand gesteckten Synagoge in Baden-Baden Bild: bpk

Die Zahl der unmittelbar Beteiligten war sehr gering, und es hagelte Kritik vonseiten der Bevölkerung, was beweist, dass diese eben nicht – wie es beispielsweise der Historiker Daniel Goldhagen behauptete – fast durchweg aus Judenhassern bestand. Innerparteilich wurde daher ganz offen von einem „Fehlschlag" gesprochen, was die Mobilisierung der Bürger in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 betraf. Ja, es gab sogar Akte von Widerstand: So sorgte der preußische Polizeibeamte Wilhelm Krützfeld dafür, dass die Feuerwehr die brennende Neue Synagoge in der Berliner Oranienburger Straße löschte, obwohl das eigentlich untersagt war. Dahingegen wagten die meisten hochrangigen Kirchenvertreter keine Proteste oder hießen das Ganze explizit gut, wie der evangelische Landesbischof von Thüringen, Martin Sasse.

Nach Ansicht mancher Antisemitismusexperten wurden in der Zeit vom 7. bis 13. November 1938 fast alle 1406 Synagogen im Deutschen Reich zerstört. Dazu komme die Ermordung von rund 400 Juden direkt während der „Reichspogromnacht" sowie die Verhaftung von weiteren 30 000 Juden und deren Einweisung in Konzentrationslager, in denen nochmals mehrere hundert getötet worden seien. Demgegenüber weisen andere Forscher darauf hin, dass die zuständigen Behörden seinerzeit „nur" 191 in Brand gesteckte und 76 vollständig demolierte Synagogen registriert hätten. Viele beschädigte jüdische Gotteshäuser sanken nachweislich erst während der anglo-amerikanischen Terrorbombardements im Zweiten Weltkrieg endgültig in Schutt und Asche.

Den Zielen der NS-Führung hat die „Reichspogromnacht" insoweit genützt, als sie die Auswanderung der Juden sowie die sogenannte Arisierung jüdischen Eigentums beschleunigte. Dem standen höchst fatale außen- und wirtschaftspolitische Konsequenzen gegenüber. So wandten sich viele Sympathisanten der Nationalsozialisten in den USA nun von diesen ab. Des Weiteren kompromittierten die Ausschreitungen die Appeasement-Politik des britischen Premiers Neville Chamberlain, was letztlich zum Aufstieg von Winston Churchill führte. Außerdem wurde das Dritte Reich mit einer Welle von Boykotten konfrontiert. Nachdem ab 1933 zunächst nur jüdische Konsumenten im Ausland den Kauf deutscher Waren verweigert hatten, kündigten nun auch Unternehmen in den Niederlanden, Frankreich, Großbritannien, Jugoslawien, Kanada und den USA ihre Handelsverträge mit dem Dritten Reich. Dadurch erlitten manche Firmen Umsatzeinbrüche von bis zu 25 Prozent.

Allerdings sah sich das westliche Ausland nicht genötigt, künftig mehr verfolgte Juden aus Deutschland aufzunehmen. Beispielsweise genehmigten die US-Behörden weiterhin nur 27 000 Einreiseanträge von Personen jüdischer Herkunft pro Jahr, obwohl 1938 schon 140 000 Schutzsuchende in die Vereinigten Staaten wollten. *Wolfgang Kaufmann*



Mit einer neuen Verordnung verbietet die EU künftig Plastikbesteck, Wattestäbchen und andere kunststoffbasierte Wegwerfartikel. In der Begründung heißt es, dass der Kunststoffmüll die Meere massiv belaste und über die Nahrungskette als Mikroplastik im menschlichen Körper lande.

> Überfällig oder überflüssig?

Eine überfällige Entscheidung, sagen die einen. Kritiker werfen ein, dass der Meeresmüll zum ganz überwiegenden Teil aus den Ländern Südostasiens (Foto: Strand von Bali), Afrikas und Lateinamerikas in die Ozeane gelange, wo in für europäische oder nordamerikanische Verhältnisse unfassbarer Menge Müll in Flüsse und schließlich ins Meer entsorgt werde. Die Entscheidung der EU sei daher Symbolpolitik, welche die Freiheit der eigentlich vorbildlichen Europäer weiter einschränke. *H.H.*

Erdogans verzweifelter Größenwahn

Mit wilden Behauptungen will der Machthaber sein Volk über die Krise hinwegtrösten

Während die Türkei nach und nach wieder in ihre traditionelle Rolle des „kranken Mannes am Bosporus" zurückfällt, versuchen Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan und dessen politische Lakaien dem Nationalstolz der Türken mit immer neuen historischen Lügenmärchen aufzuhelfen.

So wird verbreitet, die Osmanen seien die geistigen Erben sämtlicher früherer Hochkulturen Kleinasiens gewesen – beginnend mit den Hethitern im 2. Jahrtausend v. Chr. Gleichzeitig jubeln türkische Politiker die Burg Troja zur bronzezeitlichen Super-Metropole hoch und behaupten daran anknüpfend, die Wurzeln der heutigen europäischen Kultur hätten in Anatolien gelegen. Dabei handelte es sich bei Troja nur um einen drittklassigen Außenposten des ägäischen Kulturkreises. Des Weiteren sind da noch die diversen „epochalen Entdeckungen" von Türken beziehungsweise Osmanen.

> »Die Muslime haben Amerika und die Antarktis entdeckt«

Vor einigen Jahren überraschte Erdogan die Weltöffentlichkeit mit der Aussage, nicht Christoph Kolumbus und dessen Leute seien die Entdecker Amerikas gewesen, sondern muslimische Seefahrer. Davon zeuge eine um 1178 errichtete Moschee auf Kuba. Gleichzeitig bot der türkische Präsident an, „erneut" ein islamisches Gotteshaus auf der Karibikinsel zu bauen, womit er suggerierte, dass es unter den muslimischen Amerika-Pionieren bestimmt auch turkstämmige Seeleute gegeben habe. Dabei herrscht unter Historikern absolute Einigkeit: Als Kolumbus 1492 Kuba erreichte, sichtete er nur markante Bergkuppen von moscheeähnlicher Form.

Außerdem reklamierte Erdogans Minister für Wissenschaft, Technologie und Industrie, Faruk Özlü, Anfang 2017 die Entdekkung der Antarktis für die Türken. Dazu verwies er auf eine Seekarte des Zentralatlantiks, die dem osmanischen Admiral Piri Reis zugeschrieben wird und aus dem Jahre 1513 stammen soll: Diese zeige auch die Küstenlinien der Antarktis im Bereich des Königin-Maud-Landes.

Nach herrschender Meinung von Experten sind das aber wohl eher Gestade in Südamerika. Auf jeden Fall ist die Karte im fraglichen Bereich extrem ungenau und basiert im Übrigen wohl auf Angaben von portugiesischen Entdeckungsreisenden, denn osmanische Schiffe operierten niemals in der Region.

Solche plumpen Geschichtsklitterungen veranlassten Spötter zu der Prophezeiung, nun werde man in Ankara sicher auch bald behaupten, dass Türken die ersten Menschen auf dem Mond gewesen seien. Doch genauso kam es dann tatsächlich im Dezember 2017: Auf einer Zusammenkunft des Wohlfahrtsverbandes Grüner Halbmond äußerte Erdogan, im Jahre 1635 sei der osmanische Erfinder Lâgari Hasan Çelebi mit seiner selbstgebauten Rakete zum Mond geflogen.

Das löste beim Publikum Gelächter aus, denn mehr als 200 Meter weit dürfte es das primitive schwarzpulvergetriebene Gefährt von Çelebi kaum geschafft haben – sofern dasselbe überhaupt jemals abhob. Daraufhin bestand der türkische Staatspräsident wütend auf seiner abenteuerlichen Legende: „Die NASA mag die meisten Beweise für den Erfolg des Osmanen während der Apollo-11-Mission zerstört haben, aber wir werden versuchen, irgendwelche Beweise zu finden, die der Vertuschung entgangen sein könnten."

Nun bleibt abzuwarten, was Erdogan als Nächstes einfällt, wenn sich die wirtschaftliche Talfahrt der Türkei fortsetzt: Vielleicht stellt er ja noch fest, dass die Erfindung von Buchdruck, Automobil, Flugzeug und Computer gleichfalls auf das Konto der Osmanen gehe, und verlangt Lizenzgebühren? Oder dem Sultan vom Bosporus gelingt gar der Nachweis der türkischen Volkszugehörigkeit von Adam und Eva? Dann wären wir plötzlich alle seine Untertanen …

> »NASA hat Spuren der Türken auf dem Mond verwischt«

Wolfgang Kaufmann

Das Denkmal und die BRD-Staatsreligion

Eine Posse in drei Akten

Der Blick auf die Geschichte löst sich von Fakten und gefriert zu einer quasi-religiösen Gewissheit. Am Umgang mit Denkmälern lässt sich diese Abkehr von Vernunft und Aufklärung anschaulich ablesen.

Da sitzt der in die Jahre gekommene Aktivist im Campingstuhl neben dem Marburger Deserteursdenkmal vor der ehemaligen Jägerkaserne. Schwer trägt er am Joch, das er sich auf die Schultern gelegt hat. Am einen Ende hängt ein Balkenkreuz (Achtung: Nationalsozialismus), auf der anderen Seite das modifizierte Tatzenkreuz der Bundeswehr.

Ein Kranz der Marburger Linkspartei und mehrere Grablichter sollten am 1. September 2018 das Gedenken an den Kriegsausbruch in das richtige Umfeld rücken. Der Aktivist ist ein ehemaliger evangelischer Pfarrer und hat sie alle mitgemacht, die politischen Moden der BRD: Anti-AKW, Waldsterben, Aufgabe des persönlichen Autos – der Verkaufserlös ging an die Aufforstung des Regenwaldes am Amazonas –, weshalb er nurmehr mit dem Fahrrad unterwegs ist.

Er will mir die baumelnden Kreuze erklären. Als ich ihn frage, warum nicht auch der rote Stern, Hammer und Sichel hier hingen, kommt wie aus der Pistole geschossen, es sei doch wohl Deutschland gewesen, das den Zweiten Weltkrieg vom Zaun gebrochen habe, und zwar mit dem Überfall auf Polen. Vor Erregung springt der Aktivist auf, das Joch fällt samt Kreuzen auf den Boden.

Dass auch die Sowjetunion Polen nur drei Wochen nach dem deutschen Angriff überfallen hat, ist bei diesem selbstgerechten Eiferer, der sich seit seiner Sozialisation in den linkslastigen 70er Jahren für politisch umfassend aufgeklärt hält, schon nicht mehr angekommen. Auch dass bei diesem Geschichtsbild der Part der Sowjetunion kurzerhand von allen Elementen, welche die Alleinschuld der Deutschen relativieren könnten, gereinigt ist, fällt ihm nicht auf. Denn sein Vertrauen in das Projekt der Reeducation ist grenzenlos. Längst ist ihm dabei der „Faschismus" als das alleinige Erzübel der Zeit zur negativen Religion geworden – eine Erlösung ist da allerdings nicht inbegriffen, das sollte er wissen.

Szenenwechsel: Ort der Handlung eine Woche später, am Tag des offenen Denkmals, ist das Kriegerdenkmal des 11. Kurhessischen Jägerbataillons im Marburger Schülerpark. Das Denkmal wurde 1923 eingeweiht und steht leicht erhöht unter hohen Bäumen. Es ist der Antifa seit Langem ein Dorn im Auge und wurde von ihr bereits x-fach demoliert, die Inschrift abgeschlagen und durch Farbbeutelattacken feinsinnig „kommentiert".

Etwa 15 Besucher haben sich heute eingefunden, darunter auch der vormalige Leiter des Marburger Kulturamtes. Die meisten der Anwesenden sind leidlich politisierte „Gutbürger", denen wenige Vertreter eines Vereins gegenüberstehen, der sich den Erhalt des Denkmals auch gegen Widerstände auf die Fahne geschrieben hat.

Aktueller Anlass der bald hochkochenden Emotionen ist ein „Kunstprojekt" oder das, was die Stadtverwaltung dazu erklärt hat. Da das Jägerdenkmal keinesfalls so für sich stehen bleiben könne, wie ein Anwesender ereifernd erklärt, weil es die deutschen Angriffskriege und Völkermorde verherrliche, müsse – um arglos vorbeispazierende Schüler zu schützen – die Rezeption gebrochen werden. Ein Kunstprojekt soll daher das Denkmal „kommentieren" und eine militaristische Krieger-Verherrlichung verhindern.

> Schrift abgeschlagen und mit Farbe beschmiert

Unter 50 eingereichten Wettbewerbs-Entwürfen wurde dabei ein Entwurf prämiert, den man als „Käfig" bezeichnen kann, der den Bürgern aber als Sichtblende für einen Perspektivenwechsel verkauft wird. Wir erinnern uns hier an den erzwungenen Perspektivenwechsel für Björn Höcke bei der gewaltsamen Belagerung des Nachbargrundstückes vor seinem Wohnhaus. Das Verfahren ist damit klar: Zum „Kunstprojekt" umgewidmet, soll eine Attacke ad personam oder wie in diesem Falle auch ad causam legalisiert werden, die unverstellt in Deutschland so (noch) strafbar ist.



Pauschale Verachtung deutscher Soldaten: Fassade in Berlin Bild: pa

Konzeptionelle Zuarbeit leistet hier bei Bedarf eine dritte Gruppe von Akteuren, die in Marburg als „Geschichtswerkstatt" firmiert. Dieser „Zusammenschluss von Menschen, die sich für die konkrete Geschichte ihres Lebens- und/oder Arbeitsortes interessieren", pflegt diverse Kooperationen, wie es in zeitgemäßem Neusprech heißt. Das bedeutet, er steht im Austausch mit dem Asta wie dem örtlichen Kulturzentrum KfZ und berät überdies die Kommunalpolitik in zeitgeschichtlichen Fragen, von zu verlegenden Stolpersteinen bis zum richtigen Umgang mit Denkmälern.

Im Gegenzug bezieht der gemeinnützige Verein finanzielle Unterstützung von der Stadt, mutmaßlich aus den tiefen Töpfen eines „Krampfes gegen rechts" (Stephan Brandner). So erscheint es dann durchaus logisch, wenn der Lehrstuhlinhaber für Neuere Geschichte an der Universität Marburg im Hörsaal schon einmal die Berliner Bundesregierung dafür lobt, dass sie den deutschen Völkermord an den Hereros und Namas – endlich – anerkannt hat. So setzen sich die Seilschaften, pardon, Kooperationen bis ganz nach oben fort.

Doch zurück zum Tag des offenen Denkmals: Der anfangs gepresst-höfliche Umgang miteinander wird schnell ruppiger, und bald schon prallen die Geschichtsbilder ungepolstert aufeinander. Da werden von den Gutbürgern verbissen die „Erkenntnisse aus der Geschichte" hervorgeschleudert, vom deutschen Überfall auf das vorgeblich neutrale Belgien bis zum Massaker von Dinant.

Dass die benannten Belgier im Ersten Weltkrieg „Uniformen" hatten, die der damaligen Herrenmode stark ähnelten und die damit Freischärlern zum Verwechseln ähnlich sahen oder dass auch Frankreich das neutrale Griechenland überfiel, kommt im Geschichtsbild nicht vor. Übrigens empörte sich schon Otto von Bismarck darüber, dass die Franzosen im Krieg 1870/71, als sich die Niederlage abzeichnete, auch schon auf die genannte „Uniformierung" zurückgriffen.

Als die Verteidiger des Denkmals daraufhin den australischen Historiker Christopher Clark und sein Opus Magnum „Die Schlafwandler" in die Diskussion warfen, demzufolge alle Beteiligten schuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges hatten, stößt dies auf schieres Unverständnis. Clark ist ein Häretiker, der von den Anhängern des Schuldkultes nicht einmal zur Kenntnis genommen wird. Der bizarre Streitpunkt, ob es nun Angehörige der Marburger Jäger waren, die am verbrecherischen Feldzug in Deutsch-Südwest in Namibia teilgenommen haben oder ehemalige Jäger und somit Fremdenlegionäre, lässt außerdem völlig außen vor, dass historische Urteile keineswegs ehern sind und sogar der „Spiegel" vom 11. Juni 2016, ein faschistischer Umtriebe bislang eher unverdächtiges Magazin, resümierte, dass von einem Völkermord nicht gesprochen werden könne.

Aber politische Wahrheit ist eben nicht historische Wahrheit, zumal wenn die Wahrheit zur quasireligiösen Offenbarung aufgedonnert wird. In der Argumentation der Geschichtstheologen taucht dabei ein alter Bekannter wieder auf, nämlich ein beherztes Am-deutschen-Wesen-soll-die-Welt-genesen. Natürlich fällt auch den Anhängern des deutschen Schuldkultes auf, dass es Kolonialverbrechen, Völkermord et cetera auch bei anderen Kriegsparteien gab und gibt.

Aber wenn wir Deutsche nur lange genug vorbildhaft uns und vor allen Dingen frühere Generationen als ewig schuldig bekennen, werden wir damit zum Vorbild für andere Völker. Ganz verkehrt ist dieser Kokolores dabei nicht einmal, wenn man etwa an den „Sorry Day" in Australien denkt, der an den Völkermord an den Aborigenees erinnern soll. Tatsächlich gibt es hierfür sehr alte Vorläufer. In der Frühzeit des Christentums machte ihm der dualistische Mani-Kult Konkurrenz, der in seiner Blütezeit Anhänger von China bis zum dänischen König hatte.

> Dieser Kult kennt keine Erlösung

Diese Offenbarungsreligion hatte allerdings eine entscheidende Schwäche: Erlösung winkte – salopp gesagt – nur den Angehörigen des Lichtreiches, während die Bewohner des Dunkelreiches sich abstrampeln konnten, wie sie wollten, an eine Erlösung war für sie nicht zu denken. Zwar hielt sich dieser rüde Kult etliche Jahrhunderte. Doch die unerquickliche Situation für die allermeisten seiner Anhänger ließ diese Religion irgendwann sang- und klanglos untergehen. Das macht Hoffnung, dass auch der deutsche Schuldkult, trotz Ritualen und mächtiger Seilschaften, nicht auf ewig attraktiv bleiben dürfte.

Lars Keiser

Das Ostpreußenblatt

Nr. 44 – 2. November 2018



Ein Treffen, das Zeichen setzt

9. Deutsch-Russisches Forum »Zukunft braucht Vergangenheit«: In Insterburg präsentierten Teilnehmer vorzeigbare Ergebnisse

Am 20. Oktober lud die Landsmannschaft Ostpreußen (LO) zum Deutsch-Russischen Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ ein. Das 9. Forum fand in Insterburg statt.

Herzliche Begrüßungen und Umarmungen tauschten die Teilnehmer zu Beginn des Deutsch-Russischen Forums (DRF) aus, als sie sich in Insterburg wiedertrafen. Viele sind schon seit der ersten Stunde dabei. Das DRF hat sich zu einer Tradition entwickelt, die ihre Berechtigung hat. Das zeigt sowohl die Zahl der Interessierten als auch der Referenten und deren Arbeitsergebnisse. 65 Teilnehmer, darunter deutsche Kreisvertreter und ihre russischen Partner, Museumsdirektoren, Bibliothekare, Heimatforscher und Deutschlehrer, waren zusammengekommen, um sich über ihren Beitrag zum Erhalt des deutschen Kulturerbes im nördlichen Ostpreußen auszutauschen.

LO-Sprecher Stephan Grigat eröffnete die Tagung mit der Versicherung, dass es sich bei der Veranstaltung um eine kulturelle handele und sich niemand – wie zuweilen durch Re-Germanisierungsphobien Einzelner propagiert wird – in die Politik im Königsberger Gebiet einmischen wolle.

Brigitte Stramm, die Organisatorin der Treffen, konnte auf ein kleines Jubiläum zurückblicken: Vor zehn Jahren fand das erste DRF „Zukunft braucht Vergangenheit“ in Königsberg statt. Seitdem zeichnet es sich durch Kontinuität und herzliche Kontakte aus. Die bisherigen Erfolge, die zeigen, dass sich etwas bewegt, überzeugten Stramm, dass „wir aktiv gemeinsam ins nächste Jahrzehnt“ gehen werden.

Die Administration der Stadt Insterburg [Tschernjachowsk] unterstützte das DRF. Ihr offizieller Vertreter Igor Jerofejew hielt eine Grußrede.

Den Vortragsreigen eröffnete der Insterburger Kreisvertreter Rainer Buslaps mit einem Überblick zur Geschichte der Stadt, gefolgt von Eberhard Jung, der über die Spurensuche nach seiner Tante, der Dichterin Frieda Jung, Anfang der 90er Jahre berichtete. Jelena Flegel vom Verein Dom Samok, der sich um den Erhalt der Ordensburg kümmert, freute sich, dass sie Direktorin des neuen Touristenzentrums geworden ist.









Hochinteressante Vorträge und Kurzberichte: Wladimir Gilmanow (l.), Professor an der Albertina, hielt einen philosophischen Vortrag. Wolfgang Freyberg leitete die Veranstaltung (u.l.), Brigitte Stramm blickte auf ein kleines Jubiläum zurück (u.M.) und Rainer Buslaps referierte über die Geschichte der Stadt (u.r.)

Bilder: MRK



Auszeichnung für die Tilsiter Museumsdirektorin Angelika Spiljowa: Siegfried Dannath-Grabs überreicht die Ehrenurkunde der Stadtgemeinschaft Tilsit. Brigitte Stramm ist beim Anstecken der Nadel behilflich

Bild: MRK

Wolfgang Freyberg, der gewohnt souverän durch die Veranstaltung führte, betonte, wie wichtig Entschlossenheit und Hartnäckigkeit für die gemeinsame Arbeit seien. Damit leitete er zum nächsten Vortrag über: Für eine Überraschung sorgte der aus Gumbinnen angereiste Walerij Gusarow, Qualitätsdirektor eines großen Industrieunternehmens, mit seinem Vortrag über Johannes Richard zur Megede. Vor zehn Jahren stieß er zufällig auf einen Text des kaum bekannten deutschen Schriftstellers, der ihn so fesselte, dass er begann, Deutsch zu lernen. Gusarow wagte sich an die Übersetzung ins Russische. Das Ergebnis seines Enthusiasmus besteht nicht nur darin, dass zwei von zur Megedes Romanen nun auf Russisch vorliegen, sondern er schaffte es auch, dass in Bartenstein im polnischen Teil Ostpreußens, wo zur Megede verstarb, ein Gedenkstein aufgestellt wurde.

Der Reiseleiter Jewegenij Snegowskij erzählte von Arno Surminskis kürzlicher Lesereise, die er begleiten durfte und die große Resonanz bei den Russen fand. Sie führte über Königsberg ins Stadtmuseum Tilsit, deren Direktorin Angelika Spiljowa mit dem Ehrenzeichen der Stadtgemeinschaft Tilsit für ihre Ausstellungen zu deutschen Persönlichkeiten und ihrem entschlossenen Beharren gegen-über Anfeindungen (die *PAZ* berichtete) ausgezeichnet wurde.

Snegwoskij schlug auch nachdenkliche Töne an. Ihn treibt Kants Idee vom „Weg zum ewigen Frieden“ an. Gespräche, Treffen und die Meinung des anderen zu achten sind für ihn wichtige Mittel um zu verhindern, dass sich das tragische Schicksal Ostpreußens wiederholt.

Swetlana Sokolowa, ehemalige Direktorin des Museums Friedländer Tor und seit acht Jahren Leiterin des Königsberger Tiergartens, hat im Zoo ein Museum eingerichtet. Sie schilderte den Fortgang der Modernisierungsarbeiten, berichtete, welche deutschen Gebäude erhalten und welche originalgetreu nachgebaut wurden.

Ein Beispiel gelungener Zusammenarbeit stellte Eva Schalaginowa aus Pillau vor. Eine Kindergruppe hatte unter ihrer Anleitung einen Film gedreht, in dessen Handlung ein ehemaliger Bewohner den Kindern zur Hilfe kommt. Mit diesem Film nahm die Gruppe an einem St. Petersburger Festival teil.

Im Anschluss schilderte der Militärhistoriker Denis Dunajewskij die Geschichte des Militärs in Königsberg in den letzten Jahrhunderten und stellte sein umfangreiches zweisprachiges Buch zum Thema vor.

Als Enthusiast darf Alexej Sokolow gelten, der das Wystynetskij Ökomuseum in der Rominter Heide gegründet hat. Sein Fernziel ist es, einen Nationalpark dort einzurichten. Bislang leitet er vielseitige Projekte für Kinder und Erwachsene, denen er die Geschichte nahebringt und für die er Expeditionen mit Lagerfeuer organisiert.

Höhepunkt der Veranstaltung war der Vortrag des Germanisten Wladimir Gilmanow mit dem Titel „Deutsche und Russen in der Geschichte und das Problem der Zukunft“, dessen Inhalt sich nur schwerlich wiedergeben lässt. Ausgehend von Kants philosophischem Werk ging er auf die wechselvolle Geschichte zwischen Deutschen und Russen ein, deren Wege sich immer wieder kreuzten. Ein Kernsatz seines Vortrags lautet: „Ich hoffe, dass Deutschland und Russland ... vermögend wären, die Chance wahrzunehmen, die die beiden seit Jahrzehnten vertan haben und zwar – die Chance der Verwirklichung der Kantischen Friedensvision ...“

Mit ihrer Teilnahme am DRF setzten die deutschen und russischen Partner ein Zeichen, dass sie am friedlichen Umgang miteinander – allen politischen Störfeuern zum Trotz – auch zukünftig festhalten wollen. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Der Berliner Architekt Dimitri Suchin erhielt das Silberne Ehrenzeichen der LO

Die Überraschung über die unerwartete Ehrung stand Dimitri Suchin ins Gesicht geschrieben. Der aus St. Petersburg stammende und heute in Berlin lebende Architekt, der sich seit Jahren um den Erhalt des deutschen Architekturerbes in Ostpreußen verdient gemacht hat, musste während seiner Arbeit bereits Enttäuschungen und Rückschläge erleben. Aufgrund seiner Unermüdlichkeit und seiner guten Kontakte kann er jedoch auch auf eine Reihe von Erfolgen zurückblicken: Der von ihm gegründete Verein Kamswyker Kreis hat vor Kurzem eine Wohnung in der am Stadtrand von Insterburg befindlichen „Bunten Reihe“ des bedeutenden deutschen Architekten und ehemaligen Berliner Stadtrats Hans Scharoun gekauft. Um den Erhalt der architektonisch und farblich ungewöhnlich gestalteten Gebäudereihe bemüht Suchin sich seit Jahren. Zum 125. Geburtstag Scharouns, am 20. September, ist unter Mitwirkung des Kamswyker Kreises eine Scharoun-Monografie erschienen, ein von Scharoun entworfener Schrank konnte gerettet und als Objekt einer Wanderausstellung gezeigt werden, mit dem Überrest eines weiteren von ihm geretteten Scharoun'schen Schranks überraschte Suchin die Forumsteilnehmer.

Ferner kam ein Vertrag mit ostpreußischen Handwerksschulen und dem Land Schleswig-Holstein zustande, und eine Ausstellung zur Ostbahn ist in Planung.

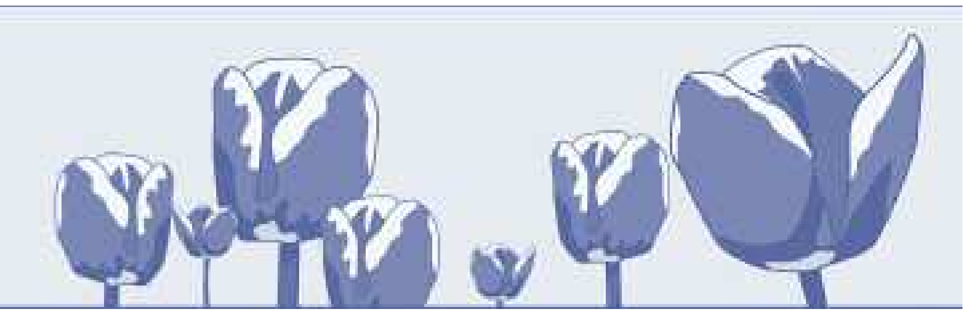
In der Laudatio, die LO-Sprecher Stephan Grigat hielt, heißt es: „Der in Berlin lebende Ingenieur und Architekt Dimitri B. Suchin hat es sich auf die Fahnen geschrieben, deutsche Kulturdenkmäler in Ostpreußen vor dem Verfall zu retten. In diesem Zusammenhang sind zum Beispiel seine vielfältigen Initiativen in Insterburg und Umgebung zu nennen. Suchins ‚Insterjahr', und die Bestrebungen zum Erhalt des Bismarckturms in Insterburg sind nur einige seiner zahlreichen Vorhaben in der Region. Es ist der Initiative von Dimitri Suchin zu verdanken, dass das Projekt zum Erhalt des ehemaligen, von Johann Wilhelm Schwedler in den 1870er Jahren erbauten, Rundlokschuppens in Insterburg vom Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz in das laufende Denkmalschutzjahr 2018 aufgenommen worden ist.



Sichtlich gerührt: Dimitri Suchin erhält das Silberne Ehrenzeichen der LO, überreicht durch Dieter Neukamm (l.), Kreisvertreter von Tilsit-Ragnit, und LO-Sprecher Stephan Grigat (r.) Bild: MRK

Dimitri Suchin und die von ihm ins Leben gerufene deutsch-russische Gesellschaft ‚Kamswyker Kreis' haben es erreicht, dass nicht nur in Königsberg, sondern auch im fernen Moskau eine Ausstellung über den bedeutenden, aber weitgehend in Vergessenheit geratenen Architekten Hans Scharoun gezeigt werden konnte. Suchin setzt sich mit Nachdruck und großem Engagement für den Erhalt der Siedlung der Scharoun'schen Häuser in der Insterstadt ein. Auf sein Betreiben hin wurden die Bauten dieser sogenannten ‚Bunten Reihe', 2014 von der Denkmalschutzvereinigung Europa Nostra in die Liste der sieben meistgefährdeten Denkmale aufgenommen.

Dimitri B. Suchin ist Mitglied der Kreisgemeinschaft Insterburg sowie im Vorstand der Berliner Scharoun-Gesellschaft. Die Landsmannschaft Ostpreußen verleiht Herrn Dimitri B. Suchin in Würdigung des langjährigen Einsatzes für Heimat und Vaterland ihr Ehrenzeichen.“ *LO/MRK*



Wir gratulieren ...

ZUM 109. GEBURTSTAG

Janneck, Herbert, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 5. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Anschütz, Hildegard, geb. **Schanko**, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 5. November
Kloss, Hedwig, geb. **Rautenberg**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 7. November
Sterzik, Ida, geb. **Klesz**, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 8. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Czeranski, Helene, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 3. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Janz, Gertraud, aus Fischhausen, am 2. November
Katzmarzik, Martha, geb. **Taddey**, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 7. November
Richter, Christiane, aus Königstein, am 7. November
Tiska, Rüdiger, aus Zollernhöhe, Kreis Sensburg, am 5. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Erneke, Liesbeth, geb. **Holz**, aus Uggehnen, Kreis Fischhausen, am 4. November
Ostermann, Erika, geb. **Matzdorf**, aus Gindwillen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 2. November
Paustian, Emmy, geb. **Seidlitz**, aus Borken, Kreis Treuburg, am 7. November
Renisch, Irma, geb. **Gramstat**, aus Ebenrode, am 6. November
Rexin, Christa, aus Neidenburg, am 8. November
Uhe, Frieda, geb. **Reitz**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 5. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Dietzek, Emil, aus Schwarzofen, Kreis Neidenburg, am 2. November
Engmann, Günter, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 6. November
Schacht, Elli, geb. **Faeckenstedt**, aus Willkischken, Kreis Pogegen/Memelland, am 7. November
Spauschus, Dr. Bruno, aus Kuglack, Kreis Wehlau, am 5. November
Stuckenbrock, Vera, aus Spieswinkel, Kreis Fischhausen, am 1. November
Weimer, Frieda, geb. **Hoffmeister**, aus Kallen, Kreis Fischhausen, am 7. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Alshuth, Hans-Jürgen, aus Neuhäuser, Kreis Fischhausen, am 6. November
Haurenherm, Edeltraut, geb. **Schittkowski**, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, am 4. November
Knieschewski, Gerhard, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 8. November
Werner, Ilse, geb. **Henschel**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 2. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Ludwig, Renate, geb. **Pogorzelski**, aus Treuburg, am 4. November
Neumann, Waltraud, geb. **Bendz**, aus Neidenburg, am 4. November
Ollech, Paul, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 8. November
Petersen, Edith, geb. **Zakrzewski**, aus Bartengut, Kreis Neidenburg, am 6. November
Röder, Erika, aus Markau, Kreis Treuburg, am 7. November
Sabrowski, Lotti geb. **Kreutzer**, aus Eisenberg, Kreis Heiligenbeil, am 5. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Gerhardt, Ewald, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 8. November
Gleißner, Waltraud, geb. **Friese**, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, am 8. November
Köhler, Hanna, geb. **Tetzlaff**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 4. November
Möbius, Gerhard, aus Wehlau, am 7. November
Przygodda, Gerhard, aus Rehbruch, Kreis Ortelsburg, am 8. November
Rothkamm, Hans, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 24. Oktober
Tiska, Lucie, geb. **Reh**, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 12. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Berger, Ingrid, geb. **Kannenberg**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 7. November
Ciesla, Heinz, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 4. November
Gerland, Brigitta, geb. **Nitsch**, aus Dorf Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 7. November
Jahn, Annemarie, geb. **Krause**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 2. November
Kuczewski, Anita, geb. **Sdrenka**, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 5. November
Meyer, Edith Gisela, geb. **Hofer**, aus Königsberg - Pronath, Godriener Straße, am 6. November
Schmidtke, Gerda, geb. **Hegerfeld**, aus Wehlau, am 8. November
Urbschat, Arno, aus Kutzen, Kreis Treuburg, am 4. November
Wojciech, Waltraud, geb. **Schneider**, aus Wolfsee, Siedlung II, Kreis Lötzen, am 7. November
Wowerat, Paul, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 2. November
Ziemen, Brigitte, geb. **Zander**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 4. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bondzio, Fritz, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 5. November
Braun, Karin, geb. **Sowoidnich**, aus Neukuhren/Samland, am 7. November
Hannemann, Ilse, geb. **Czichowski**, aus Großeppingen, Kreis Neidenburg, am 8. November
Krüger, Klaus, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 3. November
Krummland, Eleonore, geb. **Wirigkeit**, aus Ebenrode, am 2. November
Krutsch, Helga, geb. **Reiniger**, aus Pollwitten, Kreis Fischhausen, am 6. November
Lassek, Jürgen, aus Fichtenfließ, Kreis Neidenburg, am 4. November
Lotto, Ingrid, geb. **Reihs**, aus Wickenau, Kreis Neidenburg, am 4. November
Niedzchewski, Dieter, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 3. November
Schröder, Dr. Karl-Hermann, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 4. November
Sodeikat, Gerwin, aus Haselgrund, Kreis Ebenrode, am 5. November
Stichler, Hans-Jörg, aus Kurkau, Kreis Neidenburg, am 4. November
Wagner, Lothar, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 5. November

ZUM 75. GEBURTSTAG

Gomani, Brigitte, geb. **Lemke**, aus Braynicken, Kreis Neidenburg, am 4. November
Hoffmann, Gerd, aus Friedrichsthal, Kreis Wehlau, am 5. November
Michel, Barbara, geb. **Eichner**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 5. November
Nowosadtko, Manfred, Kurt, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 4. November
Seesko, Karin, aus Borken, Kreis Treuburg, am 2. November

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen!

2018 – TERMINE DER LO

2. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
3. bis 4. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal
12. bis 15. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Information: Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – Donnerstag, 15. November , 18.30 Uhr: „Ostpreußen im Ersten Weltkrieg in der Literatur“ – Themenabend mit Arno Surminski, Klaus Weigelt und Professor Miroslaw Ossowski, Danzig. Karten zum Preis von 7 Euro unter Telefon (04131) 759950 oder E-Mail: info@ol-lg.de

Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de, Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag 12 bis 17 Uhr.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

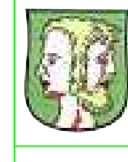
INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppe

Hamburg – Mittwoch, 7. November, 12 Uhr, Empore, Hotel Zeppelin, Frohmestraße 123–125, 22459 Hamburg: Gedichte und Geschichten. Informationen: Manfred Samel, Telefon (040) 587585, E-Mail: Manfred-Samel@Hamburg.de

LYCK



Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665.

10. Bremer Treffen

Bremen – Donnerstag, 8. November, 13 bis 18 Uhr, Best Western Hotel Zur Post, Bahnhofsplatz 11, 28195 Bremen: 10. Lycker Treffen.

Hauptkreistreffen

Das diesjährige 64. Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft (KG) Lyck fand erstmalig, aufgrund der zurückgehenden Teilnehmerzahlen, in den Räumen des Hotels Mercure in Hagen statt.

Wie in all den vergangenen Jahren nutzte der Vorstand diese Zusammenkunft auch zur Durchführung der obligatorischen Kreisausschuss-Sitzung, welche in diesem Jahr sehr arbeitsintensiv war.

Bedingt durch die stattgefundene Neuwahl des Kreistages (KT) wurden am Sonnabend zwei öffentliche KT-Sitzungen im Rathaus der Stadt Hagen einberufen.

An den beiden Sitzungen nahmen die angereisten beschlussfähigen KT-Mitglieder und zahlreiche Gäste teil. Nach der Begrüßung zur 1. Sitzung durch die Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee folgte die Feststellung der Beschlussfähigkeit und Ernennung der Protokollführung.

Mit einer kleinen Gedenkminute wurde an die verstorbenen Landsleute der KG gedacht.

Für ihre langjährige Mitgliedschaft, Mitarbeit und Verdienste in der KG wurden Siegmar Czerwinski und Reinhard Donder mit dem Ehrenschild der Kreisgemeinschaft Lyck ausgezeichnet. Das Verdienstabzeichen mit einer Urkunde der Landsmannschaft Ostpreußen erhielten Werner Dombrowski und Herbert Schneider.

Dem Kassenbericht 2017 und dem Kassenprüfungsbericht stimmten die anwesenden KT-Mitglieder einstimmig zu und erteilten dem Vorstand Entlastung.

Zum Ende der 1. Sitzung verabschiedete die Kreisvertreterin die ausscheidenden KT-Mitglieder und verwies auf die anschließende 2. Sitzung mit den Neugewählten. In ihr wurde, nach der Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit, das Ergebnis der diesjährigen KT-Wahl verlesen.

Es folgte die Wahl des Vorstandes. Für weitere fünf Jahre wurden die Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee und ihr Stellvertreter Dieter-J. Czudnochowski in ihrem Amt bestätigt. In den Kreisausschuss sind Siegmar Czerwinski, Heidi Mader, Michael Mader und Andreas Schenkewitz sowie Anorthe Nilson als Kassenprüferin und Uwe Gentek als stellvertretender Kassenprüfer gewählt worden.

Der Haushaltsplan 2018 wurde vorgestellt und vom Gremium genehmigt. Weiterhin ist auf das Treffen der Mittleren Generation

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 15

Bild: privat

Hagen: Ehrengäste mit Oberbürgermeister Erik O. Schulz (4. v. l.)

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 14

im Oktober in Lüneburg, auf das Lycker-Treffen im November in Bremen und die außerordentliche Kreistags-Sitzung im Februar 2019 in Hagen verwiesen worden.

Mit dem Hinweis auf das Ostpreußentreffen am 11. Mai 2019 in Wolfsburg und das Hauptkreistreffen am 24./25. August 2019 in Hagen bedankte sich die Kreisvertreterin bei allen Anwesenden und beendete die Sitzung.

Die kleine Gedenkveranstaltung an den „Lycker Steinen“ im Stadtgarten zu Ehren aller Vertriebenen, die viel Leid und Elend ertragen mussten, folgte im Anschluss. Durch ein Trompetensolo begleitet bekam die Zeremonie der Kranzniederlegung eine besondere Bedeutung. Das geistliche Wort, verfasst von Pater Eduard Prawdzik, wurde in seinem Auftrag von Dieter-J. Czudnochowski vorgelesen.

Der ereignisreiche Tag klang am Abend mit zahlreichen Gesprächen in vertrauter Runde im Hotel

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Vertraute Fremde

Reise auf den Spuren von Vergangenheit und Gegenwart

Als die Teilnehmer der 40-köpfigen Reisegruppe am 20. August um 3 Uhr morgens in Versmold/Nordrhein-Westfalen aus dem Bus purzeln, lagen rund 3200 Kilometer hinter ihnen. Die neuntägige Reise unter der Leitung des ehemaligen Dissener Bürgermeisters Louis-Ferdinand Schwarz führte ins frühere Ostpreußen, dem heute westlichsten Teil des russischen Staates und über die Kurische Nehrung bis Nidden in Litauen. Louis-Ferdinand Schwarz organisiert seit 1991 Reisen in die Heimat seiner Kindheit und verfügt über einen unschätzbaren Fundus an Wissen, der weit über die historische Vergangenheit hinausragt. Der hochtourige Reiseleiter ist wahrlich kein Mann der leisen Töne und mit seinen 81 Jahren auch ein Mann mit Steher-Qualitäten und derbem ostpreußischen Humor für den kein Haltegebot zählt. Immer wieder sorgt er für Hochstimmung, Kulissenwechsel und interessanten menschlichen Begegnungen für seine Stammbelegschaft, die sich fernab übertriebener nostalgischer Gefühle und Wehmutserinnerungen auf die Reise gen Osten eingelassen hat. „Man muss waghalsig sein, wenn man eine Ostpreußen-Reise macht. Und das auch noch mit mir“, sagt Schwarz im ungefilterten Redefluss zur Begrüßung und sollte damit Recht behalten. Und wenn er mit Stimmgewalt und Pathos die Ostpreußenhymne oder das volkstümliche Lied des Dichters Simon Dach, „Ännchen von Tharau“, anstimmt, folgen ihm sogar bekennende Sangesmuffel. So wurde es am Ende eine Reise, die kein Dahinplätschern und Einerlei von der Stange war und bei der alles wie am Schnürchen lief. Selbst überzeugten Individualreisenden zeigte der Organisator, wie eine gut durchgeplante Informationsreise funktioniert. Wir folgten nicht nur der Spur der Steine einer längst vergangenen Welt, sondern entdeckten ebenso, wie diese hier und da aus den Ruinen aufersteht.

Zum „Basislager“, von dem aus die Tagestouren unternommen wurden, wurde ein Hotel in Rauschen, der ehemaligen Sommerresidenz der Königsberger, auserkoren. Nach einer Übernachtung in der alten Hansestadt Thorn, der Vaterstadt Nicolaus Copernicus, führte die Fahrt zur Marienburg und über Elbing weiter zur Grenze. Kurz hinter der Grenze erwartet uns Eugen, ein gebürtiger Moskauer, der seit vielen Jahren eine neue Heimat in Ostpreußen gefunden hat und in Palmnikken gestrandet ist. Er wird uns zum täglichen Begleiter. Der Mittfünfziger ist ein eloquenter, humorvoller, wortgewaltiger und gebildeter Mann, der zudem akzentfrei Deutsch spricht. Die Provinz Ostpreußen soll zu einem „Schauprojekt des Kremls“ werden. Eine Region, die expandiert und an der schon jetzt eine gewisse Gigantomanie mit gewaltigen Investitionen abzulesen ist, doziert er. So spricht er vom „Hongkong an der Ostsee“ und einer „Sonderhandelszone mit prosperierender Wirtschaft“ und meint Königsberg. Augenzwinkernd charakterisiert er den Westen, der zwar verfault, aber dabei sehr gut riecht und bezeichnet sich zugleich als lupenreinen Demokraten. Ob er es ernsthaft meint oder nur provozieren will? Immerhin räumt er mit so manchen Vorstellungen nach dem Motto „Was ist Legende, was Wahrheit“ auf. Nunja, statt blühender Landwirtschaft mit bestellten Feldern (Ostpreußen galt einst als die Kornkammer Deutschlands) wachsen genormte Industriegebiete und „Häuschens“ (gewaltige Hochhäuser) auf Brachland in die Höhe. Viele davon reine Spekulationsobjekte. Schönheit ist eben relativ und Verirren leicht gemacht. Geblieben und beeindruckend zugleich sind jedoch die in Gedichten, Liedern und Erzählungen viel beschriebene Weite und Naturschönheit des Landes, die immer noch einen besonderen Reiz auf den Betrachter ausüben.

Aber zurück zum Programm. Eine Schiffsreise führte die Gruppe von Königsberg nach Pillau; die große Ostpreußenfahrt stellte Orte wie Insterburg, Georgenburg, Gumbinnen, Tapiau, die Geburtsstätte des Malers Lovis Corinth, Trakehnen, das einstige „Heiligtum der Pferde“ und Palmniken, den Ort der Bernsteinverarbeitung vor; die Stadtrundfahrt durch Königsberg zeigte die immer noch sichtbaren Wunden, aber auch den Neuaufbau der ehemaligen Hauptstadt Ostpreußens; Gedenkminuten und Kranzniederlegungen an würdigen Ruhestätten gefallener deutscher und russischer Soldaten mahnten an grausame Vergangenheit. Zu den unvergesslichen Höhepunkten der Reise zählten die Fahrt über die Kurische Nehrung entlang der etwa 100 Kilometer langen Straße, die auf der Hälfte die Grenze zwischen Russland und Litauen markiert. Ein Bad in der tosenden Ostsee am weitläufigen, menschenleeren Strand der Bernsteinküste; der Besuch der Vogelwarte in Rossitten; ein Picknick im Wald, bei dem Geschirr und Gericht eine Symbiose eingehen, ohne sich die Show zu stehlen und „Wodka ohne Bremse“ eingeschenkt wird sowie der Besuch des durch Thomas Mann berühmt gewordenen Nehrungsdorfes Nidden in der „Ostpreußischen Sahara“.

Unvergessen auch der Vortrag des Philosophie-Professors Gilmanow über den größten Sohn der Stadt, Immanuel Kant (1724–1804). Direkt vor dem Denkmal des großen Philosophen sprach der Wissenschaftler über die Kant'sche Philosophie und die von uns selbst verschuldete Unmündigkeit und rief zum Nachdenken über eine nachdenkenswerte Zukunft auf. Das Erkennen der historischen Wahrheit muss Grundlage der Aussöhnung und Verständigung zwischen Menschen sein, so sein Resümee.

Beeindruckend auch die Fahrt ins Samland, dem Land der Haine und Hügel. Im Pollwitten-Kinderdorf Salem Raduga, auf dem Gelände des ehemaligen Gutes unseres Reiseleiters, engagieren sich Mitarbeiter für sozial schwache Familien und nehmen Kinder und Jugendliche auf. Hier startete vor ein paar Jahren auch ein ökologisches Pilotprojekt zweier ambitionierter deutscher Winzer, die auf 89 Hektar pilzwiderstandsfähige Trauben anbauen. Weinstöcke der Sorten Solaris, Muskaris, Regent und Riesling stehen in Reih und Glied und lassen eine Ertragserwartung von 200 bis 300 Kilogramm zu. Und nicht zu vergessen, der kostenlose Sprachunterricht, den uns Eugen vermittelte: Das ging über Lorbas (Junge) und Marjellchen (Mädchen), über klabastrig (wackelig, brüchig) und dreibastig (vorlaut), zu Dittchen (Zehnpfennigstück) und Pomuchelskopp (Dummerjan, Tölpel) bis hin zu zahlreichen Anekdoten über Land und Leute. Und zum Abschiedsabendessen standen natürlich Königsberger Klopse nach Ostpreußischer Art auf dem Speiseplan. Und daran ging nuscht nichs (gar nichts) vorbei.

Hartmut Kobrow

Die nächste Ostpreußenreise findet vom 10. bis 18. August 2019 statt. Anmeldungen bis 30. Dezember an Louis-Ferdinand Schwarz, Südstraße 6a, 49201 Dissen, Telefon (05421) 1325 oder (0172) 3433192



In Pillau: (v. l.) Glafira Grigoremko, Rudolf Junger, Louis-Ferdinand Schwarz, Alexander Kusnetzow und Dolmetscherin Luba

Bild: privat

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

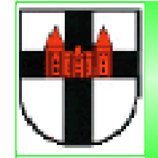
Mercure aus. Die Feierstunde am Sonntag moderierte wie in jedem Jahr Peter Mook vom Fachbereich des Oberbürgermeisters in Hagen.

Die Kreisvertreterin stellte in der Begrüßungsrede das neue Konzept dieser Veranstaltung vor und wies auf eine Programmänderung hin. Sie zog ein Resümee der vergangenen fünf Jahre als Kreisvertreterin und bedankte sich bei dem Kreisältesten Gerd Bandilla für seine unermüdliche Unterstützung.

Der Oberbürgermeister der Stadt Hagen, Erik O. Schulz, hat in seiner nachfolgenden Rede einen sehr schönen Sinnspruch von von Goethe erwähnt „Wie fruchtbar ist der kleinste Kreis, wenn man ihn wohl zu pflegen weiß“.

Anstelle der Festrede übernahmen Vorstandsmitglieder diesen Programmpunkt und berichteten über ihre Tätigkeiten der vergangenen fünf Jahre.

Nach Beendigung der Feierstunde saß man noch gemütlich beisammen. Alle Anwesenden fühlten sich in den nunmehr kleineren, aber gemütlichen Räumen sehr wohl. So freuen wir uns auf das nächste Wiedersehen beim Hauptkreistreffen am 24./25. August 2019 in unserer Patenstadt Hagen, wieder im Hotel Mercure.
B.W.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de. Stellvertreter: Frank Jork, Oberbörry 18, 31860 Emmerthal - Börry, Telefon (0171) 7086334.

Heimatreise

Hinflug am 24. Juni 2019 um 9.40 Uhr, Rückflug am 1. Juli um 12 Uhr. Feier zum 25-jährigen Bestehen des Vereines der Deutschen Minderheit in Neidenburg am 29. Juni 2019. Die Flugzeit beträgt rund zwei Stunden. Ein Vorteil gegenüber einer Busreise ist das Einsparen der Übernachtungen auf der Hin- und Rückfahrt. Die Unterkunft in Ostpreußen wird im Hotel Gawra in Wikno sein, das mitten im Wald liegt, direkt am Omulefsee, es ist rund zwölf Kilometer von Neidenburg entfernt. Das Einzelzimmer mit Frühstück kostet 34,71 Euro pro Person und Nacht, das Doppelzimmer mit Frühstück kostet 28 Euro pro Person und Nacht. Es wird ein warmes Abendessen gegen Aufpreis angeboten. Im Internet ist das Hotel unter www.osrodekgawra.pl zu besichtigen.

Der Bustransfer in Polen muss noch organisiert werden. Unser Gedanke ist, drei Kleinbusse zu mieten, die dann für weitere, verschiedene Unternehmungen zur Verfügung stehen. Für besondere Fälle stehen auch ein paar PKW zur Verfügung. Für Unternehmungen in Ostpreußen werden Angebote ausgearbeitet, bei denen dann besondere Wünsche Berücksichtigung finden können.

In Summe wird die Reise rund 750 Euro pro Person kosten. Da wir die Flüge und das Hotel buchen müssen, können weitere Interessenten nur kurzfristig berücksichtigt werden. *U. Pokraka*



PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, Internet:www.preussisch-eylau.de.

Heimatkreistreffen

Unser Heimatkreistreffen in Verden – das 70. Treffen in der Geschichte der KG. In diesem Jahr fand unser Preußisch Eylauer Kreistreffen in der Verdener Niedersachsenhalle statt.

Bereits am Freitagnachmittag hatte sich der Vorstand unserer Kreisgemeinschaft (KG) in Verden getroffen. Hier wurden die Arbeits- und Geschäftsberichte durch die Vorstandsmitglieder vorgetragen. Vor allem galt es, sich Gedanken zu machen über die Zukunft unserer KG und die Arbeit der Funktionsträger in der KG. Aus diesem Grund ist ein neuer Satzungs-Entwurf vorbereitet worden, über den hier diskutiert und entschieden werden sollte. Der vorgelegte Satzungs-Entwurf sieht vor, dass die Delegiertenversammlung mit Ablauf der jetzigen Amtsperiode aufhört zu existieren und dafür die Mitgliederversammlung als oberstes Beschlussorgan eingerichtet wird. Gründe für diese gravierende Änderung sind die rapide Abnahme der Delegiertenzahlen infolge Alters, Krankheit und mangelndes Interesse an dieser Arbeit.

Am folgenden Tag fand die Tagung der Delegierten statt. Nach den üblichen Regularien (Begrüßung, Totenehrung...) trugen die Kreisvertreterin und weitere Vorstandsmitglieder ihre Jahresberichte mit anschließender Aussprache vor. Wichtige Themen waren das Ergebnis der Tagungen mit der Landsmannschaft Ostpreußen, die Jugendfreizeit 2018, das Stadtfest in Landsberg und die Auszahlung der Bruderhilfe in Ostpreußen, ferner die Archivarbeit und das Kreisblatt. Es folgten der Jahresbericht 2017 der Schatzmeisterin und ein Situationsbericht über die jetzige Finanzlage. Wir konnten erfahren, dass sich die Kassenlage weiterhin konsolidiert hat. Die Finanzmittel reichen nun aus, um weitere Projekte in Angriff zu nehmen, wie die umfangreichen Archivarbeiten einschließlich der damit verbundenen Anschaffungen und personellen Voraussetzungen für die Durchführung der Archivierungsarbeiten. Eine Fülle von gesammelten und inzwischen auch per Einsendung erhaltenen Archivalien wartet auf eine Digitalisierung und Aufnahme in unser Findbuch, die sachgemäße Lagerung im Archiv und Präsentation in unserem kleinen Museum.

Der wichtigste Tagesordnungspunkt war die Vorstellung des Satzungs-Entwurfs mit dem am Vortag durch den Vorstand beschlossenen Änderungen und die anschließende Diskussion. Dieser Entwurf wurde in der Delegiertenversammlung einstimmig angenommen. Der Empfang der Stadt und des Landkreises Verden durch Landrat Peter Bohlmann fand im großen Kreistagssaal des Kreishauses Verden statt. Von den Delegationen aus der Republik Polen und aus Russland gab es interessante und auch herzliche Begrüßungsreden. Ganz besonders wurde dabei die vor 70 Jahren am 3. Oktober erfolgte Gründung der KG Preußisch-Eylau gewürdigt. In seiner Begrüßungsrede hob Landrat Bohlmann die damalige Hauptaufgabe der KG hervor, die überlebenden und weit verstreuten Landsleute zu erfassen und ihnen bei der Familienzusammenführung zu helfen. Nach Flucht und Vertreibung sei dies eine schwierige und nicht genug zu würdigende Aufgabe gewesen. Die Kreisvorsitzende betonte, dass die ehemaligen Bewohner unseres Heimatkreises und die jetzt dort wohnenden Menschen sowie die Vertreter der Kommunalpolitik aus Verden und beiden Teilen des ehemaligen Landkreises Preußisch-Eylau sich treffen, um Partnerschaft zu pflegen und zu feiern. Für all dies lohne es sich, weiter dafür einzutreten, dass das Verstehen und die Achtung voreinander sich festigen. Auch die polnischen und russischen Delegationen würdigten die Arbeit der KG und die seit 1955 mit dem Landkreis und mit der Stadt Verden seit 1966 bestehende Patenschaft, die Anfang der 1990er Jahre zu einer polnisch-russisch-deutschen Partnerschaft auf kommunaler Ebene entwickelt wurde. Zum Ende des Empfangs wurden die wohl überlegten Präsente ausgetauscht.

In seinem Vortrag präsentierte Christopher Spatz unter die Haut gehende Schicksale der Wolfskinder, die er für sein Buch „Nur der Himmel blieb derselbe, Ostpreußens Hungerkinder“ interviewt hat.

Am Sonntag begann die Feierstunde in der Niedersachsenhalle. Im Geistlichen Wort wählte Pastor Holger Hermann ein sehr kreatives Beispiel: Aus mehreren einzelnen Bändern mussten die Partner durch gemeinsame Bewegungen ein starkes Band herstellen.
Christine Bilke-Kraue



Verden: Partner der KG Pr. Eylau aus Ostpreußen Bild: privat



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

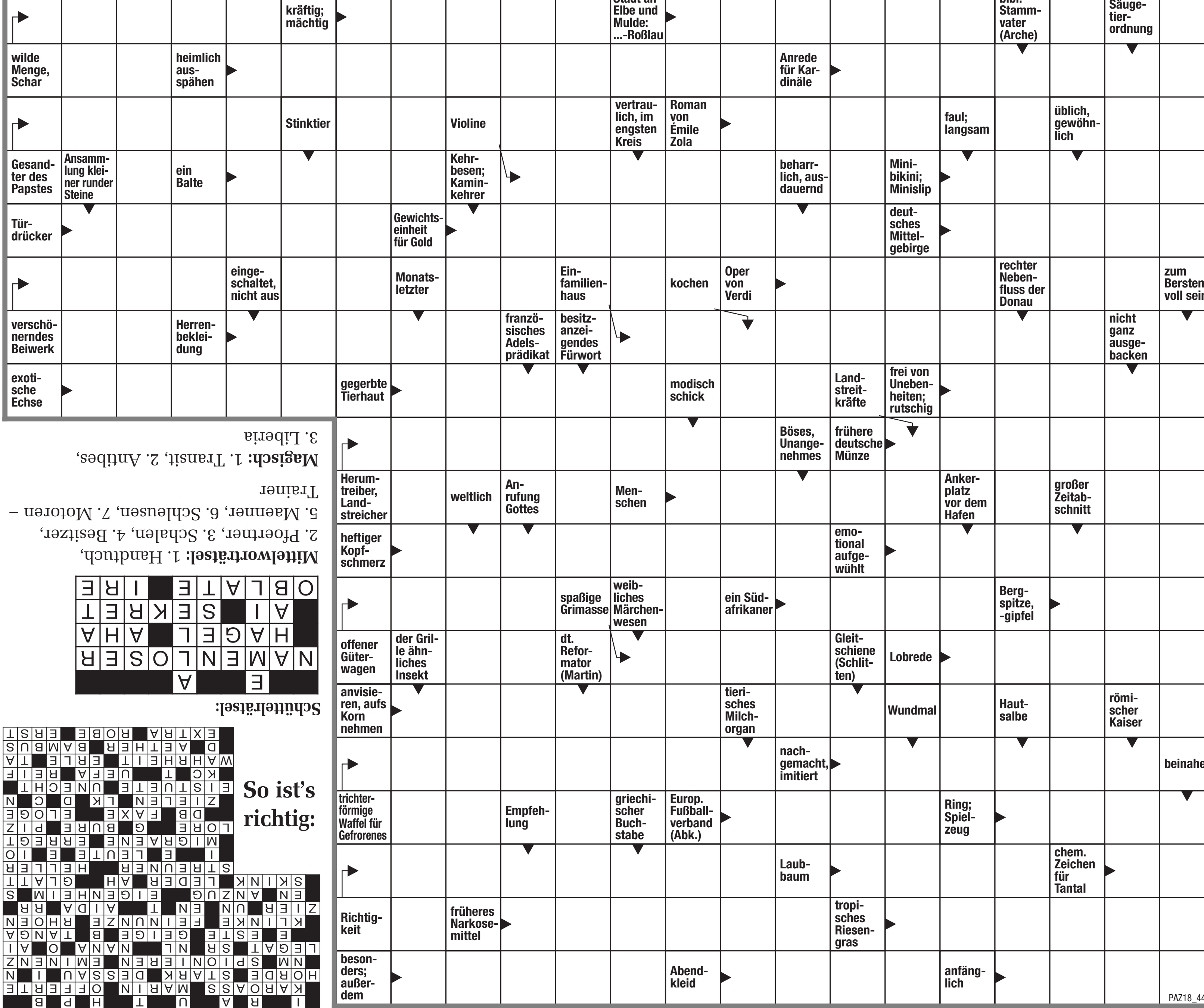
Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Hilfstransport – Teil 3

Hier nun der letzte Teil des Schloßberger Hilfstransportberichtes von Norbert Schattauer.

Ein besonderes Ereignis konnten wir noch zum Ende unserer Reise erleben. Es war das internationale Folklorefestival in Lasdehnen. In unseren Reihen reiste auch eine Abordnung der Volkstanz- und Trachtengruppe aus Hemmoor mit. Sie waren einer Einladung der russischen Rayonverwaltung gefolgt und durften an dieser tollen Veranstaltung teilnehmen. Am Samstagabend gab es einige gemeinsame Tänze zum Eingewöhnen und zum Kennenlernen. Am Sonntag fand das eigentliche Festival statt. Vor dem früheren Bahnhof war eine riesige Bühne aufgebaut. Unsere Hemmoorer Gruppe erhielt nach ihren hervorragenden Auftritten besonders viel Beifall. Abends gab es noch ein gemeinsames Essen mit anderen Gruppen. Dabei wurde auch noch getanzt und gesungen. Bei unserer letzten Rückfahrt von Tanzgelände in die Unterkunft wurde uns in unseren Fahrzeugen auffallend viel zugewunken von der russischen Bevölkerung. Unsere Tage im Ostpreußen sollten nun enden. Der Rückweg führte uns noch über Trakehnen, wo es wieder einige bauliche Verschönerungen gibt. Eine Zwischenübernachtung gab es in Rehmel und weiter ging es zurück durch das nördliche Pommern, Stettin, der A 20, Lübeck, Hamburg bis ins Hadelner Land.

Wir hatten eine interessante Zeit und konnten viele neue Freunde kennenlernen. Selbst ein deutscher Konsul aus Königsberg kreuzte beim Musikfestival unseren Weg. Wir sagen ein großes „Dankeschön“ an all unsere Freunde in Lasdehnen und Umgebung für die freundliche Aufnahme. Für die Unterstützung auf deutscher Seite möchten wir uns besonders beim DRK Hemmoor und DRK Wanna bedanken, sowie beim TSV Wanna, Lions-Club Hadeln, Samtgemeinde Land Hadeln, Landkreis Cuxhaven, Kirchengemeinde Wanna, Kindergarten Wanna, Kindergarten Ihlienworth, Ditt&Datt Ihlienworth, die Hökerstube Osten, Irmgard Heise und den vielen privaten Spendern, die wir hier leider nicht alle aufzählen können. Trotzdem möchte ich doch noch unsere fleißigen Strickerinnen erwähnen. Sie stricken das ganze Jahr über Jacken, Mützen und Strümpfe und einige Koffer sind voll, wenn wir wieder mit dem nächsten Hilfstransport Richtung Schloßberg, Schillfelde und Lasdehnen starten. Es sind: Inge Plage, Waltraud Scholz, Wilma Lücke, Elli Richters und Erna Buck. Vielen Dank.



Schüttelrätsel

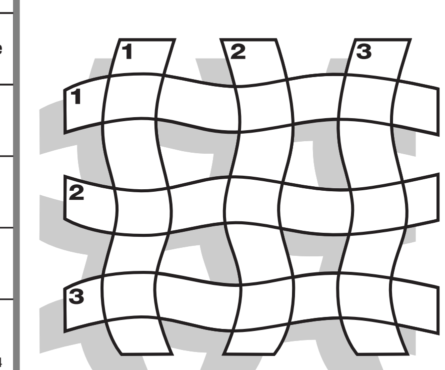
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AEELMNNORS	AABH		AEILM	ENST		AEELL	AIRS	EEHR	AERT
AEGHL						AAH			
ABELOT			EEKRST						
						EIR			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösungswort ein Wort für einen sportlichen Ausbilder, Betreuer

1	GAESTE		ROLLE
2	NACHT		LOGE
3	APFEL		WILD
4	AUTO		STOLZ
5	HAUS		TREU
6	KANAL		TOR
7	ELEKTRO		OEL

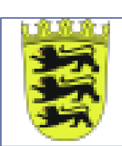


Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Durchfuhr von Waren
2 französischer Mittelmeerhafen
3 Staat in Westafrika

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen

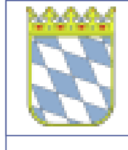


BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Sonntag, 4. November, 14 Uhr, Pfarrscheune, Hainstadt: Bratäpfel-Nachmittag. Zur Unterhaltung wird in Ton und Bild über das Leben in einigen bekannten Schlössern Ostpreußens berichtet.

Ludwigsburg – Dienstag, 20. November, 15 Uhr, Krauthof, Beihingerstraße 27: Stammtisch.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Bamberg – Mittwoch, 21. November, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße, Bamberg: Monatstreffen.

Hof – Sonnabend, 10. November, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube, Marienstraße 88, 95028 Hof: Monatsversammlung. Die Veranstaltung wird sich mit der durch ihre leuchtenden Farben bekannte Majolika-Keramik aus Cadinen beschäftigen. Gäste sind immer herzlich willkommen.

Bericht – Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen Hof traf sich zu ihrem monatlichen Beisammensein. Vorsitzender Christian Joachim begrüßte die Mitglieder und freute sich über die vollbesetzte und liebevoll geschmückte Kaffeetafel. Nach den Glückwünschen an die Geburtstagskinder des vergangenen Monats berichtete Kulturwart Bernd Hüttner über den Ostpreußen des Monats, den Arzt Dr. Ludwig Diehl.

Anschließend ermöglichte Christian Joachim den Mitgliedern zum Thema Erntedank einen Rückblick auf das Landleben in Ostpreußen vor 1945. Ostpreußen war ein ausgesprochenes Agrarland. Der Boden bildete die Grundlage der Wirtschaft. 86,2 Prozent waren landwirtschaftliche Nutzfläche, davon waren 16,1 Prozent schwere Ton- und Lehmböden, 52 Prozent mittlere Böden, 23 Prozent Sandböden und 5,1 Prozent Moorböden. Die Binnengewässer machten 3,8 Prozent aus. So war der Anbau sämtlicher Feldfrüchte möglich. Ostpreußen wurde als die „Kornkammer Deutschlands“ bezeichnet. Aber auch Saat-Kartoffeln waren hervorragend und in ganz Deutschland begehrt.

Neben den landwirtschaftlichen Erzeugnissen spielte auch die Viehzucht eine große Rolle. Kaltblüter, ehemalige „Ritterpferde“, wurden vor allem im Ermland zu Arbeitspferden weitergezüchtet. Warmblüter vom Gestüt Trakehnen holten bei der Olympiade 1936 bei Dressur- und Vielseitigkeitsprüfungen mehrere Goldmedaillen. Ursprünglich wurden diese Pferde als Kavalleriepferde für das Militär gezüchtet. Das schwarzbunte Niederrind überzeugte mit einer überdurchschnittlichen Milchleistung. So wurden 1938 in Ostpreußen 4128 Kilogramm Milch erzeugt, im Vergleich dazu waren es im Deutschen Reich 4021 Kilogramm.

In Ostpreußen gab es nicht nur Riesengüter. Im Durchschnitt waren die Bauernhöfe 17,7 Hektar groß; davon 69 Prozent unter 100, 31 Prozent über 100 Hektar groß. Bei einer Bevölkerungsdichte von nicht einmal 50 Menschen je Quadratkilometer in manchen Gegenden war die Land- und Forstwirtschaft Ostpreußens eine Überschusswirtschaft und auf den Absatz im Reich angewiesen.

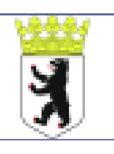
Das Gewerbe in Ostpreußen begnügte sich fast ausschließlich mit der Verarbeitung der Landeserzeugnisse in Mühlen, Brennereien, Stärkefabriken und Sägewerken. Das Leben auf den Gütern in Ost- und Westpreußen war etwas Besonderes. Auf 1000 Hektar kamen 70 bis 80 landwirtschaftliche Arbeitskräfte. Das Verhältnis zwischen Gutsbesitzer und Landarbeiter war auf gegenseitiges Vertrauen in Verantwortung aufgebaut. Es war eine „echte Arbeits- und Lebensgemeinschaft“. Wie gut diese Lebensgemeinschaft funktionierte, zeigt ein Erlebnis aus dem Zweiten Weltkrieg. Als die Russen 1944 in Ostpreußen eindrangen, gelang es der Gutsherrin, einer Gräfin, nicht mehr zu fliehen. Um die Gräfin vor dem Zugriff der russischen Soldaten zu schützen, gewährten ihr die „Instleute“ unter eigener Lebensgefahr eine monatelange Zuflucht in ihrer Familie.

Für den reibungslosen Arbeitsablauf eines Gutsbetriebes bedurfte es einer bestimmten Ordnung: Jeder Landarbeiter hatte, entsprechend seiner Fähigkeiten und seiner Ausbildung, einen speziellen Tätigkeitsbereich. Instmann, Handwerker, Gespannführer, Kutscher, Schäfer, Schweinemeister, Melkermeister, Kämmerer, Inspektor fanden auf den Gütern Arbeit und Auskommen. Die Entlohnung erfolgte größtenteils in Naturalien (Deputat). Jeder Instmann hatte freie Wohnung, freien Stall, Futter und Weide für eine Kuh, (Handwerker und Kämmerer hatten teils zwei Kühe), 30 Zentner Getreide, Hausgarten, Kartoffel- und Rübenacker, sieben Raummeter Brennholz und mehrere Fuder Reisig. Dies reichte auch für Großfamilien mit oft bis zu zehn Kindern. Niemand brauchte zu hungern und zu frieren. Der Barlohn war relativ gering. Durch den Verkauf von Milch, Butter, Eiern, Geflügel, Schweinen ergaben sich jedoch zusätzliche Einnahmen. Die Rentner hatten eine mietfreie Wohnküche, Hühnerstall und Brennholz bis ans Lebensende. So lebten oft mehrere Generationen auf demselben Gutshof.

Die ost- und westpreußischen Bauern waren ihrer Scholle verbunden und störten sich nicht an der harten Arbeit. Jedes Jahr nach der Ernte war der Erfolg sichtbar, der dann mit dem gesamten Personal auf dem Anwesen gefeiert wurde. Dabei standen der Dank an alle, die dazu beigetragen hatten, aber auch die Dankbarkeit gegenüber dem Schöpfer und Herrn, der sie das ganze Jahr geführt und seine schützende Hand über sie gehalten hatte, im Mittelpunkt. Diese Dankbarkeit kommt leider in unserer so hektischen Zeit und des Überflusses von Lebensmitteln aus der ganzen Welt etwas zu kurz, merkte Christian Joachim an. Deshalb ist es gut, dass sich unser Blick der Vergangenheit zugewendet hat. So wird der wahre Wert dessen, was auf unseren Tischen landet, wieder besser wahrgenommen und geachtet.

Unsere ostpreußischen Bauern waren sehr mit ihrem Hof verbunden. Sie fühlten sich als „ein Lehnsmann Gottes und waren strebsam, verlässlich, verträglich. Mit dem bekannten Ausspruch ostpreußischer Bauern: „Was soll ich mir streiten?“ beendete Christian Joachim den vielfältigen und interessanten Vortrag. Nach dem Austausch von Ernte-Erinnerungen der Mitglieder verteilte Hannelore Morgner die Erntegaben.

Weiden – Sonntag, 4. November, 14.30 Uhr, Café Mitte: Treffen.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

KREISGRUPPEN

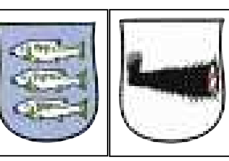


Bartenstein – Anfragen an Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Frauengruppe – Mittwoch, 14. November, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116-117, 10963 Berlin, Anfragen an Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.





Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Dienstag, 13. November, 13 Uhr, Restaurant Muna, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Treffen. Anfragen Johannisburg und Sensburg, Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen, Gabriel Reiß, Telefon (030) 7563563.

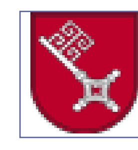




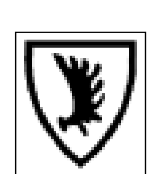
Königsberg, Samland, Labiau – Freitag, 16. November, 14 Uhr, Forckenbeckstraße 1, 14199 Berlin-Wilmersdorf, Anfragen an Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



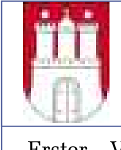
Rastenburg – Sonntag, 11. November, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin, Anfragen an Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



BREMEN



Frauengruppe – Dienstag, 13. November, 12.30 Uhr, Hotel Robben – Grollander Krug“, Emslandstraße 30, in Bremen-Grolland: Entenessen. Es gibt „Ente satt“ mit den üblichen Beilagen. Anmeldungen bitte ab sofort bei Frau Richter, Telefon (0421) 405515 oder jeden Donnerstag-Nachmittag in der Geschäftsstelle, Telefon (0421) 3469718.

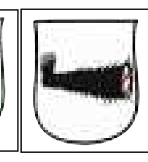


HAMBURG

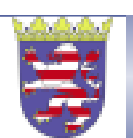
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

KREISGRUPPEN





Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und einem kulturellen Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Darmstadt/Dieburg – Zum Erntedanknachmittag konnte Vorsitzender Gerhard Schröder die Kreisvorsitzende der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen in Frankfurt, Gerlinde Groß mit Ehemann sowie das Ehepaar Pantel, Vorsitzende der Heimatgruppe der Insterburger und den Musikanten Walter Fischer begrüßen.

Auch dankte er Waltraud Barth sehr, die wieder für den Blumenschmuck sowie Obst und Gemüse aus dem eigenen Garten für den Erntedanktisch gesorgt hatte.

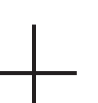
Gerhard Turowski referierte über Glaube, Hoffnung und Liebe aus dem 1. Korintherbrief, 13. Kapitel „aber die Liebe ist die Größte“. Sehr gefreut hat uns, dass eine Enkelin ihre Großeltern gefahren und auch den ganzen Nachmittag unserer Veranstaltung beigewohnt hat. Bei ihrem Vortrag zum Erntedank ging Groß auf die Bräuche beim Erntedankfest in Ostpreußen ein und schilderte

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Anzeigen

Gott spricht: Ich habe dich je und je geliebt,
darum habe ich dich zu mir gezogen aus lauter Güte.
Jeremia 31,3

Nach kurzem Leiden ist meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Oma und Uroma friedlich eingeschlafen.



Sieglinde Becker
geb. Kolossa

* 3. 4. 1939 Peitschendorf † 4. 10. 2018 Hamburg

In Liebe und Dankbarkeit
Dein Andreas
Lydia
Arnold und Sanije
mit Saranda, Anita und Artur
Yasmine mit Tidjane und Djelika

Hamburg-Fischbek



Die Landsmannschaft Ostpreußen
Landesgruppe Hamburg trauert um

Günter Stanke
* 16. Mai 1932 † 8. Oktober 2018

Vorsitzender der Heimatkreisgruppe Osterode in Hamburg seit 1975
1. Vorsitzender der Landesgruppe Hamburg von 1984 bis 2001
Träger des Goldenen Ehrenzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen

Durch sein öffentlich nachdrückliches Eintreten für die berechtigten Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen hat sich Günter Stanke um Ostpreußen und die Landsmannschaft Ostpreußen verdient gemacht. Vaterlandsliebe im umfassenden Sinne war für seine Person kennzeichnend.

Ein lieber letzter Gruß
Hartmut Klingbeutel 1. Vorsitzender — **Manfred Samel** 2. Vorsitzender

Siehe, ich bin bei Euch
alle Tage bis an der Welt Ende.
Matth. 28,20



Nach einem erfüllten Leben ist unsere liebe Mutter, Großmutter und Urgroßmutter

Ingrid Schwill-Engelhardt
geb. Drekmann

* 28. Juli 1926 † 12. Oktober 2018

für immer friedlich eingeschlafen.

In liebevoller Erinnerung
im Namen aller Angehörigen
Barbara Jacob, geb. Schwill-Engelhardt

Eutin

Der Trauergottesdienst mit anschließender Urnenbeisetzung findet am Freitag, den 9. November 2018, um 11.00 Uhr in der Friedenskirche, Seestraße 1 A, in Eutin-Neudorf statt.





In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Günter Stanke

* 16. Mai 1932 in Osterode/Ostpreußen † 8. Oktober 2018 in Hamburg

Der Verstorbene war von 1984–2001 Vorsitzender der Landesgruppe Hamburg.

In Würdigung seiner hervorragenden Verdienste um Ostpreußen verlieh die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Günter Stanke im Jahre 2002 das Goldene Ehrenzeichen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Hans-Jörg Froese, Stellv. Sprecher — Stephan Grigat, Sprecher — Friedrich-Wilhelm Böld, Schatzmeister

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

die geschichtliche Entwicklung der Landwirtschaft mit der Urbarmachung des Landes bis zur Kornkammer des Deutschen Reiches. Mit Liedern und Gedichten zum Erntedank und Herbst wie „Wir pflügen und wir streuen...“ mit der Akkordeonbegleitung wurde das weitere Programm gestaltet. Schröder trug das Gedicht „Herbstgedanken“ von Erich Dahn und Reinhard Kröhnert das Gedicht „Herbsttag“ vor. Von Groß hörten wir noch ihre Eindrücke von der Reise mit dem Deutsch-Europäischen-Bildungswerk Hessen in die Slowakei. Dabei hat sie sich sehr gewundert über das gut erhaltene Deutschtum der Deutschen Minderheit.

Herzlich dankte Schröder der Vortragenden mit einem kleinen Geschenk.

Das nächste Treffen findet am Sonnabend, 10. November um 14.30 Uhr wieder in Darmstadt-Neu-Kranichstein statt.

Nach der Kaffeetafel berichteten Gerhard Schröder und seine Tochter Gabriele Glock mit Lichtbildern über die Flugreise nach Königsberg und ins Samland im August 2018.

Wetzlar – Montag, 12. November, um 13 Uhr, Restaurant „Grillstuben“, Stoppelberger Hohl 128: Treffen. Der Marburger Historiker Dr. Peter Wörster hält einen Vortrag zum Thema „Mitten in Europa – und doch an der Peripherie. Baltische Geschichte im Überblick“. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 77055.

Bericht – Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Stephan Mayer (CSU) hat sich für die Abschaffung der sogenannten Beneš-Dekrete und der Amnestiegesetze in Tschechien ausgesprochen. Mayer, dessen Großeltern aus Tschechien stammen, ist auch Stellvertretender Vorsitzender des Bundes der Vertriebenen (BdV). Beim Tag der Heimat des BdV-. Kreis- und Ortsverbandes Wetzlar sagte Mayer vor rund 200 Besuchern, die Dekrete seien völkerrechtswidrig und auch menschenrechtswidrig.

In einem Europa des Rechts und des freiheitlichen Zusammenlebens hätten diese alten Gesetze nichts verloren. Die tschechische Regierung solle dieses Unrecht abschaffen.

Mit 143 Dekreten hatte das von Edvard Beneš geführte Regime der Tschechoslowakei die völlige Entrechtung, Enteignung und Vertreibung der Deutschen und Ungarn aus Böhmen, Mähren und der Slowakei angeordnet.

Der Referent erinnerte daran, dass nach dem Zweiten Weltkrieg 13 Millionen Menschen ihre Heimat verlassen mussten. Davon kamen acht Millionen nach Westdeutschland. Es sei eine große Leistung gewesen, diese Menschen zu integrieren. Das nach dem Krieg einsetzende Wirtschaftswunder sei ohne sie nicht möglich gewesen. Mayer lobte auch den fünf Jahre nach Kriegsende erklärten Verzicht auf die Heimat und die Verpflichtung, sich für den Aufbau eines vereinten Europas einzusetzen. Heute habe jeder vierte Deutsche einen Vertriebenenhintergrund.

Mayer sprach davon, dass es seit fünf Jahren ein Heimatministerium in Bayern gibt und seit diesem Jahr auch im Bund. In einer Zeit, in der die Menschen verunsichert sind und der gesellschaftliche Zusammenhang zu erodieren beginne, sei die Frage nach der Heimat wichtig. Es müsse den politischen Verantwortungsträgern wichtig sein, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen.

Die Bundesrepublik habe die Mittel für die Heimatvertriebenen verdoppelt. Auch die Landesmuseen würden unterstützt, denn die Erinnerungsarbeit sei wichtig. Mayer sagte, dass vor zwei Jahren die Entschädigung von deutschen Zwangsarbeitern geregelt wurde. Bis dahin gingen sie leer aus, die zu Tausenden in der Sowjetunion Zwangsarbeit leisten mussten.

Schließlich wies Mayer auch darauf hin, dass die Bundesregierung das Schicksal der Spätaussiedler in den Blick genommen habe. So sollten die Rentenbezüge für Spätaussiedler wieder aufgestockt werden, die unter Oskar Lafontaine (SPD) um 40 Prozent gesenkt wurden. Derzeit lebten noch eine Million Deutsche weiterhin in Polen, Russland und Kasachstan. Auch die Heimatvertriebenen, die in den Ländern geblieben sind, seien zu unterstützen.

Unter den Besuchern waren auch zahlreiche Ehrengäste. Auch der Vorsitzende des BdV-Kreisverbandes Manfred Hüber (Leun) griff das Motto des Tages auf „Unrechtsdekrete beseitigen – Europa zusammenführen“. Es genüge nicht, dass die Dekrete nicht mehr angewendet würden. Sie dürften auch rechtlich nicht mehr weiter bestehen, meinte der 80-Jährige, der in Karlsbad aufgewachsen ist. „Vertreibungen und Deportationen, deren Grundlage diese Dekrete bildeten, dürften über 70 Jahre nach deren Erlass in der Welt nicht mehr stattfinden. Das ist ein weiterer Grund, sie aufzuheben“, so Hüber.

Der Tag der Heimat wurde musikalisch mitgestaltet von der Singgemeinschaft „Union-Chor und Sängerchor Lahngruß“ unter der Leitung von Christa Löffler, die Ichelhäuser Musikanten (Leitung Peter Lehmann, Ehringshausen), der Gesangsgruppe „Stimme der Hoffnung“ der Landsmannschaft der Russlanddeutschen (Leitung: Erna Swetdonenko) sowie dem Chor der Landsmannschaft Egerland Oberndorf (Leitung Helga Semper), die mit Liedern aus der alten Heimat für Stimmung sorgten. *Lothar Rühl*

Wiesbaden – Dienstag, 13. November, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Frauengruppe.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Parchim – An jedem dritten Donnerstag, 14.30 Uhr, Café Würfel, Scharnhorststraße 2: Treffen der Kreisgruppe. Gemütlicher Nachmittag, um über Erinnerungen zu sprechen, zu singen und zu lachen. Weitere Informationen: Charlotte Meyer, Kleine Kemenadenstraße 4, 19370 Parchim, Telefon (03871) 213545.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Oldenburg – Mittwoch, 14. November: Vortrag über das nördliche Ostpreußen.Gisela Borchers berichtet in einem Bilder-Vortrag

von ihrer Reise im Sommer 2018 durch das Königsberger Gebiet.

Rinteln – Sonnabend, 10. November, 15 Uhr, Großer Saal, Stadtmission, Waldkaterallee 1a, 31737 Rinteln: Der Historiker und Buchautor Christopher Spatz spricht unter dem Thema „Nur der Himmel blieb derselbe - Ostpreußens Hungerkinder“„ über die Wolfskinder und den aktuellen Stand seines Projekts. Gleichzeitig wird zur ergänzenden Erläuterung eine Ausstellung auf 14 Schautafeln gezeigt. Neben Mitgliedern und Freunden sind ebenfalls Angehörige und interessierte Gäste aus Nah und Fern herzlich willkommen. Im November findet kein weiteres Treffen der Rintelner Gruppe statt. Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit der Gruppe gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat: Telefon (05751) 5386 oder über rebuschat@web.de.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Montag, 12. November, 14 Uhr, Haus der Diakonie, Kreuzstraße 19a, 33602 Bielefeld: Heimatnachmittag mit einem Film aus der Heimat.

Düren – Mittwoch, 7. November, 18 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Holzstraße 7a: Heimatabend. Ein neuer Vorstand wird gewählt, „Totengedenken – Heimatgedenken“, wir bitten um rege Teilnahme. – Sonntag, 18. November, 9.30 Uhr, Friedhof Düren-Ost: Totengedenken zum Volkstrauertag.

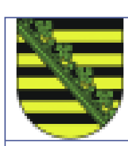
Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, GHH, Eichendorff-Saal: Chorproben mit Radostina Hristova. – Mittwoch, 7. November, 15 Uhr, GHH, Raum 311: Ostdeutscher Stickkreis mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Donnerstag, 8. November, 15 Uhr, GHH: Film „Jeder stirbt für sich allein“ mit einer Einführung von Professor Winfried Halder. – Freitag, 9. November, 19 Uhr, GHH: Europa und der Erste Weltkrieg. Eine multimediale Doku von Ingo Espenschied.

Köln – Mittwoch, 14. November, 14 Uhr, Café zum Königsforst (Endhaltestelle der KVB-Linie 9 Königsforst): Treffen der Ostpreußengruppe. Wir möchten darauf hinweisen, dass wir uns immer am zweiten Mittwoch im Monat begegnen. – Während der kommenden Versammlung wird die Weihnachts-Nikolaus-Feier, voraussichtlich im Straßenbahn-Museum Thielenbruch, Haltestelle der KVB-Linie 18, im Dezember geplant. Wir möchten daher besonders die Mitglieder und Gäste bitten, zur Planung zu erscheinen, wenn Sie bei der Feier dabei sein wollen. Wir werden zusammen mit der gastgebenden Pommerngruppe feiern.

Neuss – Jeden zweiten Mittwoch im Monat, von 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Frauengruppe.

Schwelm – Sonnabend, 10. November, 15 Uhr, Sportlerheim FC 06, Freiherr-von-Hövelsweg: Grützwurstessen.

Wesel – Sonnabend, 3. November, 15 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Ostdeutscher Kulturabend, die 30. Preußische Tafelrunde. Alle Landsleute und Heimatfreunde sind dazu herzlich eingeladen. Der Kulturreferent der Gruppe, Paul Sobotta, referiert über „Trakehnen, ein Pferdeparadies in Ostpreußen“. Informationen bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657 oder Manfred Rohde, Telefon (02852) 4403.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

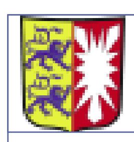
Limbach-Oberfrohna – Wochenende 10. und 11. November: Jahresabschluss der LG Großwaltersdorf.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Halle – Freitag, 9. November, 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität, An der Marienkirche 4 (Marktplatz): Treffen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Schwartau – Donnerstag, 8. November, 14.30 Uhr, Vortragsraum AWO: Vortrag mit Einspielungen von alten Schallplatten „Das Leben von Hans Albers und Lale Andersen“ von Wolf Rüdiger Ohloff.

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 13. November, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Reisebericht von Axel Simanowski aus Bad Schwartau über seine Fahrt im August mit dem Schiff von St. Petersburg nach Moskau. Gäste sind herzlich willkommen!

Neumünster – Mittwoch, 14. November, 15 Uhr, Stadthalle am Kleinflecken: monatliche Veranstaltung der LM der Ost- und Westpreußen. Aus dem Leben der „Anna Neander“ genannt „Ännchen von Tharau“ – Biografie in Wort und Bild, ein Lied mit 17 Strophen und weiteren Informationen rund um das Ännchen. Gäste sind herzlich willkommen.

Schönwalde a. B. – Donnerstag, 8. November, je 14 Uhr, Klönstuv, Alte Feuerwehr: Seniorenbegegnung. – Donnerstag, 15. November, 14 Uhr, Klönstuv (Alte Feuerwehr): Senioren Begegnung.

Uetersen – Freitag, 9. November, 15 bis 17 Uhr, Haus Ueterst End, Kirchenstraße 7: Vorstandsmitglied Frank Farin berichtet über die wirtschaftliche und politische Situation auch bei unseren Nachbarn.

Dittchenbühne
Sonnabend, 8. Dezember – Busfahrt zum Weihnachtsmarkt in Rostock, Telefon (04121) 89710.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Schweidnitzer Schauer-Keller

Das berühmteste Gasthaus Schlesiens bleibt auf unbestimmte Zeit geschlossen

Enttäuscht und etwas resigniert schaut Malgorzata Urlich-Kornacka auf den Schweidnitzer Keller im Breslauer Rathaus. Die Autorin und Fremdenführerin ist legendär für ihre literarischen Führungen durch die schlesische Metropole. Zu gerne würde die Germanistin und Wahlbreslauerin ihre Gäste durch dieses älteste Restaurant der Stadt führen. Doch es bleibt ihr nur, Reprints von Vorkriegsspeisekarten an die Interessierten zu verteilen.

„Im Schweidnitzer Keller herrschte der übliche Mittagsbetrieb. In den Nischen am Eingang standen wie immer die Bäckersfrauen und verkauften Brötchen und Würste. Die wie vor Jahrhunderten in Trachten gekleideten Kellner wuselten vor sich hin und trugen über ihren Köpfen Tabletts mit Tellern, Terrinen, Gläsern und Bierkrügen“ zitiert Urlich-Kornacka aus Marek Krajewskis Breslau-Krimireihe. Denn die beliebteste Führung, die Urlich-Kornacka anbietet, bleibt die „Auf den Spuren Breslauer Schauergeschichten“ und der Schweidnitzer Keller war das Lieblingslokal des Protagonisten in Krajewskis Breslau-Büchern, die sich zu Bestsellern entwickelten und den Polen ein so detailliertes Bild der Stadt vor dem Krieg lieferten, dass diese fast als präzise Aktennotizen der damaligen Polizei missgedeutet werden könnten.

Auch wenn Malgorzata Urlich-Kornacka die Möglichkeit hätte, die Besucher in das berühmte Rathausrestaurant zu führen, in dem schon Goethe und Bismarck dinierten, möchte sie es ihren Teilnehmern nicht antun. Der Ort ist nämlich richtig unappetitlich geworden. Nomen est omen – der Keller riecht mittlerweile nach altem Schmutz, Schimmel und Fäulnis. Aus der Küchenbelüftung tropft eine fettige Pampe herunter, und es bildeten sich bereits übelriechende Stalagmiten auf dem Küchenboden. Aus Löchern in den Wänden stechen alte Kabel hervor, Reste vom Mobiliar im kitschigen Mittelalterstil samt Kaminattrappe sorgen für Schauer, den jedoch Urlich-Kornacka in ihren Führungen nicht auf diese Art und Weise erzeugen möchte.

Ewa 700 000 Euro würde die Sanierung des Schweidnitzer Kellers kosten. Der Pächter ist zwar letztes Jahr ausgezogen, prozessiert jedoch gegen den Eigentümer – die Stadt. Das erschwert die ordentliche Ausschreibung. Derweilen wird jedoch an dem schlimmen Geruch im Lokal gearbeitet. Rund um die Uhr arbeiten darin Entfeuchter, die monatlich 2000 Euro schwere Stromkosten erzeugen. Das Objekt sei jedoch so wertvoll, dass die Stadtverwaltung es nicht noch schlimmer verkommen lassen möchte, sagte Ryszard Krawczyk vom Magistrat gegenüber Radio Breslau.




Selbst bei Tag schaurig: Der legendäre Schweidnitzer Keller ist zum Kellerloch mutiert Bild: C.W. Wagner

Das Lokal bleibt vorerst geschlossen, denn eine im Sommer begonnene Ausschreibung brachte keinen Erfolg. Es hat sich kein einziger Pächter gefunden. Dieser müsste neben einer Monatspacht in Höhe von 9250 Euro auch die Sanierungskosten tragen.

Die Stadt hatte das Objekt im Dezember letzten Jahres zurückerlangt. Ein Gericht hat entschieden, dass der vorherige Pächter das Lokal ab März 2012 „vertragslos“ nutzte und sich so über fast eine halbe Million Euro verschuldet hat.

Es sieht nicht gut aus für die seit 1273 fast ununterbrochen bewirtschaftete Gaststätte im Herzen Breslaus, die von Herzog Heinrich IV. von Schlesien das Recht auf alleinigen Ausschank von Wein und auswärtiges Bier erhielt. Andere Gaststätten in Breslau durften nur ein qualitativ schlechteres Breslauer Bier ausschenken. Und da seit Anfang des 14. Jahrhunderts das in Schweidnitz gebraute Bier zum beliebtesten Getränk in ganz Breslau zählte, erhielt das Lokal den Namen Schweidnitzer Keller.

Im Schweidnitzer Keller hatten sich Burschenschaftler zum Stammtisch genauso gerne getroffen wie nach dem Krieg die arbeitende Jugend, die im Bauernkeller ein Kino und im Bürgerkeller ein Billardraum eingerichtet hatten.

Malgorzata Urlich-Kornacka und ihren Touristen bleibt vorerst nichts anderes übrig, als vor verschlossener Tür des Schweidnitzer Kellers stehen zu bleiben und alte Postkarten vom Lokal zu bestaunen. Und wer die Atmosphäre des Vorkriegsbetriebs im berühmten Schweidnitzer Keller nachempfinden möchte, kann immer noch zur Lektüre von Marek Krajewskis Breslauer Krimireihe mit Kriminalinspektor Eberhard Mock greifen. *Chris W. Wagner*

Pommersche Aussiedler im Grenzdurchgangslager Friedland

Die langen Schatten von Krieg und Vertreibung

Im Frühling 1957 besuchte ein Redakteur der Pommerschen Zeitung das niedersächsische Grenzdurchgangslager Friedland. Dort war er bei der Ankunft von Aussiedlern zugegen. Seine Erlebnisse schilderte er in der Ausgabe vom 27. April:

„Langsam rollt der Aussiedlerzug heran, es ist der 71. Transport. Durch die Wartenden auf dem erleuchteten Bahnsteig geht eine Bewegung und ein Geraune: Sie kommen! Und schon halten die Wagen unterhalb der Baracken, von denen aus schon so viele ostdeutsche Menschen den Weg in eine neue Zukunft angetreten haben. Ich sehe den polnischen Adler auf jedem der polnischen D-Zug-Wagen, an den Fenstern stehen die Aussiedler: junge Männer, Frauen und Greise. Der eine oder andere winkt zaghaft zu uns herüber, ein alter Mann wünscht mit Tränen in den Augen den auf dem Bahnsteig Stehenden einen ‚Guten Abend‘. Sonst spielt sich die Ankunft in völliger Ruhe ab, kaum ein Begrüßungsruf, keine Wiedersehensszene, kein ‚kerniges‘ Wort – nur die Glocken der Lagerkirche hallen ihren Willkommensgruß durch den Abend, und ihre Sprache sagt den Aussiedlern mehr als große Reden und pathetische Gelöbnisse.

Es sind Landsleute aus Stolp und aus dem Kreise Köslin darunter. Darum bin ich am anderen Morgen schon früh auf den Beinen, um mich mit ihnen zu unterhalten. Eine Gruppe junger Burschen steht vor einer Baracke. Donnerwetter, wenn das keine pommerschen Laute sind. ‚Wo kommt Ihr her?‘ Die Antwort: ‚Aus Stolp!‘ – ‚Wie sieht es dann heute dort aus? Wird viel gebaut?‘ Als Antwort schallt mir Gelächter entgegen. ‚Wieviel Deutsche leben wohl heute noch in Stolp?‘ – ‚Werden jetzt noch zweihundert bis dreihundert sein!‘ – ‚Wollen sie auch gerne heraus?‘ Und die einstimmige Antwort, die ich immer wieder erhielt: ‚Ja, alle wollen heraus, lieber heute als morgen!‘“

Bald darauf umringten dreißig bis vierzig Personen den Journalisten. Aus den Fragen, die sie ihm stellten, wurde ihm klar, dass sie aus einer anderen Welt kamen. Wie teuer ist bei Euch ein Brot? Sind die Kartoffeln wirklich so knapp? Gibt es im Westen viele Arbeitslose? Die Propaganda, der diese Menschen jahrelang ausgesetzt gewesen waren, hatte ihre Spuren hinterlassen. Für teures Frachtgeld hatten einige Aussiedler zentnerweise Kartoffeln und Kohlen mitgebracht. Unglaube überzog ihre Mienen, als sie vom Journalisten erfuhren, dass ihr neuer Anzug, den sie sich in Pommern zum Preis dreier Monatsgehälter gekauft hatten, in der Bundesrepublik ein Bruchteil kosten würde.

Im Herbst 1955 hatte das Grenzdurchgangslager Friedland nahe der Universitätsstadt Göttingen bundesweit für Schlagzeilen gesorgt, als dort die letzten zehntausend entlassenen Kriegsgefangenen und Internierten aus der Sowjetunion empfangen worden waren. Fast nahtlos setzte anschließend der große Zustrom an Aussiedlern aus dem polnischen Machtbereich ein. Auf die Registrierung, Versorgung und Weiterleitung dieser Menschen wurden in Friedland fortan die Arbeitsabläufe ausgerichtet.

Die höchsten Aussiedlerzahlen waren mit 100.000 im Jahr 1957 und über 120.000 im Jahr 1958 zu verzeichnen. Die Eintreffenden hatten bis dahin in ihrer Heimat östlich von Oder und Neiße ausgeharrt. Nach dem Abschluss der Vertreibungsaktionen Ende der 1940er-Jahre hatte der polnische Staat besonders in der Landwirtschaft (Pommern und Ostpreußen) sowie im Bergbau und der Industrie (Schlesien) von den übriggebliebenen Deutschen mit ihren Fach- und Ortskenntnissen profitiert. Dass er diese Gruppe ab 1956 allmählich freigab, hatte zwei Gründe. Zum einen erhofften sich die polnischen Stellen nach der westdeutsch-sowjetischen Annäherung infolge der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Moskau durch die Familienzusammenführung auch eine Entspannung des polnischen Verhältnisses zur Bundesrepublik. Zum anderen schien eine innenpolitische Stabilisierung wahrscheinlicher, wenn man nur alle Menschen ziehen ließ, die sich dem polnischen Staat auch nach mehr als einem Jahrzehnt des Drohens und Werbens nicht verbunden fühlten.

Die Rheinische Post benannte im März 1958 die folgenden Punkte als ihrer Meinung nach ausschlaggebend: „Polen wartet darauf, die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie, die ihm von Russland zugesagt sind, ganz in Besitz zu nehmen und ist heute förmlich dankbar für jeden Deutschen, der auszieht und für einen Polen Platz macht. Je weniger Deutsche, desto weniger Schwierigkeiten in der Besitzfrage! Die polnische Regierung tut also alles, um die Heimatgefühle der Deutschen zu ersticken. So ist die polnische Sprache befohlen worden, nicht nur für die Schulen: auch in der Kirche muss polnisch gepredigt werden. Die Alten können aber das fremde Idiom nicht mehr lernen, und vereinsamen auf die Dauer. Die Jungen stehen, sobald sie in eine gehobene Stellung aufrücken wollen, trotz polnischer Sprache als Deutsche vor einer Wand. Es gibt für sie, wenn sie über eine gewisse untere Stufe hinaus sind, keine berufliche Entwicklung mehr. Deshalb haben Jung und Alt die Hoffnung, weiter in der Heimat leben zu können, begraben.“

Ihr Wunsch nach Wiedervereinigung mit Angehörigen und ihr deutsches Selbstverständnis waren für die meisten Aussiedler die beiden wichtigsten Fixpunkte, an denen sie ihre Entscheidung zur Ausreise festmachten. Auch die Hoffnung auf eine Steigerung des Lebensstandards in der prosperierenden Bundesrepublik war von Belang, ihre Bedeutung sollte allerdings nicht zu hoch eingeschätzt werden. Industrie und Bergbau hatten sowohl den Oberschlesiern als auch den Menschen im Raum Waldenburg in Niederschlesien einen materiellen Wohlstand beschert, auf den viele Betroffene stolz waren. Landwirtschaftlich geprägte Menschen wie die Pommern und Masuren fühlten sich wiederum mit ihren Höfen verwachsen. Dass sie zur Aufgabe jener bereit waren und vor der Aushändigung ihrer Ausreisepapiere schriftlich auf ihre Eigentumsrechte verzichteten, mochte die seelische Notlage dieser Menschen verdeutlichen.

Weshalb so viele Aussiedler in die Bundesrepublik kamen, obgleich sie sich in ihren Herkunftsorten den neuen Machtverhältnissen auch hätten fügen können, versuchte der zweite evangelische Lagerpfarrer in Friedland, Arno Ehrhardt, im September 1957 zu erklären: „In den Monaten, in denen ich in Friedland war, hat mich nichts so sehr erschüttert – keine Hartherzigkeit von Menschen, keine Torheit von Paragraphen, kein Leid, keine zerbrechende Hoffnung – wie ein ganz kleiner Satz. Ich stehe mit dem katholischen Amtsbruder am Eingang der Baracke, in der die Begrüßung stattfinden wird, die Menschen strömen vorbei. Man kann kaum alle Gesichter erkennen. Jeder soll eine Hand bekommen. Oft erklingt ein ‚Herzlich willkommen!‘. Da bekomme ich plötzlich von einem Mann die Antwort: ‚Das ist Heimat.‘ Die Heimat, aus der alle diese Menschen kommen, die sie schweren Herzens aufgegeben haben, ist nicht mehr Heimat. Das Leben ist dort fremd geworden. Einer von ihnen hat es einmal so gesagt: ‚Heimat ohne Freiheit ist keine Heimat.‘ Die ungewisse Fremde, in die man geht, die mancher gar nicht kennt, klingt einem als Heimat, weil ein Grußwort in eigener Sprache einem entgegenklingt. Die ganze Tragik der Hunderttausenden im deutschen Osten klingt in diesem einen Wort: ‚Das ist Heimat‘, von einem Mann, der die Heimat verlassen musste, weil sie keine Heimat mehr war.“

Von den Schicksalen dieser Menschen gibt es nur wenige Bilder, die es in unser kollektives Gedächtnis geschafft haben. Ihre Entrechtung östlich von Oder und Neiße ist bis heute ähnlich verdunkelt geblieben wie das schwere Los der Hunderttausenden zur Zwangsarbeit oder aus politischen Gründen in die Sowjetunion verschleppten Zivilisten. Erst in Friedland eröffnen sich uns Blicke in die Gesichter der Überlebenden. Was sich an ihnen ablesen lässt, wirkt unverstellt und echt: durchweg Erschöpfung, Dankbarkeit und Sehnsucht nach Ruhe, aber auch eine bange Ahnung um das noch Folgende: körperliche Gebrechen, zerrüttete Ehen, Trauer, Scham und Sprachlosigkeit, Ohnmacht, sozialer Abstieg und keine Rückkehrmöglichkeit. Den Gang durchs „Tor zur Freiheit“ taten die meisten dieser Menschen illusionslos.

Was bedeutet es, entwurzelt zu sein? Wie erlebt man das Ankommen in einem neuen System? Beide Fragen lassen sich mit Hilfe zahlreicher Aufnahmen des Fotoreporters Fritz Paul erhellen. Paul, 1919 geboren und später Leiter der Bildredaktion beim Göttinger Tageblatt, hat die Geschehnisse im Grenzdurchgangslager Friedland über viele Jahre hinweg dokumentiert. Aus Masuren stammend, besaß Fritz Paul einen geschärften Blick für die Befindlichkeiten der Heimatlosen. So erklären sich Respekt, Nähe und Tiefe, die in seinen Aufnahmen zum Tragen kommen und dem Betrachter unerwartete Blicke in die Gesichter der Aussiedler und Heimkehrer ermöglichen.

Christian Paul, der Sohn des Fotoreportes, hat vor wenigen Jahren den fotografischen Nachlass des Vaters auf seinem Dachboden aufgetan. In Zusammenarbeit mit dem Historiker Christopher Spatz ist daraus das Buch „Heimatlos. Friedland und die langen Schatten von Krieg und Vertreibung“ entstanden. Es ist Mitte Oktober im Hamburger Ellert & Richter Verlag erschienen und erzählt von einem deutschen Erinnerungsort, der bis heute als Durchgangslager dient und mit den pommerschen wie ostpreußischen Aussiedlerschicksalen auf das Engste verknüpft ist.

Christopher Spatz

Das Buch:

Spatz, Christopher: Heimatlos. Friedland und die langen Schatten von Krieg und Vertreibung, mit Fotografien von Fritz Paul, 224 Seiten mit 88 Abbildungen und 1 Karte, Format 17 x 23,5 cm, Hardcover, ISBN: 978-3-8319-0728-1, 19,95 €, Ellert & Richter Verlag, Hamburg 2018.

Die Autoren:

Christopher Spatz wurde 1982 in Bremen geboren. Nach dem Studium der Geschichte und Germanistik promovierte er 2015 an der Berliner Humboldt-Universität zur Identität der ostpreußischen Wolfskinder. Er hat für die Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung gearbeitet und die erfolgreiche Kampagne der Gesellschaft für bedrohte Völker zur Entschädigung der Wolfskinder durch die Bundesrepublik wissenschaftlich begleitet. Im Ellert & Richter Verlag ist von ihm bereits „Nur der Himmel blieb derselbe. Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom Überleben“ erschienen.

Fritz Paul (1919–1998), als elftes Kind einer ostpreußischen Landwirtsfamilie geboren, entwickelte in seiner ländlichen Umwelt früh ein ausgeprägtes Interesse an der Fotografie. Nach dem Abitur war er von 1939 bis 1945 Soldat. Ab 1946 fotografische Auftragsarbeiten und ab 1948 freier Bildberichterstatter in der Universitätsstadt Göttingen. In dieser Zeit dokumentierte er neben der Ankunft der Kriegsheimkehrer und Flüchtlinge im Grenzdurchgangslager Friedland unzählige gesellschaftliche, sportliche, kulturelle und wissenschaftliche Ereignisse für die lokale und überregionale Presse. Von 1962 bis 1981 leitete er beim Göttinger Tageblatt die Bildredaktion.









Kindheitserinnerungen aus Pommern

Waschtag – das Schlimmste war das Trocknen der Wäsche im Winter

Wäsche waschen war eine schwere Arbeit für die Frauen. Die Generation unserer Kinder kann sich heute kein Bild davon machen. Bis Ende der 1950er-Jahre gab es keine Waschmaschinen. Die Waschutensilien mussten bereitgestellt werden, wie: Böcke für Wasch-und Spülzuber, Rubbelbrett, Waschholz, Wäschestampfer, Wassereimer, Seife und manchmal sogar schon „Persil“.

Wurden Holzwannen verwendet, so wurden diese einige Tage vorher mit Wasser gefüllt, damit sich das Holz ausdehnte und die Gefäße dicht wurden. Schmutzige Wäsche wurde einen Tag vorher eingeweicht. Wasser musste oft von der Handpumpe geholt werden.

Am Waschtag wurden die Kochkessel – diese standen oft in der Futterküche, weil sie auch als Kartoffeldämpfer verwendet wurden – mit der vorher eingeweichten Wäsche gefüllt und mit Seifenwasser gekocht. Bei großen Familien musste dieser Kessel mehrmals gefüllt werden. Dann wurden die einzelnen Stücke mit dem Waschholz aus dem Kessel entnommen auf dem Rubbelbrett durchgerieben, ausgewrungen und in den Spülzuber eingelegt. Die Wäscherin trug leichte Bekleidung und eine große Gummi-Waschschürze.

Nach Abschluss des Waschvorganges musste die Wäsche mehrmals gespült werden, und dazu gehörte jedes Mal das Auswringen. Bei großen Wäschestücken wurden für das Auswringen zwei Personen benötigt (eine Wringmaschine war schon ein ungeheurer Luxus). Auf der zuvor gespannten Wäscheleine wurde dann alles aufgehängt. Oder



Hochherrschaftlicher Waschtag, ca. 1880

(Foto aus der Ausstellung „Historisches Waschen“ im Historisches Museum Bremerhaven)

es wurde die Wäschebleiche genutzt. In der Stadt Stolp gab es an der Stolpe, auf der Wiese neben der Herzogbrücke und dem Feuerwehrgebäude eine Wiese, das war die Wäschebleiche. Die hier bei Sonnenschein ausgelegte, gewaschene Wäsche wurde mehrmals mit Wasser aus der Gießkanne übergossen. Durch die Sonneneinwirkung wurden die Wäschestücke gebleicht.

Das Schlimmste aber war das Trocknen im Winter, die Wäsche erstarrte in wenigen Minuten und war dann später gefriergetrocknet. War der Trockenvorgang abgeschlossen, wurde die Wäsche von der Leine genommen, damit war sie aber noch nicht schrankfertig, es erfolgte die Trennung in Roll- und Plättwäsche. Solange sie noch klamm war, wurde sie mit dem Kohleeisen geplättet. Das war auch eine Herausforderung. Oberhalb einer glatten Graugusssohle befand sich ein nach vorne geschlossener Hohlkörper. Dieser wurde mit glühender Kohle gefüllt und mit einer Klappe verschlossen. Die glühende Kohle wurde mehrmals erneuert, um die erforderliche Bügeltemperatur halten zu können.

Geplättete Wäsche wurde zusammengelegt und gestapelt, einige Zeit nach Verdunstung der Restfeuchtigkeit im Schrank oder Truhe eingelagert

In der Frühzeit waschen ohne Seife, war das überhaupt möglich? Im Lauf der Zeit wurde erkannt, dass verschiedene Stoffe die Waschkraft steigern, wie Asche von Pflanzen, die dem Waschwasser zugegeben wurde. In unserer nördlichen Region wurde auch Seifenkraut (Saponaria vulgaris) sowie Rosskastanienextrakt (Aesculus hippocastanum) verwendet. Später kamen Stoffe wie Borax oder Alaun hinzu. 1907 kam das bis heute bekannte Persil auf den Markt.

Wolfgang Noffke



Die Kirche wird vom Staat unterstützt und kontrolliert

Zu: Sprachrohr der Kanzlerin (Nr. 38)

Der EKD-Vorsitzende Heinrich Bedford-Strohm muss das Sprachrohr der evangelischen Kirche gegenüber der Kanzlerin sein. Denn die Kirche ist nicht neutral. Sie wird vom Staat unterstützt und kontrolliert. Es fließen Steuergelder und der Staat hat auch Einfluss auf die Wahl eines Bischofs. Aber die Kirche erhält nicht nur Einnahmen durch die Kirchensteuern, die im Grunde nichts anderes sind als Mitgliedsbeiträge, sondern auch zweckbindungsfreie Staatsleistungen.

Das Land Niedersachsen zahlt der Kirche immer noch Millionen für Napoleons Raubzüge. Sie dienen als Ausgleich für jahrhundertealte Enteignungen von Kirchengut. Doch weil diese Leistungen an die Beamtenbezüge gekoppelt sind, wuchsen diese trotz sinkender Kirchenmitgliederzahlen in den letzten Jahren erheblich an, so in Niedersachsen von 37,4 Millionen im Jahr 2008 auf 46,6 Millionen in diesem Jahr.

Seit dem Zweiten Weltkrieg wurden deutschlandweit sogar 17,9 Milliarden Euro gezahlt. Die Zahlungen verstoßen gegen die Trennung von Kirche und Staat. Es wäre staatsrechtlich sauber, wenn man diese Staatsleistungen ablöst. Juristen verweisen hierbei auf Artikel 140 des Grundgesetzes in Verbindung mit Artikel 138 der Weimarer Reichsverfassung. Die Zahlung wird weiterhin für notwendig gehalten, wie der Landeskultusministers von Niedersachsen, Grant Hendrik Tonne, begründet: „Die Kirchen übernehmen sehr wichtige Aufgaben in Niedersachsen, insbesondere als freie Träger in den Bereichen Kinderbetreuung und Soziales. Dieses Engagement ist und bleibt dringend notwendig." Die vorgenannten Aufgaben sind aber vorrangig Aufgaben des Staates.

Gab es nicht auch Raubzüge im „Namen des Kreuzes"? Christen haben behauptet, sie wären die besseren Menschen. Sie haben Heiligtümer von unschätzbarem Wert erbeutet oder sogar zerstört. Wie würden wohl unsere Kirchen reagieren, wenn andere Religionen finanziellen Ausgleich fordern?

Es sind Menschen wie der EKD-Vorsitzende, die verantwortlich sind für den Schwund an Kirchenmitgliedern. Es sind jene Menschen, die, selbst wenn Kirchen verwüstet und Kreuze abgerissen werden, immer noch von Einzelfällen sprechen.

Wenn Herr Bedford-Strohm von „Respekt voreinander und gegenseitiger Achtung" spricht, kann man dem nur zustimmen. Es macht allerdings nur dann Sinn, wenn damit sowohl Muslime als auch Christen gemeint sind. Davon sind beide Kirchen jedoch weit entfernt. Er wäre gut beraten, sich daran zu erinnern, was er wirklich ist, ein Kirchenmann. Er sollte sich auch daran erinnern, dass die Kirche, wenn sie sich in Politik eingemischt hat oder sogar Politik gemacht hat, nicht wirklich Erfolge hatte.

Was die Haltung von Herrn Bedford-Strohm zur AfD betrifft, gehört er zu den vielen Menschen, die wutschnaubend gegen rechts wettern und nicht merken, dass sie links überholt werden (und links ist nicht zwangsläufig besser). Ob es der Kirche dann besser geht? **Heinz-Peter Kröske, Hameln**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Seit 2011 Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern und seit 2014 Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland: Der systematische Theologe mit dem Schwerpunkt Sozialethik Heinrich Bedford-Strohm

Bild: action press

Eine beinahe schon totalitäre Herrschaft

Zu: Nachruf auf eine schon zu lange Regierende (Nr. 42)

Recht vielen Dank für diese informative und sehr gut komponierte Bilanz der Lebensleistung einer Politikerin, deren Verfehlungen unsere Kinder und Kindeskinder noch ausbaden müssen. Ihre Darstellung der Verwandlung eines auf Gewaltenteilung und gegenseitiger Kontrolle ausgerichteten Regierungssystems in eine beinahe schon totalitäre Herrschaft, die die Politik nicht mehr am Recht misst, das Parlament ausschaltet und die Regierungsverantwortung als Führerschaft deformiert, ist beste Aufklärung. Bei der vierten Gewalt sind Anspruch und Wirklichkeit, wie Sie zeigen, auch nicht mehr in einen Zusammenhang zu bringen. Allerdings bleibt wahr, dass ein Land die Regierung hat, die es verdient. Merkel als Person wäre nicht der Rede wert. Jetzt weiß ich wieder, warum ich die „Preußische" abonniert habe.

Dr. Alexander Brandenburg, Uelsby

Vorgeschichte von München

Zu: Als das Sudetenland zum Reich kam (Nr. 38)

Bereits am 25. Januar 1924 schlossen die Tschechoslowakei und Frankreich einen Bündnisvertrag mit einer eindeutig gegen Deutschland ausgerichteten Beistandsverpflichtung, die die Ergreifung gemeinsamer Maßnahmen bei Bedrohung der Interessen beider Unterzeichner vorsah.

Am 16. Oktober 1925 modifizierten beide Bündnispartner im Rahmen der Locarnoverträge diese ihre Beistandsverpflichtung und schlossen einen Garantie-Vertrag, mit dem sie sich verpflichteten, sich im Falle eines „nicht provozierten" bewaffneten Angriffs durch Deutschland gegenseitig unverzüglich Hilfe und Beistand zu leisten. Der Danziger Völkerbundkommissar Burckhardt erklärte dazu später, dass auch England durch den Locarnovertrag verpflichtet gewesen wäre, im Falle eines Krieges gegen Deutschland Frankreich militärisch beizustehen.

In diesem Zusammenhang stellen sich die Fragen: Was wurde jeweils unter den Begriffen „provoziert" und „unprovoziert" verstanden"? Und warum kam es bereits schon ein Jahrzehnt „vor Hitler" zu solchen merkwürdigen Verträgen, zumal doch die Siegermächte des Ersten Weltkrieges Deutschland militärisch restlos ausgeplündert hatten?

Die militärvertragliche Einkreisung Deutschlands ging dann schließlich ihrer Vollendung entgegen. Am 16. Mai 1935 kam es zum Militärpakt zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei. Dem voraus ging am 2. Mai 1935 ein sowjetisch-französisches Militärbündnis. Diese beiden Bündnisse waren eine vertragliche Einheit, denn nach Ziffer 2, Seite 2 des Zeichnungsprotokolls zum tschechoslowakisch-sowjetrussischen Bündnisvertrag sollte die zwischen beiden Staaten vereinbarte Beistandspflicht nur dann eintreten, wenn im gegebenen Fall Frankreich zur Beistandsleistung, das heißt zur Kriegstat gegen Deutschland, schreitet.

Für alle diese Vertragsstaaten mit ihren Kriegsbündnissen ausnahmslos gegen Deutschland spielte es überhaupt keine Rolle, ob Deutschland demokratisch (Weimar) oder nationalsozialistisch von Hitler regiert wurde, und dass die UdSSR eine kommunistische Diktatur war.

Wie den „Erinnerungen" des französischen Botschafters Coulondre zu entnehmen ist, richteten sich ab 1938 die sowjetischen Streitkräfte kriegsvorbereitend in der Tschechoslowakei ein, indem sie dort Flugplätze bauten und Bombenflugzeuge stationierten.

Nach dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich wurden in ausländischen diplomatischen Kreisen Meldungen über einen ständig wachsenden deutsch-tschechischen Konflikt verbreitet, die darin gipfelten, dass an der deutsch-tschechischen Grenze in Bayern, Sachsen und Österreich deutsche Truppen zur Vorbereitung eines Angriffs gegen die Tschechoslowakei zusammengezogen würden. Am 19. Mai 1938 berichtete der englische Botschafter aus Berlin an das englische Außenamt „Foreign Office" nach London über deutsche Truppenzusammenziehungen an der tschechoslowakischen Grenze und der englische Generalkonsul aus München über deutsche Truppenverlegungen an die französische Grenze. Frankreich dementierte wohl deshalb nicht, weil man dort wusste, dass Deutschland an der Grenze zu Frankreich statt mit Kriegsvorbereitungen lediglich mit dem Verteidigungsbau des Westwalls beschäftigt war. Am 22. Mai fuhr der englische Militärattaché Colonel MacFarlane mit seinen Gehilfen 1100 Kilometer die gesamte deutsch-tschechische Grenze ab, ohne irgendwelche Anzeichen deutscher Truppenzusammenziehungen feststellen zu können.

Als Folge dieser Meldungen erfolgte die Mobilmachung der tschechoslowakischen Armee gegen Deutschland.

Kleiner Zeitsprung: Die Nachricht der nächsten Mobilisierung der Tschechoslowakei gegen Deutschland traf dann in genau diesen Septembertagen des Jahres 1938 in Bad Godesberg ein. Dort verhandelte Hitler mit dem englischen Regierungschef Chamberlain, der diese Nachricht wie versteinert entgegennahm.

Ingo Schewiola, Hamm

Leserbriefe bitte an: *Preußische Allgemeine Zeitung*, Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Umbrische Verzauberung

Im Herzen Italiens werden Wander- gegen Reitstiefel getauscht

Nicht umsonst gilt Umbrien als das grüne Herz Italiens. Mit wunderschönen Landschaften verweigert sich die Region dem gängigen Italien-Klischee und setzt vermehrt auf Natur.

Den Flughafen Fiumicino in Rom und das Bergstädtchen Assisi in Umbrien trennen 200 Kilometer und rund zweieinhalb Stunden Autofahrt. Staus wie in Deutschland gibt es weder auf Autobahn noch Landstraße. Der gute Straßenzustand im „klammen" Italien ist verblüffend.

Etwa fünf Millionen Menschen besuchen jährlich Assisi, die Franziskusstadt am Fuß des Monte Subasio, mit der mächtigen Basilica San Franceso über dem Grab des heiligen Franz (1181/82 –1226). Der monumentale Komplex für den Poverello, den kleinen Armen, den Begründer eines Bettelordens, erscheint überdimensioniert. Franziskus Botschaft aber, die sich in seinen weltberühmten Fresken spiegelt, scheint allen Platz zu rechtfertigen. Für die ausführliche Besichtigung sollte man mehrere Stunden einplanen und ein gutes Fernglas.

Die Spuren des Erdbebens von 1997 sind behoben. Auf das Beben vom 26. Oktober 2016 war man vorbereitet. In der Basilika, so Bruder Thomas, seien Federungen und Aufhängungen aus Stahl angebracht worden, um die Erdstöße aufzufangen. Assisis ganze mittelalterliche Altstadt präsentiert sich unversehrt.

Sichtbar betroffen ist allerdings die Gegend in und um Nursia, dem Epizentrum des letzten Bebens. Prominenteste Ruine: die Basilika des heiligen Benedikt. Diese sei, so Bruder Thomas, erst kürzlich saniert worden. Hatten hier die Schutzmaßnahmen nicht gegriffen oder waren sie gar nicht ausgeführt worden? Die Ruine dieser wichtigen Pilgerstätte und Touristenattraktion ist so gut es geht gesichert. Hinter dem Wiederaufbau jedoch steht ein großes Fragezeichen.

An Assisi kommt man in Umbrien nicht vorbei. Dass aber schon wenige Kilometer entfernt der Umbrische Apennin mit dichten Wäldern aus Stein- und Flaumeichen, Farnen, Ilex und Ginster, tosenden Wasserfällen und wie von Malerhand hineingetupften einsamen Dörfern den Rückzug in die menschenleere Natur erlaubt, bleibt den meisten verborgen. Wie auch das Wild, das hier zu Hause ist. Den Umbrern scheint es eh zweitrangig. Im Vordergrund steht der Trüffel wie die zahllosen Schilder „Tartuffo privato" verraten.

Als südöstliche Verlängerung der Toskana ist Umbrien wie diese von Landwirtschaft geprägt. Im Mittelpunkt der bodenständigen Küche steht alles, was das Schwein hergibt: Schinken, Speck, Salami, Rippchen, Bratwurst, Schweinebraten. Fisch liefern die Bergflüsse, vor allem Bachforellen.

Spezialität „assoluta" aber sind „Lenticchie di Castelluccio". Die Linsen aus Castelluccio gelten als die besten Italiens. Sie werden seit jeher biologisch angebaut, haben eine besonders feine Schale und schmecken zubereitet à la Malvarina so wenig nach Linsen, dass nur der Blick auf die Karte sie noch verrät.

Schon auf dem Agriturismo Malvarina, fünf Kilometer hinter der Porta Nuova, Assis östlichem Stadttor, ist jeder Touristen-Trubel verstummt und die Eingangstür mit Plaketten aus Hotellerie und Gastgewerbe übersät. In jedem Winkel lädt der liebevoll renovierte alte Landsitz dazu ein, die Seele baumeln zu lassen – und die Füße im Pool. Angeschlossen ist ein kleiner Reitstall mit vierbeinigen Bergprofis vom Haflinger bis zum Araber-Warmblut-Mix.

Warum nicht Wander- gegen Reitstiefel tauschen? An Touren vom Tagesausflug bis zum Vier-Tage-Ritt sind die Pferde gewöhnt. Drei Stunden dauert der Aufstieg von 400 auf 1200 Meter zum Gipfel des Monte Subasio, vier Tage zu den 120 Kilometer entfernten Piani di Castelluccio auf 1400 Meter Höhe bei Nursia. Was gemächlich klingt ist Sport. Die Apennin-Tour über alte Viehtriebwege und steinige Bergpfade bedeutet stetes auf und ab. Bei 78 Prozent Gefälle müssen die Reiter absteigen und ihre Pferde führen.



Wandern einmal anders: Reitwanderung am Monti Sibellini Bild: Schnehagen

Umbriens Apennin ist eine einzige Offenbarung! Landschaftlich wie kulturell ein Juwel ist das Menotre-Tal bei Foligno. Sein Konzentrat das malerische Bergdorf Pale in 476 Meter Höhe mit rauschendem Wasserfall, großartiger Tropfsteinhöhle und einer Wallfahrtskirche voller Fresken. Santa Maria Giacobbe samt angeschlossener Einsiedelei entstand 1295 in einer Grotte am Monte Pale. Waren es einst rheumakranke Pilger, so sind es heute Freikletterer, die sich auf den Weg zu Pales steilen Felsen machen.

Geschichte sind auch die bis zu 16 Wassermühlen zur Herstellung und Verarbeitung von Wolle und Papier, Getreide und Olivenöl, die bis in die 1970er Jahre im Menotre-Tal 600 Jahre lang für Arbeit und Wohlstand sorgten. Papier aus Pale soll bis zu Gutenberg gelangt sein. Auf ihm wurde 1442 das erste Exemplar der Göttlichen Komödie gedruckt. Wegen der hohen Qualität drückte ihm der Papst sogar sein Siegel auf.

Fünf Familien wohnen heute noch in Pale, Rasiglia dürfte von allen verlassen sein. Das mittelalterliche Dorf in 648 Meter Höhe ist ein Borgho wie aus dem Bilderbuch! Auf Wasser gebaut, rauscht das kristallklare Nass in Kanälen durch die malerischen Gassen, um sich schließlich in den Menotre zu ergießen. Bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs sorgte der Wasserreichtum in Rasiglia für eine blühende Textilindustrie. Heute ist der Ort nicht Umbriens einziger Borgho, der „zu verkaufen" ist. Verlassen, aber nicht vergessen säumen hier wie dort, wie von Geisterhand gepflanzt, Geranien und Rosen die alten Mauern.

Auf den Piani di Castelluccio, dem 15 Quadratkilometer große Hochplateau der Monti Sibillini, heute Nationalpark, hat man alle Zivilisation hinter sich gelassen – und das letzte klischeehafte Italienbild. Umgeben von bizarren Bergen und malerischen Tälern weiß das verwirrte Auge gar nicht, wohin es zuerst schauen soll. Nur Schäfer mit ihren Herden ziehen über die weiten Grasflächen. Wenn im Frühjahr dazu noch Tausende Wildblumen blühen, ist die umbrische Verzauberung perfekt. *Helga Schnehagen*

Gehobene Landhotels: Agriturismo Malvarina, 06081 Assisi; Agriturismo Borgo la Torre, Acqua Santo Stefano, 06034 Foligno; Guesia Village Hotel, Ponte Santa Lucia, 06034 Foligno. Agriturismo La Ginestra, 06030 Sellano; Agriturismo Il Collaccio, Castelvecchio, 06047 Preci. Allgemeine Infos: www.enit.de

Vorbildlich erhalten und schützenswert

Vor 15 Jahren war Graz, die Landeshauptstadt der Steiermark, Kulturhauptstadt Europas – Was davon geblieben ist

Graz, die Landeshauptstadt der Steiermark, war 2003 Österreichs erste Kulturhauptstadt Europas. Nach einem Besuch der mit 289 000 Einwohnern zweitgrößten Stadt Österreichs bietet sich 15 Jahre später die Gelegenheit zu hinterfragen: Hat der damalige Ausnahmezustand mit einem Gesamtbudget von 59 Millionen Euro wie erhofft Früchte getragen?

Natürlich hat er das. Zieht man heute Bilanz, denkt man wohl zuerst an die materiellen Hinterlassenschaften, allen voran das postmoderne Kunsthaus „The friendly alien" und die stählerne Mur-Insel in Form einer Muschel. Doch es wurde 2003 viel mehr erreicht als dieser spannungsreiche Kontrast zur herrlichen historischen Altstadt. Nie zuvor gab es in Österreich ein größeres Kulturprojekt als das Grazer Kulturhauptstadtjahr 2003. Durch den damals angeschafften Mehrwert wurde die im Ausland kaum bekannte Universitätsstadt eine ausgewiesene Kulturstadt und blieb es, dank der Entschlossenheit von Politik und Gesellschaft.

Graz liegt an den grünen Ufern der Mur, die hier aus einem engen Durchbruchstal in das fruchtbare Grazer Becken tritt. Das milde Klima trug schon immer dazu bei, dass es sich hier gut leben lässt. Der Beschluss, Kulturhauptstadt Europas zu werden, fiel Ende der 1980er Jahre. Da war Graz bereits eine lebendige, zeitgenössisch orientierte Kunstmetropole, der Boom des heutigen Städtetourismus aber noch nicht absehbar.

Im früheren „Pensionopolis" der Habsburgermonarchie wähnte man sich noch im Schatten Wiens. Drei Bewerbungen waren vonnöten, bis Graz für das Jahr 2003 als damals noch einzige Kulturhauptstadt Europas ausgewiesen wurde. Der Intendant von Graz 03, Wolfgang Lorenz, brachte es anschließend auf den Punkt: „Wir wissen nun genauer, wer wir sind, was wir zu leisten imstande sind und was wir künftig besser lassen sollten. Und Europa hat es erfahren, hat uns zugeschaut und zugehört."

Nicht zuletzt verdankt die einstige Provinzstadt ihre hohe Attraktivität für Touristen und beachtliche Lebensqualität der Einwohner einer wirtschaftlichen Dynamik, die auch der günstigen Lage am Ostalpenrand mit schnellen Wegen nach Italien, Slowenien, Kroatien und Ungarn geschuldet ist. Graz ist wirtschaftlicher Motor der Steiermark und ein zentraler Standort für Wissenschaft, Forschung und Ausbildung. Das spiegelt sich in der Bevölkerungsentwicklung wider. Graz zählt zu den am stärksten wachsenden Regionen Österreichs mit einer jungen Bevölkerung. Jeder sechste Einwohner ist Student.

Bereits seit 1999 ist die Grazer Altstadt Weltkulturerbe. Für die historische Altstadt Wiens wurde dieser Status erst 2001 erreicht. 2010 erfolgte die Erweiterung das Grazer Welterbes um das nahe gelegene Barockschloss Eggenberg mit seinem Landschaftsgarten aus der Romantik. Damit nicht genug, erhielt Graz 2011 auch den Titel UNESCO City of Design und ist außerdem Menschenrechtsstadt sowie Trägerin des Europapreises für Nachhaltigkeit. Man mag kaum glauben, dass die Grazer Innenstadt mit dem 123 Meter hohen Schlossberg und ihrer vielfältigen Baukultur von der Gotik bis zum 21. Jahrhundert in touristischer Hinsicht so lange unterschätzt war. Der Stadtkern gilt als einer der schönsten und besterhaltenen in Mitteleuropa. Über Jahrhunderte entwickelte sich das heutige schützenswerte Stadtbild. Mit ihren farbenfrohen Fassaden und rund 50 reizvollen Innenhöfen kann sich die Altstadt der größten geschlossenen Renaissancebebauung im deutschsprachigen Raum rühmen. Abwechslung bieten eine vitale Kunstszene und nicht zuletzt zahlreiche Festivals das ganze Jahr hindurch. Das alles hat den ewig nörgelnden Schriftsteller Thomas Bernhard wohl nicht beeindruckt, der meinte: „Graz muss man nicht gesehen haben", dafür aber Jahr für Jahr mehr Touristen. Mehr als eine Million Übernachtungen wurden 2017 gezählt, das ist ein hoher Wert im Verhältnis zur Einwohnerzahl.



Lange als Reiseziel unterschätzt: Renaissancestadt Graz Bild: Imago

Romanische, slawische, magyarische und deutsche Einflüsse prägten Graz seit dem frühen Mittelalter. 1130 entstand auf dem Schlossberg am heutigen Hauptplatz eine Herrschaftsburg, die Keimzelle des Ortes. Aus dem slawischen Gradec für „kleine Burg" wurde später Graz, aus der kleinen Burg eine mächtige Festung. Sie wurde oft belagert, nie erobert, schließlich 1809 von Napoleon gesprengt. Geblieben sind der Glockenturm und der Uhrturm, die beiden Wahrzeichen der Stadt. Den steilen Abhang hinauf fährt man mit der Schlossbergbahn oder dem neuen gläsernen Lift. Im Inneren des Dolomitkegels boten einst Stollen der Bevölkerung in Kriegszeiten Schutz. Heute ist es möglich, von der Stadtseite durch den Schlossberg hindurchzugehen oder ihn mit der Märchengrottenbahn zu befahren. Von der Kuppe genießt man einen grandiosen Rundblick über die Dächer der Stadt. Den sanften Abhang hinunter führt ein Spazierweg durch baumbestandenes Gelände.

Um 1160 legte Markgraf Otakar III. den Hauptplatz als zentralen Marktplatz an. Er wird dominiert vom weißen Rathaus aus dem späten 19. Jahrhundert. Die Häuser am Platz mit repräsentativen Fassaden verschiedener Architekturstile haben einen mittelalterlichen bis spätgotischen Baukern. Von hier aus sind alle Sehenswürdigkeiten fußläufig zu erreichen. Im Osten der Altstadt liegt die Burg, die über einen verdeckten Gang mit der Festung auf dem Schlossberg verbunden war. Einst Residenz von Kaiser Friedrich III. (1452–1493) ist die Burg heute Amtssitz des Landeshauptmanns der Steiermark. Das Gebäudeensemble wurde seit dem 15. Jahrhundert durch An- und Umbauten verändert. Berühmt sind die Doppelwendeltreppe und die Inschriften A.E.I.O.U., Wahlspruch Friedrichs III. Die Burg gehört zur „Grazer Stadtkrone", einem ursprünglich eigenen Bereich mit vier Prachtbauten: außer der Burg der gotische Dom, der manieristische Mausoleumsbau mit integrierter Katharinenkirche und das Jesuiten-Kolleg.

Sehenswert sind die Neue Galerie Graz und das Naturkundemuseum in dem für das Kulturhauptstadtjahr modernisierten Johanneumsviertel. Im Landeszeughaus, dem ehemaligen Waffendepot der Steiermark, ist die weltweit besterhaltene Rüstkammer zu besichtigen. Da für den Tourismus auch das leibliche Wohl einen hohen Stellenwert hat, schmückt sich Graz jetzt auch mit dem Titel „GenussHauptstadt", gehört zu den „Genussregionen Österreichs" und demnächst vielleicht, sofern eine Bewerbung für die Olympischen Winterspiele 2026 Erfolg hat, auch als Olympiaort. *Dagmar Jestrzemski*

Kritik an »Naivität und Schlappheit« deutscher Eliten

Der Politikwissenschaftler und Zeithistoriker Hans-Peter Schwarz (1934–2017) war einer der angesehensten Vertreter seiner Zunft. Seine vielzitierten und -gelesenen, kaum noch überschaubaren Bücher und Aufsätze kreisen um ein zentrales Thema: Deutschland im Nachkriegseuropa und in der sich neu formierenden Weltordnung. Nicht zu Unrecht gilt er als „Chronist der Bundesrepublik“, zumal der „alten“ Bundesrepublik, und als glänzender Erzähler ist er mit Biografien über die Bundeskanzler Adenauer und Kohl unerreicht.

Seine Nähe zur CDU, der er 1980 beigetreten war, hat Schwarz nie verleugnet; gleichwohl war er nie ein folgsamer Parteisoldat, im Gegenteil, als er im Jahr 2012 – da war er 78! – seine kritische Kohl-Biografie dem Altbundeskanzler schickte, reagierte dieser unerwartet heftig. In seinen jüngst veröffentlichten Lebenserinnerungen schreibt er, er sei ein liberal-konservativer Professor, mal mehr das eine, mal mehr das andere. Letzte Hand an die umfangreiche Edition haben Freunde und Schüler gelegt, denn Schwarz war ganz unerwartet am 14. Juni 2017 gestorben.

Liest man dieses geistreiche, stilistisch ausgezeichnete, manchmal etwas ausufernde Buch, so erlebt man ein erfülltes Leben eines anerkannten Wissenschaftlers, dem Glück und Erfolg zur Seite standen. Aber blickt man auf das im Anhang wiedergegebene Publikationsverzeichnis mit Hunderten von Titeln und liest man von den vielen Verpflichtungen in Gremien, Ausschüssen und Beiräten, dann ahnt man, welch unglaublicher Fleiß dahinter steckte. Dezent beschreibt sich Schwarz einmal als „Workaholic“, was wohl nicht übertrieben ist.

Schwarz ist im südlichen Schwarzwald groß geworden. Er studierte in Basel und Freiburg und hatte dann Professuren in Osnabrück, Hamburg, Köln und Bonn inne. Gastprofessuren führten ihn in die USA und nach England. Jahrzehntelang betreute er im Institut für Zeitgeschichte dessen renommierte „Vierteljahreshefte“ und die inzwischen auf zig Bände angewachsene Aktenedition zur Außenpolitik der Bundesrepublik. Für die Konrad-Adenauer-Stiftung edierte er unter anderem die Korrespondenz Adenauers, was ihm den Titel „Adenauer-Chronist“ einbrachte.

Und immer wieder publizierte er zur Geschichte der Bundesrepublik, einerseits erfreut, dass sich eine demokratische Grundordnung im Westen Deutschlands durchsetzte, andererseits immer wieder voller Skepsis gegenüber einer „naiv selbstgefälligen“, ihren Aufgaben kaum gewachsenen politischen Elite in Bonn und Brüssel, später dann Berlin. Zum Ende des Buches – da ist er schon über 80 – verdüstert sich angesichts der „neuen Völkerwanderung nach Europa“, so der Titel seines letzten Buches, das auch in dieser Zeitung vorgestellt wurde (siehe *PAZ* vom 12. Mai 2017), sein Blick. Der eigenen Partei hält er vor, sich „wie eine verängstigte Herde hinter der fehlprogrammierten Bundeskanzlerin“ zu scharen.

Überhaupt die vom Autor gern gepflegten Spitzen: Wenn Kohl pfiff, „spurte“ alles um ihn in sichtlichem „Untertanengeist“ herum. Über das „peinliche Händchenhalten“ zwischen Mitterand und Kohl in Verdun geht er rasch hinweg. Der „Totalverriss“ seines ersten Adenauer-Buches durch „Spiegel“-Herausgeber Augstein zeige einmal mehr, dass sich solche Akteure „die Deutungshoheit über ihre liebevoll gepflegten Irrtümer“ nicht nehmen lassen wollen. Die „buntscheckigen Grünen“ habe er schon um 1990 als „Landplage“ betrachtet. Die Antifa-Ideologie der DDR und der nach der „Wende“ „von allen Parteien übernommene quasireligiöse Kollektivschuldkult mit Auschwitz im Zentrum gehören zum Kern der neudeutschen Zivilreligion“; und der kämpferische katholische Theologe Hans Küng habe ihm einmal mehr bestätigt, „dass die gottesgelehrten Professoren die größten Streithammel sind“. Seine geistreichen, oft anerkennenden, dann auch wieder ironisch-spöttischen Charakterisierungen von Kollegen lesen sich wie ein Who is Who der bundesdeutschen Wissenschaftsgeschichte.

Wer für diese Biografie einen langen Atem aufbringt, wird an einem überreichen wissenschaftlichen Leben teilhaben können. Der Autor bleibt zwar eng am und im akademischen Milieu, sieht aber immer zugleich politische und gesellschaftliche Entwicklungen.

Das Buch endet wie ein Stachel: „Niemand kann mit den deutschen Verhältnissen zufrieden sein ... die EU muss sich nicht vor einem halbhegemonialen Deutschland fürchten, sondern vor Naivität und Schlappheit der deutschen Eliten, wo in der CDU weder ein Churchill bereitsteht noch bei den Sozialdemokraten entschlossene Arbeiterführer wie Attlee oder Bevin.“ Ein Professor jedenfalls nicht im Elfenbeinturm. *Dirk Klose*



Hans-Peter Schwarz: „Von Adenauer zu Merkel. Lebenserinnerungen eines kritischen Zeitzeugen“, *Deutsche Verlags-Anstalt, München 2018, gebunden, 734 Seiten, 50 Euro*

Erich Kästner als Chronist

Erich Kästner, allen bekannt als Autor von Jugendbüchern wie „Das Fliegende Klassenzimmer“ und „Emil und die Detektive“, die seinen Weltruhm begründeten. Politisch stand er ab 1918 den Pazifisten nahe, was in seinen frühen gesellschaftskritischen Veröffentlichungen Niederschlag fand. So kam es, dass auch sein Werk von der Bücherverbrennung im Mai 1933 erfasst wurde. Gleichwohl blieb er in Deutschland, wo er sich 1941 entschloss, ein „Kriegstagebuch“ zu führen.

Kästners jetzt publizierte Aufzeichnungen „Das Blaue Buch. Geheimes Kriegstagebuch 1941–1945“ beginnen erst mit dem 16. Januar 1941. Er beginnt mit einem Stoßgebet und zitiert Matthias Claudius: „'s ist Krieg und ich begehre, nicht schuld daran zu sein.“ Dann: „16. Januar 41 Der Entschluss ist gefasst. Ich werde als heute wichtige Einzelheiten des Kriegsalltags aufzeichnen. Ich will es tun, damit ich sie nicht vergesse, und bevor sie, je nachdem wie dieser Krieg ausgehen wird, mit Absicht und auch absichtslos allgemein vergessen, verändert, gedeutet oder umgedeutet werden.“

Meist werden nur die Fakten festgehalten, doch es gibt Ausnahmen. „20. Januar 41 ... Neben dieser Notiz stand die Meldung, dass Mussolini dem Reichsmarschall Göring zu dessen 48. Geburtstag einen der schönsten Hochaltäre der deutschen Malerei des 15. Jahrhunderts geschenkt hat; und zwar Hans Multschers Altar von der Frauenkirche zu Sterzing in Südtirol. Es ist schwer, keine blutige Satire zu schreiben.“

„Erwähnenswert ist die missglückte Rede Baldur von Schirachs vor den Arbeitern einer Fabrik in Florisdorf. Sie übertrieben ihre Begeisterung ins Ironische so, dass sie zwei Stunden lang ohne Pause die Lieder der Bewegung sangen und in Heilrufe ausbrachen, so dass Baldur, nachdem er zwei Stunden lang auf dem Rednerpodium abgewartet hatte, endlich wieder nach Haus fuhr, ohne auch nur ein Wort gesprochen zu haben.“ Auch diese Schilderung lässt unschwer aufschlussreiche Folgerungen zu. Kursierende Witze zeichnete er ebenfalls auf: „Der Krieg wird wegen seines großen Erfolges verlängert.“

Was den Juden angetan wird, bleibt nicht ganz unerwähnt. Ende Oktober notiert er: „Seit die Juden den Judenstern tragen müssen, den man ‚Pour le Sémite‘ nennt, ist diesbezüglich eine neue innerpolitische Aktivität zu spüren.“ Inwiefern? Empathie ist kaum vernehmbar. Angst vor Hausdurchsuchung? „11. März 43 In den letzten Wochen ist viel passiert, was der Stimmung abträglich war ... Restabholung der Berliner Juden ...“

Seine Aufzeichnungen hat er mit Zeitungsartikeln garniert. Das „12-Uhr-Blatt“ brachte einen makabren Beitrag, betitelt: „Der Schweinehund“, gemeint ist der Zeitgenosse, den der totale Krieg kalt lässt. Der Schreiber rät abschließend: „Da gibt es nur eines: totschlagen, nichts als totschlagen den Schweinehund, ohne alles Erbarmen.“

Bezeichnend auch die Mitteilung, die er unter dem Datum 13. März 43 macht: „Den Bombenangriff auf München ... nennt die Presse einen Angriff auf die Stadt der deutschen Kunst, obwohl ja München offiziell die ‚Stadt der Bewegung‘ ist.“ Diese Degradierung hatten sich die Münchner selbst zuzuschreiben. Kästner zitiert den Hauptmann Gerngroß, der kurz vor Kriegsende geputscht hatte, mit den Worten: „Die unverbesserlichsten Nazis lebten in Norddeutschland.“

Neben dem Kriegstagebuch bietet der Band „Roman-Notizen“ (14 Seiten), „Beilagen“ (14 Seiten) und zwei Roman-Konvolute, zusammen 70 Seiten. Erläuterungen zur Textgeschichte und zur Edition bilden den Abschluss des mit großer Sorgfalt betreuten Werkes.

Wer die Zeit noch selbst erlebt hat, wird von Kästners Aufzeichnungen in diese finsteren Jahre zurückversetzt, wem die „Gnade der späten Geburt“ zuteil wurde, erfährt anschaulich, welche Bürde seine Vorfahren zu tragen hatten. „9. Juli 1945 ... Aber auch die entschlossene Minderheit war außerstande etwas zu tun.“ *Konrad Löw*



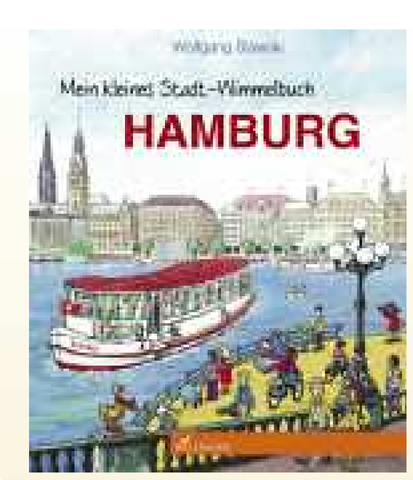
Erich Kästner: „Das Blaue Buch. Geheimes Kriegstagebuch 1941–1945“, *Atrium Verlag, Zürich 2018, gebunden, 408 Seiten, 32 Euro*

Hamburg, meine Perle – anschaulich für Kinder

Wimmelbücher kommen nicht aus der Mode. Der Willegoos-Verlag druckt wunderschöne Stadt- und Insel-Wimmelbücher. Die Pappbücher werden nachhaltig produziert. Das bedeutet, dass die Druckfarbe kein Mineralöl enthält, weder Folien verwendet nochRessourcen verschwendet werden, und es keinen Billigimport aus Asiengibt, und das heißt, dass Kinder herzhaft hineinbeißen können, ohne dass Eltern gleich in Panik geraten.

Das kleine „Stadt-Wimmelbuch HAMBURG“ zeigt auf acht Doppelseiten, wobei der Umschlag mitgezählt ist, bekannte Hamburger Plätze und Ereignisse. Dargestellt wird die Alster mit Blick auf das Rathaus, wobei der Vordergrund immer detailliert illustriert wird und der Hintergrund etwas weniger scharf, aber ohne, dass er langweilig oder grob wirken würde. Eine Übersichtskarte zeigt, wo die Schauplätze in Hamburg verortet sind. Natürlich darf der Hamburger Hafen mit dem Michel und der fertigen Elphi nicht fehlen. Das Pappbilderbuch zeigt den belebten Wochenmarkt unter der U-Bahn-Brücke, den „Isemarkt“, der als Hamburger Institution gilt. Dei Darstellung des Elbstrands in Övelgönne zeigt ein Plantschvergnügen am Elbstrand, bei dem riesige Schiffe die Elbe passieren. Vom bunten Treiben auf den Alsterkanälen am Mühlenkamp geht es dann zum beliebten Spielplatz im Stadtpark, auf dem man auch den Hamburger Wasserträger finden kann. Ein Winterbild zeigt die Eisbahn in Planten und Blomen mit dem Winterdom im Hintergrund.

Auf jeder Seite können Kinder ab zwei Jahren die Graugans Guntje entdecken, die an ihrem orangenen Schal zu erkennen ist. Diese Gans begleitet alle Wimmelbücher des Verlages. Weitere Stadt-Wimmelbücher gibt es über Erfurt, Mainz, Kiel und Wiesbaden im Format 17,5 mal 20,5 Zentimeter sowie etwas größer im Format 24,2 mal 21 Zentimeter über die Städte Dresden, Karlsruhe, Leipzig, Potsdam und Stuttgart. Kleine Insel-Wimmelbücher gibt es über Amrum, Spiekeroog und Fehmarn sowie größere über Borkum, Norderney und Sylt. *CRS*



Wolfgang Slawski: „Mein kleines Stadt-Wimmelbuch HAMBURG“, *Willegoos Verlag, Potsdam 2018, acht Doppelseiten, Pappbilderbuch, 11,50 Euro*

Ort konspirativer Treffen: Der Bremer Fichtenhof und seine Bewohner

In seinem Buch „Der Bremer Fichtenhof und seine Bewohner“ schlägt der Verdener Heinrich Lohmann gemäß dem Untertitel „ein wenig bekanntes Kapitel aus dem deutschen Widerstand“ auf. Ab 1935 war der Fichtenhof in Bremen-Schönebeck ein Treffpunkt NS-kritischer Persönlichkeiten des konservativen Milieus. Mieter und seit 1938 Besitzer des Anwesens war Wilhelm Roloff (geb. 28. März 1900 in Altona, gest. 22. September 1979 in Kanada), der Generaldirektor des Unternehmens „Nordsee“ Deutsche Hochseefischerei Bremen-Cuxhaven AG. Den Fichtenhof übereignete er 1940 seiner zweiten Ehefrau Alexandra „Lexi“ geborene von Alvensleben (geb. 27. September 1910 in Berlin, gest. 1967 in Torrejon bei Madrid).

Von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand wird Roloff seit 2014 als Mitverschwörer des 20. Juli 1944 eingestuft. Der Verfasser hat diese durchaus widersprüchliche Persönlichkeit anhand einer Fülle von schriftlichen und mündlichen Quellen sowie Bildmaterial nachgezeichnet und zugleich den Fichtenhof als einen Ort des konspirativen Austausches für das öffentliche Gedächtnis erschlossen. Damit verbunden wird ein Schlaglicht auf die NS-Wirtschaft geworfen, speziell auf den unter Roloffs Leitung expandierenden Großbetrieb „Nordsee“, welcher Fischfang, Fischverarbeitung und Fischlieferung über eigene Verkaufsstellen an den Verbraucher unter einem Dach vereinte.

Mehr als drei Jahrzehnte war Heinrich Lohmann Landesvorsitzender der Ost- und Westpreußen in Bremen. Auf den Fichtenhof wurde er aufmerksam, als er Zeitzeugenberichte über Margaretha Baroness von der Ropp suchte, die dort nach ihrer Flucht aus Ostpreußen im März 1945 bis zum Verkauf des Fichtenhofs an die Stadt Bremen im Jahr 1949 gelebt hat. Auch für Gottliebe Gräfin von Lehndorff-Steinort, eine entfernte Verwandte von Lexi Roloff, und ihre Kinder, darunter das spätere Mannequin Veruschka, sowie andere ostpreußische Vertriebene wurde der Fichtenhof 1945 zum Zufluchtsort.

Eine von zahlreichen Persönlichkeiten, deren Lebensweg und Wirkungskreis der Autor nachverfolgt hat, war Lexis Vater Werner von Alvensleben. Bei dem NS-Regime fiel er nach dem sogenannten Röhm-Putsch Ende Juni/Anfang Juli 1934 in Ungnade. Vor allem durch ihn entstanden Wilhelm Roloffs Kontakte zu NS-kritischen Persönlichkeiten, darunter der vormalige Chef der Heeresleitung Kurt von Hammerstein-Equord und Erwin Planck, Staatssekretär bis 1933. Erweitert wurde der Gesprächskreis auf dem Fichtenhof unter anderem um Bernd Gisevius, Hans von Dohnanyi, Eduard Waetjen und General Oster.

Aktive Unterstützung für den Widerstand leistete Roloff, indem er den aus dem Auswärtigen Amt entlassenen Diplomaten Eduard Brücklmeier durch eine Anstellung im Heeresverwaltungsamt in Berlin versorgte, wohin er 1940 versetzt worden war. Dort befand sich die zentrale Organisation für den Nachschub des Feldheeres. Dabei war die Tiefkühlwirtschaft zunehmend von großer Bedeutung. Der Verfasser bezeichnet Roloff als „Vermittler und Leitfigur“ des 1938/39 eingeführten US-amerikanischen Tiefkühlverfahrens. Weiterhin war er verantwortlich für die „Nordsee“ und erhielt für den Aufbau der Betriebe in Norwegen und Frankreich Rückendeckung durch die Politik.

Breiten Raum nehmen in der Darstellung die Ereignisse nach dem missglückten Hitler-Attentat am 20. Juli 1944 ein. Von den Verschwörern gegen Hitler war Roloff als späterer Staatsminister im Ernährungsministerium vorgesehen. Aufgrund eines entsprechenden Dokuments wurde er von der Gestapo festgenommen und zunächst im Zellengefängnis Lehrter Straße inhaftiert. Insgesamt wurde er 21 Mal verhört, „doch diese Verhöre entwickelten sich dank Lexis Unterstützung zu seinem Vorteil“. Dabei half auch eine Ärztin im Polizeigefängnis, Charlotte Pommer. Als Wilhelm Roloff schließlich am 22. April 1945 aus der Haft entlassen wurde, war er gesundheitlich und psychisch schwer angeschlagen. Seinen späteren mühsamen Lebensweg und den weiteren Lebenslauf von Lexi, die schon bald nach Kriegsende von ihm geschieden wurde, erzählt Lohmann in seinem informativen wie berührenden Buch zu Ende. Desgleichen die Schicksale vieler anderer Menschen, deren Wege sich auf dem Fichtenhof gekreuzt haben. *Dagmar Jestrzemski*



Heinrich Lohmann: „Der Bremer Fichtenhof und seine Bewohner. Ein wenig bekanntes Kapitel aus dem Widerstand“, *Edition Falkenberg, Bremen 2018, broschiert, 311 Seiten, 24,90 Euro*



Kalender Ostpreußen in alten Ansichten 2019
Spiralbindung. Format 29 x 32 cm.
Nr. P A1283 Kalender 14,90 €



Kalender Schlesien in alten Ansichten 2019
Spiralbindung. Format 29 x 32 cm.
Nr. P A1284 Kalender 14,90 €



Kalender Danzig in alten Ansichten 2019
Spiralbindung. Format 29 x 32 cm.
Nr. P A1285 Kalender 14,90 €



Kalender Pommern in alten Ansichten 2019
Spiralbindung. Format 29 x 32 cm.
Nr. P A1286 Kalender 14,90 €



Großformat-Kalender
Ostpreußen/ Westpreußen 2019
Der Kalender ist mit 12 verschiedenen, Motiven aus Ost- und Westpreußen bebildert. Er zeigt Motive aus Balga, Elbing, Neidenburg, eine Baumallee bei Quittainen, die Klosteranlage der Kamaldulenser in Wigry, eine Stimmung am Geserichsee bei Deutsch-Eylau, die ehemalige Bischofsburg in Rößel, die Kurische Nehrung bei Pillkoppen, die Ordensburg in Marienburg, den Kreuzgang in der Burg Heilsberg und einige mehr. Format 60 x 48 cm Spiralbindung
Nr. P 535845 27,95 €



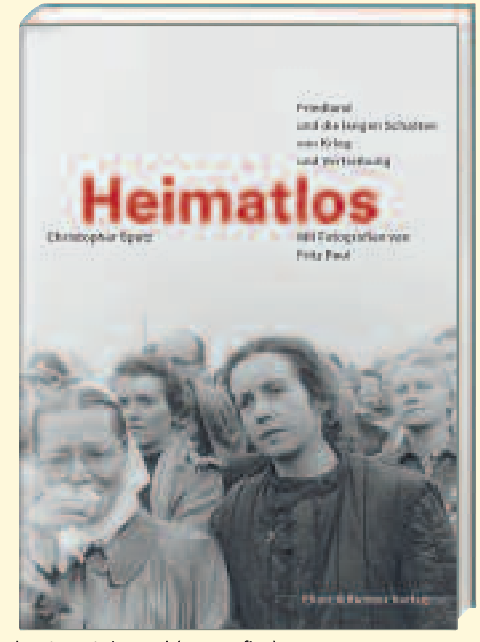
Kalender
Ostpreußen und seine Maler 2019
Ostpreußen hatte bis 1945 eine bedeutende Künstlerschaft und Kunstzentren mit der Königsberger Kunstakademie und der Künstlerkolonie in Nidden. Die hier gezeigten Bilder ostpreußischer Maler beschäftigen sich mit dem Thema „Masuren als Malerlandschaft".
Format 50 x 35 cm
Spiralbindung
Nr. P A1282 23,50 €



Kaffeebecher Ostpreußen
Porzellanbecher mit Goldrandverzierung
Nr. P A0652 12,95 €



Siegfried Lenz (48 Seiten)
Das Wettangeln
Es ist ein besonderer Tag im kleinen Ort Thorshafen an der Ostsee: Das jährliche Wettangeln findet am See gleich hinter den Deichen statt. Nur durch einen Zufall nimmt der Erzähler daran teil und lernt Anja kennen. Mit dieser letzten Geschichte hat Siegfried Lenz den Lesern über seinen Tod hinaus ein wunderbares Geschenk gemacht.
Nr. P A0941 Gebunden 10,00 €



Christopher Spatz/Fritz Paul (Fotografien)
Heimatlos
Friedland und die langen Schatten von Krieg und Vertreibung
Millionen Menschen querten die innerdeutsche Grenze von Ost nach West und passierten ab September 1945 das niedersächsische Grenzdurchgangslager Friedland. Sie kamen aus dem Kommunismus in den Kapitalismus, aus einer fremdgewordenen Heimat in eine ungewisse Zukunft. Für die Eintreffenden bedeutete das Lager ein Durchatmen, aber auch Abschied und Endgültigkeit. Empfangen wurden sie im Zeichen selbstloser Hilfsbereitschaft. Das Presseecho war enorm, die Symbolik verbindend. Getriebenheit, Verelendung und Rührseligkeit, Tod und Neuanfang bildeten hier ein verstörendes Nebeneinander. Zahlreiche Aufnahmen des Fotoreporters Fritz Paul, viele davon bislang unveröffentlicht, bieten überraschende Blicke auf die Vertriebenen, Zivilverschleppten, Heimkehrer und Aussiedler der 1950er-Jahre. Was bedeutet es, entwurzelt zu sein? Wie erlebt und empfindet man das Ankommen in einem neuen System? Christopher Spatz erzählt von dem entscheidenden Moment des Weltenwechsels und den Facetten der Heimatlosigkeit. 224 Seiten
Nr. P A1302 Gebunden 19,95 €



Nibelungenlied/Edda
Altnord. Götter- und Heldensagen
704 Seiten/Gebunden
Nr. P A1140 9,95 €

Die „Edda" ist die bedeutendste Sammlung altnordischer Götter- und Heldenlieder. Sie überliefert den Glaubens- und Sagenschatz der Wikinger und Germanen und wurde vermutlich Mitte des 13. Jahrhunderts zusammengetragen. Sie birgt bereits Erzählungen der Nibelungensage, aus denen später das berühmte „Nibelungenlied" hervorging. Es wurde zur bedeutendsten Heldensage der höfischen Zeit und galt lange als deutsches Nationalepos. Ungeachtet des ideologischen Missbrauchs, dem es immer wieder ausgesetzt war, sind seine faszinierende Motivfülle und schillernde Strahlkraft bis heute unbestritten.

Kaffeebecher Schlesien
Porzellanbecher mit Goldrandverzierung
Nr. P A0804 12,95 €



Udo Paulitz
Feuerwehr Typenbuch 1900–1945
Fahrzeuge – Daten – Technik
Für alle Liebhaber von Feuerwehr-Veteranen! Authentische Bilder, prägnante Texte und alle technischen Daten auf einen Blick: Das Typenbuch kennt die Feuerwehrfahrzeuge der Jahre 1900 bis 1945. Unfälle, Überschwemmungen, Hilfsleistungen, Katastrophenabwehr – das Aufgabenspektrum der Feuerwehr reicht weit über die traditionelle Brandbekämpfung hinaus. So vielfältig die Einsatzzwecke, so vielfältig auch die Einsatzfahrzeuge. Mit welchem Arbeitsgerät die deutschen Wehren von 1900 bis 1945 ausgerückt sind, zeigt diese lückenlose Dokumentation. Modelle, Technik, Daten, authentische Bilder und historische Fakten: Alles ist in diesem Typenbuch versammelt. 144 Seiten
Nr. P A1095 Gebunden 7,99 €



Silke Osman (Hrsg.)
Der Redliche Ostpreuße 2019
Ein Kalenderbuch für 2019
Der zuverlässige Begleiter für jeden Ostpreußen durch das Jahr 2019, mit 160 Seiten. Mit ausführlichem Kalendarium, Gedenktagen und Jubiläen großer ostpreußischer Künstler, Dichter, Komponisten, Regisseure, Architekten und Wissenschaftler wie Georg Forster, Karl Kunz, Wilhelm Jordan, Carl Knauf, Siegfried Körte, Albert Dulk, Jacob Binck, Edith von Sanden, Gottfried Herder u.v.m. sowie Erzählungen und Gedichten von: Agnes Miegel, Hannelore Patzelt-Hennig, Ernst Wiechert, Ruth Geede, Hermann Sudermann, Eva Maria Sirowatka, Hildegard Rauschenbach, Hans Ulrich Stamm, Frieda Jung, Ruth Maria Wagner, Walter Scheffler, Max von Schenkendorf, Agnes Harder, Rolf Lauckner, E.T.A. Hoffmann, Hedy Gross, Johanna Ambrosius, Walter Adamson, Walter von Sanden-Guja u.v.m. Format 17 cm x 24 cm. 160 Seiten
Nr. P 533196 Gebunden 9,95 €

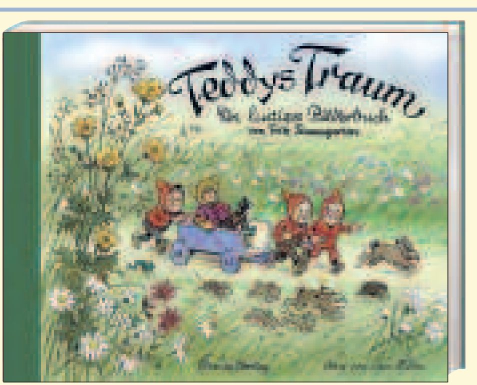


Kaffeebecher Pommern
Porzellanbecher mit Wappen „Greif"
Nr. P A0809 12,95 €

Kaffeebecher Sudetenland
Porzellanbecher mit Wappen des Sudetenlandes
Nr. P A0810 12,95 €



Jerry Brotton
Weltkarten
Meisterwerke der Kartografie von der Antike bis heute
„Wer die Welt kennt, beherrscht sie." Dieser Ausspruch kommt nicht von ungefähr, denn das Wissen um Geografie war seit jeher ein strategischer Vorteil immenser Größe. Mit zunehmendem Fortschritt und voranschreitender Aufklärung wandelten sich auch die Weltkarten und geben heute faszinierende Einblicke in die geschichtliche Entwicklung unserer Sicht auf die Welt. Die in „Weltkarten" abgebildeten historischen Karten erzählen dabei nicht unbedingt davon, wie die Welt vor 100 oder 1.000 Jahren ausgesehen hat. Sie erzählen etwas über die Kartografen, über deren Abenteuer und auch darüber, wie sie die Welt gesehen haben. Sei es eine babylonische Weltkarte von 750 v. Chr. oder eine Londoner Armutskarte aus dem ausgehenden 19. Jahrhundert. Lassen Sie sich von den insgesamt 700 Abbildungen verzaubern und erfahren Sie, wer die Personen hinter den Abbildungen der damaligen Welt waren – 60 Meilensteine der Kartografie erzählen eine ganz eigene Geschichte von der Entwicklung unserer Zivilisation. 256 Seiten
Nr. P A0896 Gebunden mit Schutzumschlag 34,95 €



Fritz Baumgarten
Teddys Traum (Format 26,5 x 21 cm)
Teddy träumt von einem wunderschönen Fest bei den Wichteln mit Musik und gutem Essen. Der kleine Wichtelmann begeistert Teddy, die Wichtel und die Tiere des Waldes mit seinen lustigen Schattenspielen. Ein wunderschönes Bilderbuch mit liebevollen Illustrationen. 24 S.
Nr. P A0795 Gebunden 8,95 €

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNG

Immigranten wählten anders

Wiesbaden – Anders als bei früheren Wahlen haben Grüne und SPD in Hessen bei Deutschen mit Einwanderungshintergrund schlechter abgeschnitten als bei solchen mit Wurzeln in Deutschland. Beide errangen bei Wählern inländischer Herkunft rund 20, bei denen mit Herkunft aus dem Ausland nur 17 Prozent. Die Union erzielte bei den Immigranten einen Prozentpunkt weniger als bei den Autochthonen. Linkspartei und FDP schnitten bei den Immigranten dagegen je zwei Prozentpunkte besser ab als bei Wählern mit ausschließlich inländischen Vorfahren. Die AfD fand bei Menschen mit Wurzeln im Ausland mit 14 zu 13 Prozent einen Punkt mehr Zustimmung als bei solchen ohne Immigrationshintergrund. Dabei bedeutet der offiziell so bezeichnete „Migrationshintergrund" nicht notwendigerweise, dass nichtdeutsche Vorfahren existieren. Auch Russlanddeutsche und andere Aussiedler deutscher Nationalität werden unter dieser Gruppenbezeichnung zusammengefasst. Die AfD verfügt besonders bei Russlanddeutschen über eine starke Anhängergemeinde. *H.H.*

ZUR PERSON

Hinterbänkler als Hoffnungsträger

Der politische Hinterbänkler **Jair Bolsonaro** (63) hat die Präsidentschaftswahlen in Brasilien mit 55 Prozent der Stimmen klar gewonnen. Der Favorit der Rechtskonservativen wurde von keiner großen Partei unterstützt. Das Wahlkampfmotto des Ex-Militärs lautete „Kugel, Rind und Bibel". Er unterstützt die Agrarlobby, will das Waffenrecht liberalisieren und lehnt Abtreibung sowie die gleichgeschlechtliche Ehe strikt ab. Das kam vor allem bei den evangelikalen Christen gut an, deren Anteil von gut sechs Prozent im Jahr 1980 auf heute etwa 30 Prozent gestiegen ist. Mehr noch als der Kandidat einer politischen Richtung ist Bolsonaro der Kandidat der von der Politik zutiefst enttäuschten Bürger. Die größte Volkswirtschaft Lateinamerikas steckt in einer tiefen Krise, weil das Land in seiner Boomphase zwischen 2002 und 2010 über seine Verhältnisse gelebt hat. Damals ließen sich viele Politiker aller Parteien von den boomenden Unternehmen korrumpieren, wofür sie heute im Gefängnis sitzen. Doch ist es nicht nur um die Wirtschaft schlecht bestellt, auch die Gewalt in den Straßen nimmt zu. Über 60 000 Menschen wurden allein im letzten Jahr getötet. Jetzt haben die Wutbürger dem politischen Establishment eine schallende Ohrfeige verpasst. Bolsonaro hat anders als sein Vorbild Donald Trump bereits eine fast 30-jährige Politikerlaufbahn hinter sich, allerdings als Hinterbänkler von insgesamt neun verschiedenen Parteien. Wie Trump spielt Bolsonaro gern den Politclown. Das nutzen nun alle, denen das Wahlergebnis nicht passt, und legen jedes seiner teilweise sehr deutlichen Worte auf die Goldwaage, um ihn als das personifizierte Böse hinzustellen. Ein Spiel, das die deutschen Politiker sowie die Staats- und Konzernmedien willfähig mitspielen. *B.B./J.H.*





Schwarzer Humor

Warum keiner SPD-Chef werden will, wie sich Friedrich Merz fit gehalten hat und warum Sozialismus jetzt »konservativ« ist / Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Nun starren alle auf den Horst Seehofer. Muss der nicht auch seinen Hut als Parteichef nehmen, nachdem Merkel das getan hat? Die ersten CDU-Landesfürsten sticheln schon heftig Richtung München. Warten wir's ab, wir haben Zeit.

Schließlich haben wir in der Zwischenzeit etwas viel Spannenderes entdeckt, das unsere Tage bis zum Seehofer-Abgang rasend verkürzt. Was nämlich macht eigentlich Andrea Nahles? Treten wir einen Schritt zurück, um das Ganze zu betrachten: Die CDU taumelt seit der Bundestagswahl von Katastrophe zu Katastrophe, die SPD genauso. Die CDU-Chefin zieht daraus die Konsequenz, dass ihr nichts anderes übrig bleibe, als die Brücke zu räumen. Und ihre Kollegin bei den Sozis? Müsste die da nicht auch ...?

Wer weiß, vielleicht hat sie das ja längst getan, also ihr Amt zur Verfügung gestellt, meine ich. Wir können uns jedoch gut vorstellen, was daraufhin losging im SPD-Präsidium: Einer musste plötzlich auf Klo, der andere hat einen dringenden Anruf seiner Frau fingiert, weitere Genossen ließen ihre Füller fallen, um unterm Tisch Deckung zu suchen – was man so macht, wenn einen die panische Aussicht gepackt hat, Nahles könnte einen erspähen und fiese anzischen: „Sag' mal, willst du nicht SPD-Chef werden?"

Erbarmen! Eine Frage wie der Blick in die Mündung einer Schrotflinte. Was dieser Narrenjob aus einem Menschen macht, mussten wir voller Schauder Sonntagabend im Fernsehen betrachten, wo Andrea Nahles ihre Stellungnahme zu Hessen verlas. Alt, blass und elend sah sie aus, als habe sie zu Mittag in einem englischen Restaurant gespeist.

Nein, soweit will niemand hinabsinken, nicht mal Angela Merkel. Deshalb springt sie vom schwarzen Zug, ehe der ebenso tief in den Morast fährt wie der rote. Kanzlerin will sie indes vorerst bleiben. Schließlich geht es Deutschland noch lange nicht so schlecht wie der CDU oder erst recht der SPD. Da bleibt also noch etwas Restlaufzeit, bis auch die Republik auf das Ruinenniveau der beiden bleichen Volksparteien heruntergewirtschaftet ist. Wann es ihrer Meinung nach soweit ist, hat Merkel bereits festgelegt: Es ist das Jahr 2021.

Fraglich bleibt, ob man der Kanzlerin so lange Zeit lässt. Die beste Voraussetzung dafür wäre, dass Annegret Kramp-Karrenbauer CDU-Chefin wird und die SPD ihren langsamen Untergang dem schnellen Tod durch Neuwahlen vorzieht. Für beides stehen die Chancen zwar nur mittelmäßig, aber nicht wirklich schlecht.

Um Kramp-Karrenbauer scharen sich bereits die medialen Jubelperser des Merkel-Regiments. Der Edelkommentator der „FAZ" erkennt die Saarländerin gar als „charismatische" Persönlichkeit. Ob er rot wurde, als er das schrieb? Kramp-Karrenbauers Markenzeichen sind gelangweilt heruntergebrabbelte Sätze bei betonstarrer Miene – kurz: das „Charisma" einer Plattenbauwüste. Aber was heißt das schon, reden kann Merkel ja auch nicht, und das Charisma einer Nebelschwade hat ihr mehr genützt als geschadet, da sie alle für weich hielten und die CDU-Granden vor 20 Jahren nicht erkannt haben, das „Kohls Mädchen" sie bald schon alle vertilgen wird.

> Für Merkel steigt er auf wie der dunkle Geist vergangener Sünden. Ganz schön gruselig

Nur einer von denen, welche die scheidende CDU-Matrone damals in den Orkus stieß, war seinerzeit noch jung genug, um heute nach all der Zeit im Gebüsch erneut hervorzuschießen. Friedrich Merz hat sich fit gehalten. Hätte er sich an der siegreichen Rivalin jahrelang abgearbeitet, wäre längst der Fluch über ihn gekommen, ein ewiger Stänkerer zu sein. Das ließ er bleiben und wartete ab, bis die Frau von selber kippt und er nur zuzugreifen braucht. Nun ist angerichtet, Merz kann kommen.

Und was bringt er mit? In jedem Falle eine ordentliche Portion Rachedurst. Seit Februar 2000 war er Vorsitzender der Bundestagsfraktion von CDU und CSU, zwei Monate später erklomm Merkel den Parteivorsitz.

Als Edmund Stoiber als Unionskandidat gegen Gerhard Schröder antrat, wurde abgemacht, dass es bei dieser Verteilung zwischen Merz und Merkel bleiben soll, egal, ob Stoiber gewinnt oder nicht.

Nachdem Stoiber gescheitert war, wollte sich Merkel aber an nichts mehr erinnern, schoss Merz aus dem Sattel und riss auch den Fraktionsvorsitz an sich. Dermaßen reingelegt zu werden, schmerzt fürs Leben. Für Merkel steigt Merz auf wie der dunkle Geist vergangener Sünden. Aber eben nicht wie üblich nur im bösen Traum, sondern in echt. Ganz schön gruselig. Wenn Merz CDU-Chef wird, dürfte die Schlussphase ihrer Kanzlerzeit rumpeliger verlaufen, als Merkel es sich erhofft hatte.

Aber das ist ja nicht unsere Sorge. Wir wollen vielmehr wissen, welche Politik der Mann aus dem Sauerland im Gepäck hat. Man feiert Merz ja als den letzten großen Konservativen in der CDU.

Das ist nicht nur ungerecht gegenüber den anderen „Konservativen" in der CDU, die auch gern groß wären, so wie Jens Spahn. Es stimmt auch nicht ganz. Wenn man sich Merz nähert, bleibt er zwar immer noch „groß", nur das „Konservative" verflüchtigt sich bei genauerer Betrachtung recht zügig.

Vielleicht trägt er nur deshalb das Etikett des „Konservativen", weil es in der Reihe möglicher CDU-Chefs in Wahrheit gar keinen solchen mehr gibt. Es ist wie in einer Theatertruppe: Wenn sich im Ensemble kein richtiger Schwarzer findet, nimmt man eben einen Weißen, malt ihn schwarz an und schickt den dann als Othello raus.

So muss denn also Friedrich Merz den „Konservativen" geben, was soll's. Ärgerlicherweise hat er aber keine zehn Tage vor Merkels Erklärung etwas zu Protokoll gegeben, das er vor dem Hintergrund seiner neuen Rolle besser verschwiegen hätte.

Am 21. Oktober veröffentlichte das „Handelsblatt" einen „Aufruf für ein solidarisches Europa", unter welchem neben Leuten wie dem Ex-SPD-Finanzminister Haus Eichel, dem stramm linken Philsosphen Jürgen Habermas und anderen auch der Name von Friedrich Merz steht.

Die Aufrufer fordern nicht bloß „Solidarität im Kampf gegen Nationalismus", sondern sie wissen auch, was für diesen Kampf eingesetzt werden soll, nämlich unter anderem „deutsche finanzielle Beiträge". Um den Euro, der unseren Frieden sichere, zu retten, solle eine gemeinsame Haushaltspolitik für die Euro-Zone eingeführt werden mit einer gemeinsamen Arbeitslosenversicherung.

Wozu der Aufwand? Die Unterzeichner bedauern, dass der Euro nicht das gebracht hätte, was erwünscht war, nämlich eine Einebnung der unerträglichen „Wohlstandunterschiede" zwischen den Mitgliedstaaten. Mit anderen Worten: Die Deutschen hätten ärmer werden sollen durch EU und Euro, damit Griechen und Co. reicher werden. Das hat aber trotz aller Umverteilerei nicht richtig geklappt.

Nein, nein, so ist das natürlich niemals gemeint, würde Friedrich Merz hier energisch dazwischengehen. Keinesfalls sollten die Deutschen ärmer werden. Vielmehr gehe es darum, dass durch Umverteilung die armen Euro-Teilnehmer reicher werden, ohne dass jemand anderem etwas weggenommen wird. Bis auf den „Preis", den Merzens „solidarisches Europa" eben „allen" abverlangt, versteht sich.

Bitte, bitte, bleiben Sie sitzen. Ich weiß doch, was Sie gerade auf die Palme bringt. Das ist in der Tat die urälteste sozialistische Leier, seit der politische Betrug neuzeitlicher Bauart erfunden wurde.

In zahllosen Ländern dieser Welt haben dunkelrote Ideologen und ihre Planer diesen Unfug schon durchexerziert. Am Ende der Übung waren bislang immer alle gleich arm statt gleich reich, die Wirtschaft lag am Boden und der in Generationen aufgebaute Wohlstand fiel in Trümmer.

So etwas serviert man uns mit Friedrich Merz heute als Ausweis „konservativer" CDU-Politik? Fürwahr, das muss er sein, der „schwarze" Humor.

MEINUNGEN

*Dass **Angela Merkel Kanzlerin** bleiben will, findet **Alexander Kissler** im „Cicero" (30. Oktober) **„absurd"**:*

„In Berlin wird schlechte Sacharbeit geleistet, und die Hauptverantwortliche will diese schlechte Sacharbeit um bis zu drei weitere Jahre verlängern, um ‚Deutschland und den Menschen zu dienen'. Das ist so absurd, wie es klingt. Die Wahlergebnisse sind katastrophal, weil die Bundesregierung eine einzige Kompetenzlücke ist."

***Willy Wimmer**, 33 Jahre für die CDU im Bundestag und entschiedener Merkel-Kritiker, warnt seine Partei in der „Epoch Times" (29. Oktober), mit einer Wahl von **Friedrich Merz** zum neuen Parteivorsitzenden den **Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben**:*

„Eine Kandidatur von Merz bedeutet, die CDU völlig als Ableger amerikanischer Politik der Globalisten bewerten zu müssen. Die amerikanischen Herrschaftsinstrumente liegen bei Friedrich Merz mit dem Chefposten bei der Atlantik-Brücke und der Funktion des Aufsichtsratschefs des Finanzgiganten Blackrock klar auf der Hand. Die Verzweiflung in der CDU muss gigantisch sein, ein derartiges Risiko mit Herrn Merz eingehen zu wollen."

*Auch **Peter Grimm** gibt sich auf seinem Blog „Sichtplatz" (29. Oktober) **zurückhaltend** gegenüber **Merz**:*

„Was der Retter von der Atlantik-Brücke nach einer Wahl dem Land und der Partei beschert, weiß niemand. Auch Angela Merkel hat sich vor ihrer ersten Wahl zur Parteivorsitzenden als Retterin und Hoffnungsträgerin verkauft. Insofern sollte man gelernt haben, Rettern und Hoffnungsträgern trotz aller Wechselfreude inhaltlich zu misstrauen und Verwerfungen früher zu thematisieren. Mal sehen, ob ein Friedrich Merz die bisherigen Tabu-Themen debattiert."

*In seinem Blog „Publico" (22. Oktober) zitiert **Alexander Wendt** den langjährigen Korrespondenten der ARD in Algier, **Samuel Schirmbeck**, der in seinem Buch **„Gefährliche Toleranz"** analysiert:*

„Das linke Schuldgefühl kommt aus der Hölle der deutschen Vergangenheit. Das islamische Schuldgefühl kommt aus dem allmächtigen Himmel, in dessen Dienst die islamische Welt ihre Zukunft verpasst. Das linke Schuldgefühl entlastete sich durch maximale Toleranz. Das islamische Schuldgefühl besänftigt sich durch maximale Intoleranz. Beide Schuldgefühle erzeugen ein Monstrum aus Irrationalität auf deutschem Boden."

*Ein namentlich nicht genannter hessischer **Polizeibeamter**, seit 30 Jahren im Dienst, widerspricht in der „Hessischen Niedersächsischen Allgemeinen" (24. Oktober) der Behauptung, die **Kriminalität** habe durch die **Masseneinwanderung** nicht zugenommen:*

„Ich habe oft den Eindruck, dass man uns als Deutschland auslacht, wenn man sich hier einfach bedienen kann, zum Beispiel an sozialen Kassen oder bei anderen Unterstützungsleistungen, und wenn nach Begehung einer Straftat keine Strafe auf dem Fuße folgt und somit der Eindruck eines Selbstbedienungsladens entsteht."